

Allmendinger, Jutta (Ed.)

Periodical Part

Zuversicht: Ein Heft über das, was uns Mut macht

WZB-Mitteilungen: Quartalsheft für Sozialforschung

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Allmendinger, Jutta (Ed.) (2023) : Zuversicht: Ein Heft über das, was uns Mut macht, WZB-Mitteilungen: Quartalsheft für Sozialforschung, ISSN 2943-6613, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Berlin, Iss. 182 (4/23), https://bibliothek.wzb.eu/fulltext/journal-vt/wzb-mitteilungen/wm2023_182.pdf

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/327963>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

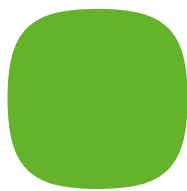
WZB | Mitteilungen

Quartalsheft für Sozialforschung

4|23

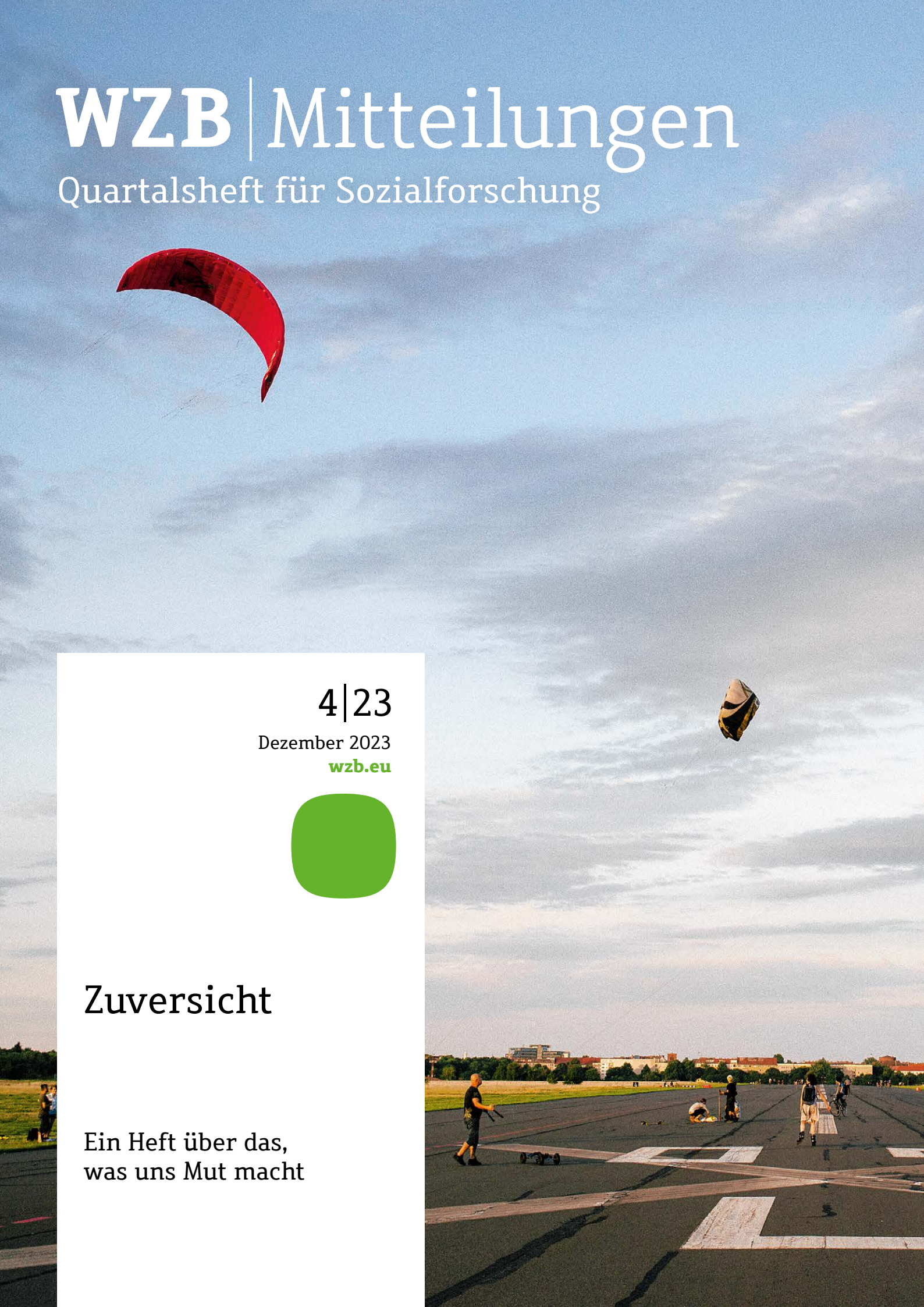
Dezember 2023

wzb.eu



Zuversicht

Ein Heft über das,
was uns Mut macht



Titelfoto:

Das Tempelhofer Feld in Berlin. Seit hier nur noch Drachen, aber keine Flugzeuge mehr fliegen, ist das Areal ein freier, undefinierter Ort mitten in der Großstadt. Durch unser Zuversichts-Heft ziehen sich Impressionen vom Tempelhofer Feld wie ein roter Faden. Für alle Bilder gilt: © Jörg Brüggemann/OSTKREUZ, alle Rechte vorbehalten.

Einen erläuternden Text zur Bildstrecke finden Sie auf Seite 10.

Silberstreifen



„Ich habe nur Gutes zu berichten“, höre ich mich in den letzten Tagen des Öfteren sagen. Die Audits des wissenschaftlichen Beirats am WZB hatten beide Seiten begeistert, den Beirat und jene, die ihre Forschung vorgestellt haben. Immer wieder fiel das Wort „dürfen“. Man darf sich der Kritik aussetzen. Von Gängelung, Zwang, Zeitverschwendung keine Rede. Null Störgeräusche auch bei den Rückmeldungen. Wir haben gelernt, fair miteinander umzugehen, transparent und unterstützend.

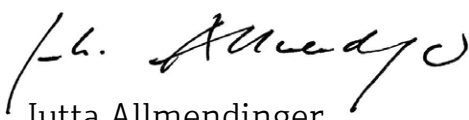
„Ich habe nur Gutes zu berichten“, sagte ich auch bei der Besetzung offener Stellen, und auch hier in gleich mehrfacher Hinsicht. Jene, die uns verlassen, wechseln auf Positionen, die sie ohne die Zeit am WZB nie erreicht hätten. Jene, die sich für eine Zusammenarbeit interessieren, werden mehr und sind richtig gut.

„I rarely felt prouder of us as a group“ – „Nie war ich stolzer auf uns als Gruppe“, schrieb kürzlich auch einer der kritischsten Abteilungs-Direktoren und bezog sich dabei auf eine sehr schwierige Stellungnahme, die die Leitungsebene, unser wissenschaftliches Führungsgremium, gemeinsam verfasst hatte. Fünf Nationalitäten. Neun Temperamente. Ein Altersabstand von über zwei Jahrzehnten. Es geht.

Es sind nicht nur Kulturen. Eine schwer erkrankte Mitarbeiterin kommt zurück, gesund. Der sicherlich berührendste und freudigste Moment des Jahres. Und Zeugnis riesigen Fortschritts in der Medizin.

In diesem Dezemberheft 2023 der WZB-Mitteilungen wollten wir wissen: Wo gibt es in unseren Forschungsfeldern positive Ansätze? Wo werden nicht Krisen, Defizite, Probleme herausgearbeitet, sondern Potenziale? Gab es in letzter Zeit schöne Überraschungen, also etwa plausible negative Annahmen, die widerlegt wurden? Was macht Mut? Wo sind die Silberstreifen am Horizont?

Wir sind fündig geworden. Ich wünsche uns allen friedvolle Tage.


Jutta Allmendinger
Präsidentin

Inhalt 4|23

Dezember 2023

Editorial

3 Silberstreifen
Jutta Allmendinger

Titelthema

6 Von der Straße in den Bundestag
Die lokalen Proteste von Fridays for Future
zeigen starke Wirkung
Lennart Schürmann

12 Im Interview: Vanessa Boese-Schlosser
„Demokratisierung bringt auch
die Wirtschaft voran“

16 Fake News den Kampf ansagen
Zivilgesellschaft muss und kann gegen
politische Desinformation wirken
*Thamy Pogrebinski und
Mariana Borges Martins da Silva*

22 Gute Presse
In Deutschland stößt Desinformation
auf Gegenwehr
Susannah Ellis

26 Es könnte alles ganz anders sein
Plädoyer für einen kritisch-konstruktiven
Journalismus
Jonas Seufert

30 Im Interview: Daron Acemoglu
„Wir können für geteilten Wohlstand
mobilisieren“

32 Weniger Armut weltweit
Auch Zahlen können Mut machen
Jennifer Hochschild

34 Lebensqualität für alle
Im Kampf um Straßenland
helfen positive Botschaften
Weert Canzler und Theresa Pfaff

38 Fairer als gedacht
Keine Nachteile für Frauen
in Berufungsverfahren
Alessandra Rusconi und Heike Solga

42 Bessere wissenschaftliche Praxis
Lab² will die Verlässlichkeit ökonomischer
Ergebnisse auf ein neues Level heben
Levent Neyse

45 Training, Coaching, Schulmensa
Wesentliche Beiträge zur Bildung kommen aus
der Zivilgesellschaft
Charlotte Rößler-Prokhorenko und Jana Priemer

49 Trotz alledem
Auf der Suche nach dem Optimismus in der
Wissenschaft
Gabriele Kammerer

WZB|Mitteilungen online

**15 Mehr Zusammenhalt bei Migration | Mehr
Transparenz wagen | Hoffnung digital**

Aus dem WZB

- 53** Personen
- 55** Veranstaltungen
- 56** Nachruf auf Friedhelm Neidhardt
- 58** Vorgestellt
- 60** Nachlese/Impressum

Zu guter Letzt

62 Sichtbarkeit

Es braucht mehr Diversität in der
Wissenschaftskommunikation

Harald Wilkoszewski

Das WZB

Im Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) arbeiten insgesamt 470 Menschen, darunter 200 deutsche und internationale Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die problemorientierte Grundlagenforschung in den Disziplinen Soziologie, Politologie, Ökonomie, Rechtswissenschaften, Geschichte und darüber hinaus betreiben. Gefragt wird vor allem nach den Problemlösungskapazitäten gesellschaftlicher und staatlicher Institutionen, von der lokalen bis zur globalen Ebene. Die Forschungsfelder des WZB sind:

- Arbeit und Arbeitsmarkt
- Bildung und Ausbildung
- Sozialstaat und soziale Ungleichheit
- Geschlecht und Familie
- Industrielle Beziehungen und Globalisierung
- Wettbewerb, Staat und Corporate Governance
- Innovation, Wissen(schaft) und Kultur
- Mobilität und Verkehr
- Migration, Integration und interkulturelle Konflikte - Demokratie
- Zivilgesellschaft
- Internationale Beziehungen
- Governance und Recht

Gegründet wurde das WZB 1969 auf Initiative von Bundestagsabgeordneten der CDU/CSU und SPD. Es ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft.



WZB



Wissenschaftszentrum Berlin
für Sozialforschung

Sie können die Printausgabe der WZB-Mitteilungen kostenfrei abonnieren. Schreiben Sie einfach eine E-Mail an: presse@wzb.eu.

Von der Straße in den Bundestag

Die lokalen Proteste von Fridays for Future zeigen starke Wirkung

Politische Entscheidungen werden in Kabinetten und Parlamenten getroffen. Der Weg von der Straße scheint da weit. Protestforscher Lennart Schürmann hat untersucht, wie die Demonstrationen von Fridays for Future wirken – und er macht Mut: Politikerinnen und Politiker nehmen durchaus wahr, welche Themen die Menschen in ihren Wahlkreisen umtreiben. Auch lokale Proteste können das Kommunikationsverhalten von Abgeordneten verändern.

Lennart Schürmann

Am 20. August 2018 setzte sich die schwedische Schülerin Greta Thunberg erstmals vor das schwedische Parlament, in der Hand ein Schild mit der Aufschrift „Skolestrejka för klimatet“. Eine Woche später berichteten die deutsche Zeitung taz und der britische Guardian über Greta Thunbergs Protestaktion. Zwei Wochen darauf entstand in den sozialen Medien der Hashtag #FridaysForFuture, und weltweit begannen regelmäßige Freitagsproteste. Am 14. Dezember 2018, während im polnischen Katowice die 24. UN-Klimakonferenz stattfand, wurden auch in mehreren deutschen Städten Klimaaktivist*innen aktiv. Drei Monate später, am 15. März 2019, fand der erste globale Klimastreik mit Protesten in zahlreichen deutschen Städten statt. Der zweite globale Klimastreik folgte am 24. Mai 2019, während der Europawahlen. In Deutschland beteiligten sich über 320.000 Demonstrant*innen in 280 Städten an diesen Protestaktionen. An der globalen Klimastreikwoche vom 20. bis 27. September 2019 schließlich nahmen, selbst nach konser-

vativen Schätzungen, weltweit mehr als 6 Millionen Menschen teil – in Deutschland allein waren es nach Berichten von ZDFheute 1,4 Millionen. Auch während der Corona-Pandemie gelang es Fridays for Future, weiterhin zu mobilisieren. Um die Abstandsregeln einzuhalten, erweiterte die Bewegung ihr Aktionsrepertoire um neue Protestformen wie Fahrraddemos und Onlineaktionen. Insgesamt erleben wir seit 2018 eine Phase intensiver Mobilisierung für Klima und Umwelt, wobei Fridays for Future nur eine der protestierenden Organisationen ist. Andere Protestgruppen wie Extinction Rebellion oder die Letzte Generation verfolgen ähnliche Ziele, jedoch oft mit radikaleren Protestformen. Über lange Zeit waren die Demonstrationen von Fridays for Future allerdings die prominentesten Aktionen in der Klima- und Umweltbewegung.

Aber können solche Demonstrationen tatsächlich die Politik beeinflussen – und wenn ja, wie? Diese Frage wird regelmäßig von Aktivist*in-

nen, Politiker*innen und der Öffentlichkeit gestellt. Protestierende und die mit ihnen verbundenen sozialen Bewegungen haben nicht die Macht, Gesetze zu erlassen und politische Entscheidungen zu treffen. Sie sind eher Bittsteller*innen und konkurrieren mit Lobbyist*innen und anderen Interessenvertreter*innen um die Aufmerksamkeit der Politik. Letztlich sind es gewählte Abgeordnete, die über Gesetzesvorhaben entscheiden und somit den Weg zu einer klimafreundlicheren Gesellschaft gestalten.

Der Einfluss sozialer Bewegungen sollte dennoch nicht unterschätzt werden. In sozialen Bewegungen organisieren sich Menschen, um abseits von Wahlen politisch wirken zu können. Protest ist eine Aktionsform, die soziale Bewe-

„Proteste bringen Themen auf die politische Agenda, die sonst möglicherweise kein Gehör gefunden hätten“

gungen wählen können, um auf ihr Thema aufmerksam zu machen. Durch Protest können sie den Politiker*innen klare Signale über die politischen Forderungen von Teilen der Bevölkerung senden. So können Themen auf die politische Agenda gesetzt werden, die sonst möglicherweise kein Gehör gefunden hätten.

Die Protestforschung hat diese Mechanismen genauer untersucht und verschiedene Faktoren identifiziert, die bestimmen, wann Protest in der Politik positiv aufgenommen wird. Dabei zeigt sich, dass große Demonstrationen mit vielen Teilnehmer*innen eher die Aufmerksamkeit von Politiker*innen auf sich lenken. Darüber hinaus ist es wichtig, dass die Forderungen der Protestierenden an die Politik deutlich formuliert und klar kommuniziert werden. Die Proteste von Fridays for Future mit teilnahmestarken Demonstrationen, die klare politische Ziele benennen, sind ein Paradebeispiel erfolgreicher Mobilisierung.

Ein Faktor, der in der Forschung bisher weniger Beachtung gefunden hat, ist der Ort des Protests. Oft finden Proteste in Metropolen statt, insbesondere in Städten mit Parlaments- oder Regierungssitzen. Fridays for Future hat dagegen eine deutlich andere Strategie ver-



Lennart Schürmann ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung und eingebunden in das Protest-Monitoring, ein Forschungsprojekt zu Protest und politischer Radikalisierung in Deutschland. Er promovierte am Cologne Center for Comparative Politics an der Universität zu Köln.

lennart.schuermann@wzb.eu

Foto: © WZB/Martina Sander, alle Rechte vorbehalten.

folgt: Neben den großen Metropolen wurden auch in ländlichen Regionen dezentral Demonstrationen organisiert. Die Bewegung unterstreicht damit die lokale Dimension der Klimapolitik. Gleichzeitig folgt diese Strategie auch praktischen Notwendigkeiten – so besteht

„Die Bewegung der Fridays for Future unterstreicht die lokale Dimension der Klimapolitik“

ein großer Teil der Protestierenden aus Schüler*innen, die über weniger Ressourcen für lange Anreisen verfügen. Ob beabsichtigt oder nicht, Fridays for Future hat damit eine Eigenschaft des deutschen Wahlsystems genutzt – nämlich das Vorhandensein von Direktmandaten in den Wahlkreisen.

Im deutschen Mischwahlsystem können Abgeordnete über zwei Wege an ein Bundestagsmandat gelangen. Entweder ziehen sie über die Parteilisten in den Bundestag ein oder sie gewinnen ein Direktmandat in einem der 299 Wahlkreise. Noch vor wenigen Jahren waren die Parteizugehörigkeiten der Direktmandate relativ stabil. Seit einigen Jahren verlieren große Parteien (vormals Volksparteien) ver-



mehrt an Wahlstimmen, während kleinere Parteien an Zuspruch gewinnen und teilweise mehr Stimmen erringen als die Volksparteien. In vielen Wahlkreisen wird der Kampf um das Direktmandat deutlich härter. Abgeordnete, die bei den nächsten Wahlen auf ein Direktmandat setzen, tun gut daran, die öffentliche Meinung und die politischen Präferenzen bei einzelnen Sachfragen in ihren Wahlkreisen im Blick zu behalten.

Demonstrationen sind ein wichtiges Signal für die politische Stimmung in den Wahlkreisen. Protestieren ist mit hohem Aufwand verbunden. Die Anreise kostet Zeit und Geld – Ressourcen, die Protestierende auch gut für andere Aktivitäten nutzen könnten. Protestieren drückt also Engagement aus und sendet so ein starkes Signal über die politischen Präferenzen einer Person. Abgeordnete, die wiedergewählt werden möchten, sind gut beraten, auf diese Proteste zu reagieren und ihren Wähler*innen zu zeigen, dass sie ihre Signale gehört haben.

Um zu untersuchen, ob und wie Abgeordnete auf Proteste in ihren Wahlkreisen reagieren, habe ich ihre Kommunikation auf zwei sehr

verschiedenen Kanälen untersucht: im sozialen Netzwerk Facebook und in parlamentarischen Reden. Die Studie basiert auf der Analyse von über 292.000 Facebook-Posts von Bundestagsmitgliedern und mehr als 43.600 parlamentarischen Reden im Bundestag zwischen September 2017 und Februar 2020. Es zeigt sich eine starke Wirkung des ersten großen Klimastreiks am 15. März 2019: Abgeordnete reagierten deutlich auf die Proteste von Fridays for Future in ihren Wahlkreisen – sowohl in ihrer Online- als auch in ihrer Offline-Kommunikation. Abgeordnete mit mehr Protesten in ihren Wahlkreisen thematisierten in der Folge Fridays for Future und Umwelt- bzw. Klimapolitik deutlich häufiger als Abgeordnete, in deren Wahlkreisen weniger oder gar keine Umweltproteste stattfanden.

Allerdings gilt diese Beobachtung nicht für beide genannten Bereiche im gleichen Umfang: Reden im Parlament werden durch Proteste im eigenen Wahlkreis stärker beeinflusst als die Online-Kommunikation. Insgesamt war die Strategie von Fridays for Future dezentral, also nicht nur in großen Städten, sondern auch in kleineren Gemeinden zu mobilisieren, extrem

erfolgreich. Diese Strategie setzte Klima- und Umweltpolitik hoch auf die politische Agenda, da auch einzelne Politiker*innen strategische Anreize hatten, auf die Proteste zu reagieren.

„Reden im Parlament werden durch Proteste im eigenen Wahlkreis stärker beeinflusst als die Online-Kommunikation“

Diese Ergebnisse sind nicht nur auf Deutschland beschränkt. Eine Studie zum Abgeordnetenverhalten im Vereinigten Königreich zeigt ein ähnliches Bild. Auch dort haben Klimaproteste in den Wahlkreisen das Kommunikationsverhalten der Abgeordneten zugunsten von mehr Klimathemen beeinflusst.

Nun könnte man einwenden, dass Social-Media-Posts und Bundestagsreden ja noch keine politischen Entscheidungen sind. Ist es nicht einfach, über bestimmte Anliegen zu reden, wenn sie gerade populär sind? Ich möchte davor warnen, die Wichtigkeit des politischen Diskurses zu unterschätzen. Er ist vielmehr ein erster und wichtiger Schritt hin zu einer umfassenden Klimapolitik.

Doch was haben die Proteste von Fridays for Future außerdem bewirkt? Verschiedene Stu-

dien haben sich mit unterschiedlichen Auswirkungen der Proteste befasst. So zeigt sich, dass die Proteste auf individueller Ebene die Bereitschaft ihrer Unterstützer*innen beeinflusst haben, ihr Konsumverhalten zu ändern: Sie reduzierten unter anderem ihren Fleischkonsum und planten weniger Flugreisen. Auf politischer Ebene trugen die wiederholten Fridays-for-Future-Proteste zum Wahlerfolg der Grünen auf Landes- und Bundesebene bei. Im Anschluss an die außergewöhnliche Mobilisierung durch Fridays for Future urteilte auch das Bundesverfassungsgericht 2021, dass die Klimaschutzpolitik der Regierung unzureichend sei.

Auch die langfristigen Auswirkungen von Fridays for Future sind nicht zu unterschätzen. Während der Proteste wurden viele junge Menschen politisiert, die zukünftig in Positionen gelangen werden, in denen sie gesellschaftlichen und politischen Einfluss ausüben können – teilweise sind sie dort bereits angekommen.

Insgesamt hat die Bewegung Fridays for Future nicht nur den öffentlichen Diskurs, sondern auch die politische Agenda maßgeblich geprägt. Die Proteste tragen dazu bei, dringend benötigte Veränderungen in der Umwelt- und Klimapolitik voranzutreiben. Protest ist also nach wie vor eine kraftvolle und effektive Methode, um politische Veränderungen anzustoßen und auf wichtige globale Herausforderungen aufmerksam zu machen. ●

Literatur

Barrie, Christopher/Fleming, Thomas G./Rowan, Sam S.: „Does Protest Influence Political Speech? Evidence from UK Climate Protest, 2017–2019“. In: British Journal of Political Science, 2023, S. 1–18. DOI: 10.1017/S0007123423000376.

Schmidt, Leonhard/Siebler, Carina/Schürmann, Lennart/Saldivia Gonzatti, Daniel: Fünf Jahre Fridays for Future. Erfolge, Herausforderungen und Chancen zur Erneuerung. DVPW-Blog 2023. Online: <https://www.dvpw.de/blog/fuenf-jahre-fridays-for-future-erfolge-herausforderungen-und-chancen-zur-erneuerung-ein-beitrag-von-leonhard-schmidt-carina-siebler-lennart-schuermann-und-daniel-saldivia-gonzatti> (Stand 06.11.2023).

Schürmann, Lennart: „Do Competitive Districts Get More Political Attention? Strategic Use of Geographic Representation during Campaign and Non-Campaign Periods“. In: Electoral Studies, 2023, Jg. 81, S. 1–8. DOI: 10.1016/j.electstud.2022.102575.

Schürmann, Lennart: „The Impact of Local Protests on Political Elite Communication: Evidence from Fridays for Future in Germany“. In: Journal of Elections, Public Opinion and Parties, 2023, S. 1–21. DOI: 10.1080/17457289.2023.2189729.

Wouters, Ruud/Walgrave, Stefaan: „Demonstrating Power: How Protest Persuades Political Representatives“. In: American Sociological Review, 2017, Jg. 82, H. 2, S. 361–383.

Eine Ode an die Fotografie

Zu den Bildern dieser Ausgabe

Gesine Born

Rote Pappbecher und eine US-Flagge – mehr braucht es nicht, um den amerikanischen Unabhängigkeitstag zu feiern. Nebenan spielen Männer Cricket, bis der märkische Sand unterm Gras hervorkommt. Und der Amateurfunke hat sich ein Stück vom spärlichen Schatten gesichert.

Die Fotos dieser Ausgabe gehören alle zu einer Serie: „Field of Dreams“ des Ostkreuz-Fotografen Jörg Brüggemann. Immer im Dezember planen wir etwas Besonderes für die Bildauswahl der WZB-Mitteilungen. Letztes Jahr haben wir das Heft zum Thema „Wahrheit“ komplett mit KI-generierten Bildern illustriert, als eines der ersten Magazine überhaupt. Diesmal nun die entgegengesetzte Herangehensweise: Mit einer durchgängigen Fotostrecke, Raum für eine eigene fotografische Position, wollen wir die Kraft der journalistischen Fotografie feiern.

Jörg Brüggemann ist seit 14 Jahren Mitglied der Agentur Ostkreuz. Er hat an der Hochschule der Künste in Bremen studiert und arbeitet für große nationale und internationale Magazine wie Rolling Stone, ZEIT Magazin oder NEON. Er war Finalist beim MAGNUM Expression Award 2009 und Träger des PDN Photo Annual 2013 und des Konrad-Wolf-Preises 2013. Einen Sommer lang hat er auf dem Tempelhofer Feld fotografiert. Er schreibt: „Der ehemalige Berliner Stadtflughafen Tempelhof wurde 2009 geschlossen und zwei Jahre später als öffentlicher Park wieder geöffnet. Im Jahr 2014 wurde durch einen Volksentscheid beschlossen, dass er in seinem jetzigen Zustand erhalten und unberührt bleibt. Das sogenannte Tempelhofer Feld wurde zu einem Ort der Freiheit und der kontrollierten Anarchie für viele Berliner und Touristen.“

In einer Zeit, in der emotionalisierte KI-generierte Bilder etwa von den Kriegen dieser Welt bei Bilderplattformen wie Adobe zum Kauf angeboten werden, ist es uns umso wichtiger, den Wert dokumentarischer Fotografie zu betonen. Sie geht weit über das einfache Festhalten von Momenten hinaus. Sie ist ein Medium, das Emotionen einfängt, Geschichten erzählt und komplexe Themen auf eine visuelle Weise präsentiert, die oft unausgesprochene Aspekte beleuchtet. Die Fotos von Jörg Brüggemann dokumentieren nicht einfach das Tempelhofer Feld. Sie erzählen etwas von den Menschen, die diesen Ort nutzen – von ihren Freuden, Herausforderungen, Träumen und Kämpfen.

Ich bin intensive Nutzerin von Tools der Künstlichen Intelligenz. Gerade als solche aber bin ich zuversichtlich, dass Fotografie mehr denn je das Medium ist, das für Wahrhaftigkeit und Authentizität steht. Ich freue mich, als Bildredakteurin die Möglichkeit zu haben, das für die WZB-Mitteilungen sichtbar zu machen.

Auf der Website der Agentur Ostkreuz können Sie sich selbst ein Bild der vielfältigen fotografischen Positionen machen:

www.ostkreuz.de

Die gesamte Fotostrecke von Jörg Brüggemann zum Tempelhofer Feld finden Sie hier:



*Gesine Born arbeitet als Filmemacherin und Fotografin für wissenschaftliche Institute. Sie kuratiert die Bildauswahl der WZB-Mitteilungen. Mit einem Team aus verschiedenen Expert*innen hat sie das „Bilderinstitut“ gegründet, das die Bandbreite visueller Mittel in der Wissenschaftskommunikation erweitern will: bilderinstitut.de.*



Vanessa Boese-Schlosser

„Demokratisierung bringt auch die Wirtschaft voran“

0,8 Prozent. Das ist der Vorsprung, den Staaten gewinnen, wenn sie sich der Demokratie zuwenden. Fast ein Prozent mehr Wachstum ihrer Volkswirtschaften, und das dauerhaft und jährlich. Diese ökonomische Demokratie-Dividende ist kein Wunschdenken, sondern solide belegt durch Daten aus 157 Ländern und sieben Jahrzehnten. Welche Mechanismen hier greifen, erklärt Politikökonomin Vanessa Boese-Schlosser im Interview mit Gabriele Kammerer.

Demokratie hat positive Auswirkungen auf die Wirtschaft. Wie kommt das?

Das liegt im Grunde an zwei Eigenschaften der Demokratie. In Demokratien ist zum einen, anders als in Autokratien, die Macht nicht an Einzelne oder an Eliten gebunden, sondern an Parteien, die abgewählt werden können. Für die Parteien an der Regierung ist es also immer wichtig, sich eine breite Unterstützung der Öffentlichkeit zu erhalten. Deswegen können Maßnahmen manchmal nicht durchgesetzt werden, weil sie wirtschaftlich schädlich wären. Zum anderen führt Rechtsstaatlichkeit, also die Begrenzung der Macht der Exekutive durch die Judikative und die Legislative, tatsächlich dazu, dass Firmen und auch Einzelpersonen Anreize haben zu investieren. Das heißt: Ich investiere in meine eigene Bildung, ich mache ein Studium, oder ich investiere als Arbeitgeber*in in die Ausbildung meiner Mitarbeitenden und so weiter. Demokratien schaffen ein System, das eine bessere Grundlage bietet für Wirtschaftswachstum: Die Macht des Staatsoberhauptes ist beschränkt, Regierungen können abgewählt werden.

Wie lässt sich denn der Zusammenhang zwischen Demokratie und Ökonomie wissenschaftlich fassen?

Auf der ökonomischen Seite arbeiten wir mit gängigen Wirtschaftsstatistiken, also etwa zum Bruttoinlandsprodukt. Auf der politischen Seite ist es natürlich nicht ganz so einfach. Wie misst man Demokratie? Bis 2022 war ich Assistenz-Professorin am schwedischen V-Dem Institute – das steht für „Varieties of Democracy“. Dort ist eine der weltweit größten Sammlungen von Daten zur Demokratie angesiedelt, und diese Daten nutzen wir. 3- bis 4.000 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler codieren jedes Jahr verschiedene demokratische Eigenschaften von allen Ländern auf der ganzen Welt. Dieser Datensatz geht sehr weit zurück – bis 1789! In der vorliegenden Studie konzentrieren wir uns auf den Zeitraum von 1949 bis 2018. Wie sieht es hier aus für Demokratien, für Autokratien und das Wirtschaftswachstum? Vor allem haben wir uns angeschaut, was mit Ländern passiert, die sich demokratisieren, also die einen Übergang von der Autokratie in eine Demokratie vollziehen. Was passiert mit deren Wirtschaftswachstum – und was wäre passiert, wenn diese Länder autokratisch geblieben wären? Und wir können ganz klar zeigen, dass diese Länder einen beständigen Wachstumseffekt haben. Sie haben ein zusätzliches Wachstum von ungefähr 0,8 Prozent pro Jahr, dauerhaft. Das geht über das hinaus, was Forschende in früheren Studien gefunden haben.

Was für Veränderungen zeigen sich in der langfristigen Beobachtung?

Wir haben uns genauer angeschaut: Welche demokratischen Elemente sorgen eigentlich für Wachstum? Demokratisierung bringt die Wirtschaft voran, aber es ist nicht einfach so, dass automatisch mehr Wachstum kommt, sobald das Label „Demokratie“ draufsteht. Wir sehen vielmehr, dass der Wachstumseffekt zu großen Teilen geprägt ist durch freie und faire Wahlen. Das gilt über den gesamten Zeithorizont, also egal wie lang das Land demokratisch ist: Die freien und fairen Wahlen sind ein ganz elementarer Bestandteil. Wir sehen aber auch, dass im ersten Jahrzehnt unmittelbar nach dem Übergang zur Demokratie vor allem die Beschränkungen der Exekutive wichtig sind, also die Gewaltenteilung, die Rechtsstaatlichkeit.

Wie erklären Sie sich das?

Wir führen das darauf zurück, dass in Autokratien, wo Einzelne relativ unbeschränkt Macht ausüben können, diese große Anreize und auch Möglichkeiten haben, das Land wirtschaftlich auszubeuten und auf den eigenen Nutzen hin zu wirtschaften. Dieses Verhalten unmöglich zu machen, ist gerade in den ersten Jahren nach dem Übergang sehr wichtig. Die Rechtsstaatlichkeit ist wichtig, um Firmen zu signalisieren: Ihr könnt sichere Investitionen leisten, in Kapital oder in Leute. Ihr habt hier die Rechtssicherheit, ihr könnt hier Investitionen tätigen. Das ist der Nährboden, daraus entwickelt sich dann ein solides demokratisches System. Investor*innen wissen dort: Wir können uns darauf verlassen, in diesem System ist Rechtssicherheit, die Dividende kommt irgendwann auch zurück. Sie müssen nicht Angst haben, enteignet zu werden oder Ähnliches.

Wie können Sie denn so genau sagen, was zählt? Wie geht das methodisch?

Methodisch fußt das auf den Daten des V-Dem-Projekts. Da haben sich Expert*innen im Bereich Politikwissenschaft zusammengetan und haben gefragt: Wie messen wir eigentlich Demokratie? In unserer Studie orientieren wir uns an der Idee einer liberalen Demokratie. Die liberale Demokratie besteht aus ungefähr 50 verschiedenen, ganz kleinen Dingen, die unterschiedlich gewichtet werden. Dazu gehört alles, was mit Wahlen zu tun hat: Sind die Wahlen



Vanessa Boese-Schlösser ist Postdoc in der Abteilung Transformationen der Demokratie und war wissenschaftliche Mitarbeiterin am Varieties of Democracy (V-Dem) Institute an der Universität Göteborg in Schweden. vanessa.boese@wzb.eu

Foto: © WZB/privat, alle Rechte vorbehalten.

frei und fair, dürfen alle Bürger*innen wählen usw.? Damit Wahlen wirklich frei und fair sein können, müssen auch weitere Anforderungen erfüllt sein: Gibt es Pressefreiheit, gibt es Versammlungsfreiheit, Meinungsfreiheit? Wenn die Antwort auf all diese Fragen ja ist, sprechen wir von einer elektoralen Demokratie. Die liberale Demokratie geht noch einen Schritt darüber hinaus und beinhaltet zusätzlich liberale Komponenten. Das sind unter anderem individuelle Rechte: Gibt es Rechte für Individuen und Minderheiten, sind die geschützt? Gibt es Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit? All diese Dinge können wir einzeln messen. Und selbst im Bereich der Gewaltenteilung können wir mithilfe dieser Daten genau messen, ob sich zum Beispiel das Staatsoberhaupt an Beschränkungen durch die Judikative hält. Also zum Beispiel: Wenn der Oberste Gerichtshof ein Urteil fällt, hält sich dann das Staatsoberhaupt daran? Dazu haben wir Daten über längere Zeit und können das über die verschiedenen Länder messen – und das mit den Daten zu Wirtschaftswachstum in Verbindung bringen.

Nun gibt es aber Länder, wie zum Beispiel China, bei denen die Wirtschaft wunderbar funktioniert, ohne dass sie nach unseren Maßstäben eine funktionierende Demokratie haben.

Ja, natürlich gibt es China, es gibt auch Singapur, aber das sind absolute Ausnahmen. Wir haben auf der anderen Seite Autokratien wie Simbabwe, das unter der Präsidentschaft von Robert Mugabe von 1999 bis 2018 jedes Jahr

um die 15 bis 16 Prozent Negativwachstum hatte. Das ist viel näher am Durchschnitt der Autokratien als ein China oder ein Singapur. Im Zeitraum von 1990 bis 2009 hatten 7 Prozent der Demokratien negatives Wachstum, aber 30 Prozent der Autokratien. Die Wachstumsvolatilität, also Ausschläge ins ganz stark Negative oder ganz stark Positive, ist bei Demokratien viel kleiner. Demokratien haben im Schnitt ein beständiges positives Wachstum. Das schlägt eben nicht nach links oder rechts so aus wie bei Autokratien, und Autokratien haben im Schnitt eher ein negatives Wachstum. Syrien ist mit negativen Wachstumsraten von -13 Prozent in den Jahren 2012/13 auch ein gutes Beispiel dafür.

Und was ist mit anderen Faktoren, etwa den demografischen Entwicklungen? Vielleicht liegt ja gar nicht alles an der Staatsform ...

Wir haben verschiedene solcher Faktoren im Blick und rechnen sie raus, etwa die Größe des Marktes. Es ist ja klar, dass die Möglichkeiten für Wirtschaftswachstum bei einem kleinen Inselstaat, der geografisch nirgendwo gut angebunden ist, anders sind als bei einem Land, das direkt von fünf potenziellen Handelspartnern umgeben ist. Das kann man über die relevanten Statistiken methodisch mit einarbeiten.

Nun ist ja, wenn es in einem Land Wirtschaftswachstum gibt, noch nichts dazu gesagt, wie das Wachstum bei den Leuten ankommt. Haben Sie die Frage nach Gerechtigkeit, nach Verteilung im Blick?

In dieser Studie nicht, aber in anderen Studien, und auch Kolleg*innen haben dazu gearbeitet. Es zeigt sich, dass es auch innerhalb von Demokratien große Unterschiede gibt. In Bezug auf Ungleichheit sehen wir, dass es einen riesigen Unterschied macht, ob es sich um eine elektorale oder eine liberale Demokratie handelt. In Bezug auf die Beseitigung von Ungleichheit ist es wirklich wichtig, nicht nur freie und faire Wahlen zu haben. Das ist ohne Frage ein ganz elementarer Baustein, aber was wirklich zählt, ist diese Weiterentwicklung hin zu einer liberalen, funktionierenden Demokratie, mit Gewaltenteilung, mit geschützten Minderheitsrechten.

Können diese Ergebnisse Autokraten überzeugen? Zieht das als Argument: Ach guck mal, Demokratie ist gut, die hat ganz handfeste ökonomische Vorteile?

Sicher gibt es richtige Hardcore-Autokraten, das sind aber nur wenige. Ich halte es für wichtig, die Leute zu überzeugen, die vielleicht Demokratie nicht so auf dem Schirm haben – ohne deswegen gleich Autokraten zu sein. Wir sehen seit ungefähr dem Jahr 2000 eine Welle der Autokratisierung, die wirklich in den letzten 120 Jahren, also seit 1900, keinen Vergleich hat. Das Ausmaß ist wahnsinnig. Wir haben fast 200 Länder auf der Welt, und seit 1994 haben wir 36 Demokratien verloren. Dabei sind Länder wie Indien und Ungarn. In der EU haben wir auch langsam Probleme, und deswegen ist es, glaube ich, wichtig, die bestehenden Demokratien resilient zu machen. Dazu gehört eben auch die Aufklärung über die positiven Aspekte, die die Demokratie mit sich bringt. Wir alle, oder viele von uns, sind mit einer Demokratie aufgewachsen und nehmen sie als natürlich hin. Aber das ist sie nicht. Die Demokratie ist eine Errungenschaft, die sich Gesellschaften vor uns mühsam erkämpft haben. Ich finde es sehr wichtig, da eine neue Wertschätzung zu entwickeln.

Können Sie aus Ihren Ergebnissen Optimismus schöpfen?

Ja, absolut. Mich hat das sehr gefreut, dass man nachweisen kann, dass Demokratien einfach besser für ihre Bevölkerung sind, wenn es um die Wirtschaft geht. Aus meiner Forschung weiß ich auch: Demokratien sind besser darin, für die öffentliche Gesundheit zu sorgen. Und was ich auch ganz wichtig finde: Ich konnte zeigen, dass Demokratien besser darin sind, Daten öffentlich und transparent zu machen. Die Qualität der Daten, die wir aus Demokratien bekommen, ist höher als die Qualität der Daten aus Autokratien. Erwähnen will ich auch noch ein Grundgesetz der Politikwissenschaft – darauf können sich eigentlich alle in der Zukunft einigen: Demokratien untereinander führen keine Kriege. Demokratische Strukturen bieten Möglichkeiten zur friedlichen Konfliktlösung! In Demokratien ist sicher nicht alles prima, es gibt immer Raum für Verbesserung. Aber ich finde es wichtig zu sehen, dass die demokratischen Regeln so positive Auswirkungen haben. Ein Teil des demokratischen Systems ist natürlich immer der Kompromiss, das heißt, es dauert alles länger und es macht mehr Arbeit. Da liegt es nahe zu denken: Lohnt sich das jetzt wirklich? Wäre es nicht besser, wenn hier mal eine starke Führungspersönlichkeit durchgreift? Aber nein, das wäre es eben nicht, sondern dieser Kompromiss ist etwas ganz Wertvolles, er bringt uns in vielen Bereichen weiter. ●

WZB | Mitteilungen online

👉 Mehr Transparenz wagen

Mehr Beiträge zum Schwerpunktthema finden Sie im Online-Bereich der WZB-Mitteilungen auf unserer Website.



Der Link zur Plattform:
wzb.eu/magazin-zuversicht

Dort finden Sie unter anderem dies:

👉 Mehr Zusammenhalt bei Migration

Die öffentliche Diskussion erweckt den Eindruck, die Zuwanderung nach Deutschland gefährde den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Diskussionen darüber werden oft kontrovers geführt, sie polarisieren. Die wissenschaftlichen Erkenntnisse über die spaltende Wirkung von Migration sind uneinheitlich. **Clara van den Berg** beleuchtet in ihrer Forschung, wie sich das Engagement für Geflüchtete auf den Zusammenhalt zwischen verschiedenen zivilgesellschaftlichen Organisationen auswirkt. Im Blick auf den langen Sommer der Migration 2015 zeigt sie, dass Zuwanderung auf lokaler Ebene zu einer engeren Verbindung in der Zivilgesellschaft führen kann. Als ermutigende Beispiele stellt sie zwei deutsche Städte vor, in denen die Zunahme des Engagements in diesem Zeitraum zur Bildung neuer zivilgesellschaftlicher Gemeinschaften geführt hat.

👉 Hoffnung digital

Als das US-Start-up Augustus Intelligence im Jahr 2020 als windiges Unternehmen entlarvt wurde, gerieten der CDU-Politiker Philipp Amthor, der ehemalige Bundesminister und Unternehmensberater Karl-Theodor zu Guttenberg sowie der Ex-Verfassungsschutzpräsident Hans-Georg Maaßen in den Strudel des Skandals. Alle hatten ihre politischen Beziehungen genutzt, um dem Unternehmen Vorteile zu verschaffen. Es brauchte diese Krise, um der Forderung nach einem aussagekräftigen Lobbyregister in Deutschland Gehör zu verschaffen. Im Jahr 2021 war es so weit: Im Bundestag wurde ein Gesetzentwurf der Regierungskoalition mit den Stimmen der CDU/CSU- und der SPD-Fraktion verabschiedet. Er bietet auch der Wissenschaft erweiterte Möglichkeiten, die Lobbyarbeit in Deutschland zu untersuchen. Für das Lobbyregister hatte sich lange Zeit LobbyControl eingesetzt: eine Nichtregierungsorganisation, in der sich auch viele Forschende engagierten. **Dieter Plehwe** beschreibt, wie 16 Jahre nach Gründung von LobbyControl deren Arbeit endlich Früchte trug.

Lena Ulbricht forscht zu Politik und Machtverhältnissen im digitalen Raum. Angesichts der Übermacht großer Tech-Konzerne und der unabsehbaren Folgen der KI-Entwicklung ist das nicht unbedingt das erste Thema, an das man denkt, wenn es um „Zuversicht“ geht. Im Video von Maximilian Peukert erzählt sie, welche Aspekte der Digitalisierung sie dennoch hoffnungsvoll stimmen. Sie beschreibt regulatorische Bemühungen, die digitale Entwicklung im Sinne pluralistischerer Gesellschaften zu steuern, und das Projekt einer feministischen KI. Sie lädt zum Hören des Podcasts „Purple Code“ ein, den sie mit anderen betreibt. Die diversen Perspektiven ihrer Podcast-Gäste auf die digitale Welt inspirieren ihre Forschung und machen Mut.

Fake News den Kampf ansagen

Zivilgesellschaft muss und kann gegen politische Desinformation wirken

Politische Desinformation ist zu einer ernsthaften Bedrohung für Demokratien weltweit geworden. Die klassischen und die sozialen Medien selbst sind ebenso gefordert, dagegen anzugehen, wie Regierungen und Gesetzgeber. Mit Umfragen und einem Experiment haben die Politikwissenschaftlerinnen Thamy Pogrebinschi und Mariana Borges Martins da Silva in Brasilien eine weitere Kraft ausfindig gemacht, die wirksam gegen Desinformation angehen kann.

Thamy Pogrebinschi und Mariana Borges Martins da Silva

Vor der Präsidentschaftswahl 2018, bei der sich der rechtsextreme Kandidat Jair Bolsonaro und der vom ehemaligen linken Präsidenten Luiz Inácio Lula da Silva unterstützte Kandidat gegenüberstanden, wurde Brasilien von einer Lawine von Fake News überrollt. Im Wahlkampf 2022 – jetzt trat Lula da Silva selbst gegen Bolsonaro an – ergriffen Institutionen wie die Justiz, der Kongress, die Presse und Social-Media-Plattformen verschiedene Maßnahmen, um zu verhindern, dass sich das gleiche Szenario wiederholte: WhatsApp beschränkte die Anzahl der Weiterleitungen einer Nachricht durch eine*n Nutzer*in. Die Zahl der professionellen Fact-Checking-Organisationen nahm zu. Die Justiz schloss eine Vereinbarung mit Social-Media-Plattformen, um die Verbreitung falscher Inhalte zu verhindern. Aber diese Bemühungen reichten nicht aus, um das Problem in den Griff zu bekommen.

Laut einer Umfrage, die wir im Rahmen einer Forschungsk Kooperation zwischen dem WZB und

der Universität Oxford durchgeführt haben, glauben 76 Prozent der Brasilianer*innen, das Wahlergebnis von 2022 sei durch Fake News beeinflusst worden. Sogar 87 Prozent der Bevölkerung glauben, dass die sozialen Medien die Hauptquelle für Fake News während des Wahlkampfs waren. Dennoch gaben 62 Prozent der Befragten an, sie hätten sich vor der Wahl auf soziale Medien verlassen, um sich über Politik zu informieren – ebenso viele, wie angaben, sich über die traditionelle Presse informiert zu haben. Überraschenderweise sind jedoch nur 40 Prozent der Bürger der Meinung, dass die sozialen Medien selbst gegen Desinformation vorgehen sollten. Und noch weniger – nur 38 Prozent – glauben, dass die Presse dies tun sollte.

An der Bundesuniversität Rio de Janeiro wurden Nachrichten analysiert, die über verschiedene Plattformen verbreitet wurden. Die zentralen Themen waren zum einen die Integrität des Wahlprozesses und die Glaubwürdigkeit der

Presse sowie Umweltfragen. Immer raffiniere Desinformationsstrategien beeinflussten den Wahlkampf 2022: Das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Institutionen wurde durch

„Eine zentrale Kampagne des Bolsonaro-Lagers war, dass sie Misstrauen hinsichtlich der Integrität der Wahlcomputer schürten“

die Verbreitung von Unwahrheiten untergraben. Wissenschaftliche Fakten wurden mithilfe von irreführenden Statistiken und tendenziösem Bildmaterial verzerrt und bestritten. Eine zentrale Kampagne des Bolsonaro-Lagers war, dass sie Misstrauen hinsichtlich der Integrität der Wahlcomputer schürten. Auch Meinungsumfragen wurden Ziel von Fake News. Es wurde bestritten, dass Bolsonaro hinter Lula lag; zahlreiche Videos sollten beweisen, dass die Meinungsforscher*innen Lula begünstigten.

Der Oberste Wahlgerichtshof Brasiliens handelte schnell und forderte in hunderten von Fällen Plattformen dazu auf, unrichtige Inhalte zu entfernen. Außerdem verbot er Kanäle und Profile, die Unwahrheiten über den Wahlprozess verbreiteten. Dennoch war auch die Justiz Ziel der Fake News, die Bolsonaro und seine Anhänger verbreiteten. Die Maßnahmen reichten eindeutig nicht, um Qualität und Verbreitung der Informationen in den sozialen Medien zu kontrollieren. Wenn aber die Bemühungen von Regierungen und internationalen Gremien zur Regulierung der sozialen Medien nicht ausreichen, wenn auch bei Presse und sozialen Medien die Selbstkontrolle versagt, muss der Aktionsradius erweitert werden. Es müssen sich mehr Akteure gegen die Verbreitung politischer Unwahrheit engagieren. Und hier kommt die Zivilgesellschaft ins Spiel.

Verschiedene Faktoren trugen dazu bei, dass die brasilianische Zivilgesellschaft in den letzten Jahren wehrhafter wurde: Der autoritäre Charakter der Regierung Bolsonaro, seine Versuche, den bürgerschaftlichen Raum zu verengen und Kanäle der Bürgerbeteiligung zu beschneiden, und der durch die Corona-Pandemie verursachte soziale Notstand führten zu starken Gegenreaktionen. Das Land verfügt schon traditionell über eine starke Zivilgesellschaft,



Thamy Pogrebinski ist Senior Researcher am Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung, Fakultätsmitglied der Berlin Graduate School of Social Sciences (BGSS) an der Humboldt-Universität zu Berlin. thamy.pogrebinski@wzb.eu

Foto: © WZB/privat, alle Rechte vorbehalten.

vor allem seit dem Übergang zur Demokratie Mitte der 1980er-Jahre, aber in den letzten Jahren erlebte Brasilien eine exponentielle Zunahme demokratischer Innovation. Das ist sicher auch durch die zunehmende Nutzung digitaler Instrumente der Partizipation durch zivilgesellschaftliche Akteure zu erklären.

Die Akteure der Zivilgesellschaft haben in den letzten Jahren auch bei der Produktion von Wissen eine immer wichtigere Rolle gespielt. Durch ihre lokale Verwurzelung sind sie häufig in der Lage, Probleme vor allen anderen zu erkennen, was sie in bestimmten Zusammenhängen zu Wissensproduzenten macht. Die digitale Technologie hat die Bedeutung der Zivilgesell-

„Die digitale Technologie hat die Bedeutung der Zivilgesellschaft bei der Produktion von alternativem Wissen erheblich gestärkt“

schaft bei der Produktion von alternativem Wissen erheblich gestärkt – soziale Akteure haben heute ein breiteres Repertoire zur Bewältigung von Krisen. Außerdem können sie durch Crowdsourcing soziale Intelligenz nutzen, um Probleme des Gemeinwesens zu bearbeiten.



Mariana Borges Martins da Silva ist Postdoc am Nuffield College, University of Oxford. Sie forscht zu politischer Repräsentation, Wahlen, Parteien, Korruption und Desinformation in Schwellenländern, mit einem Schwerpunkt auf Brasilien. mariana.borges@nuffield.ox.ac.uk

Foto: © WZB/privat, alle Rechte vorbehalten.

Weltweit gibt es immer mehr zivilgesellschaftliche Initiativen, die sich gegen Desinformation einsetzen. In Europa sieht das so aus, dass Fakten überprüft und die Medienkompetenz gefördert werden, dass investigativer Journalismus und Recherche ausgebaut werden. In einer früheren Veröffentlichung haben wir gezeigt, wie das Bild in Brasilien aussieht. Wir konnten fünf Strategien zur Bekämpfung von Desinformation ausmachen: Zivilgesellschaftliche Informationen beschaffen präzise Informationen, sie decken Fehlinformationen auf, sie entwerfen Gegen narrative, sie machen zuverlässige Daten allgemein zugänglich, und sie checken Fakten. Diese Strategien machen die Zivilgesellschaft zu einer Wissensquelle, die proaktiv genaue Informationen und zuverlässige Daten generiert.

Auf unsere Frage hin, wer Desinformation bekämpfen sollte, gaben 60,3 Prozent der Menschen in Brasilien an, dass Bürger*innen und die Zivilgesellschaft diese Aufgabe übernehmen sollten. Sie erwarten also, dass eine solche Herausforderung nicht nur von politischen Akteuren und Institutionen angegangen wird. Dies steht im Einklang mit dem allgemein geringen Vertrauen in die Medien in Brasilien – wir verweisen noch einmal auf den Befund, dass nur 38 Prozent der Befragten in unserer Umfrage die Presse als zuständig für die Bekämpfung von Fake News ansehen. Wenn die Bürgerinnen und Bürger der Presse nicht trauen, trauen sie ihr auch nicht zu, Fakten zu überprüfen. Sie suchen hier eher nach Alternativen,

zum Beispiel nach Organisationen der Zivilgesellschaft. Zivilgesellschaft und die Bürger*innen haben das Potenzial, als glaubwürdigere Informationsquellen wahrgenommen zu werden, die alternatives und vertrauenswürdige Wissen produzieren.

„Wenn die Bürgerinnen und Bürger der Presse nicht trauen, trauen sie ihr auch nicht zu, Fakten zu überprüfen“

werden, die alternatives und vertrauenswürdige Wissen produzieren.

In unserer Studie war der Prozentsatz der Befragten, die eine negative Einstellung gegenüber der Presse haben, höher als der jener, die kein oder nur ein geringes Vertrauen in die Zivilgesellschaft haben (43,1 Prozent für die Presse und 38,4 Prozent für die Zivilgesellschaft). Umgekehrt ist der Prozentsatz der Befragten mit einer neutralen Einstellung gegenüber der Zivilgesellschaft höher als der gegenüber der Presse (36,8 versus 30,1 Prozent). Insgesamt ist also das Vertrauen in die Zivilgesellschaft etwas höher als das in die Presse.

Noch ausgeprägter ist dieses Muster unter Anhänger*innen des ehemaligen Präsidenten Jair Bolsonaro, die auch am anfälligsten für Desinformation sind. Unsere Befragung ergab, dass sie insgesamt ein höheres Misstrauen gegenüber Presse und Zivilgesellschaft haben, aber das Misstrauen gegenüber der Zivilgesellschaft ist auch in dieser Gruppe etwas geringer als gegenüber der Presse.

Am wichtigsten aber ist folgender Befund: Wenn es darum geht, Desinformation zu bekämpfen, ist in der Gruppe der Bolsonaro-Anhänger*innen die Zivilgesellschaft effektiver als die Presse. Das haben wir in einem Experiment beobachtet. Wir gaben den Teilnehmenden aufklärende Informationen über eines der Hauptfelder von Fake News im Wahlkampf, nämlich die Abholzung des Amazonas. Alle Befragten bekamen dieselben Informationen, wir variierten aber die Informationsquelle. Einer Gruppe wurde gesagt, das Video mit den aufklärenden Informationen stamme aus der Presse, während einer anderen Gruppe gesagt wurde, es komme aus den Reihen der Zivilgesellschaft.

Auf diese Weise konnten wir die Wirksamkeit der Zivilgesellschaft als Informationsquelle bei der Reduzierung von Desinformation mit der der Presse vergleichen. Für die Gesamtstichprobe konnten wir keinen Unterschied feststellen. Aber unter den Anhänger*innen des ehemaligen populistischen Präsidenten Bolsonaro war die Zivilgesellschaft als Quelle besonders effektiv. In dieser Gruppe wiesen die Befragten, die Informationen aus der Zivilgesellschaft erhalten hatten, eine signifikant niedrigere Rate an Fehlinformationen auf als diejenigen, die vermeintlich durch die Presse informiert worden waren.

Die Herausforderung, Desinformation wirksam zu bekämpfen, wird immer komplexer. Bestehende Ansätze können mit dem Ausmaß, der Art und der Komplexität des Problems nur schwer Schritt halten. Da die Demokratie durch Desinformation schwer geschädigt wird, ist es von entscheidender Bedeutung, das Spektrum der Maßnahmen zu erweitern und ein breites Spektrum von Akteuren einzubeziehen. Die Zivilgesellschaft spielt nicht nur in demokratischen

Ländern eine zentrale Rolle, sondern auch und gerade in Staaten, die von populistischen Regimen regiert werden. Diese Regime sind oft selbst Quellen von Desinformation: Populistische Führer manipulieren staatliche Quellen, um mit falschen Darstellungen eine undemokratische

„Da die Demokratie durch Desinformation schwer geschädigt wird, ist es von entscheidender Bedeutung, ein breites Spektrum von Akteuren einzubeziehen“

Politik durchzusetzen und an der Macht zu bleiben. Solange der zivilgesellschaftliche Raum jedoch nicht zu stark durch autoritäre Herrschaft beeinträchtigt wird, können zivilgesellschaftliche Initiativen eine vielversprechende Rolle im Kampf gegen Desinformation spielen. ●

Literatur

Colomina, Carme/Margalef, Héctor Sánchez/Youngs, Richard: The Impact of Disinformation on Democratic Processes and Human Rights in the World. Directorate-General for External Policies, European Parliament 2021.

Pogrebinski, Thamy: Innovating Democracy? The Means and Ends of Citizen Participation in Latin America. Cambridge: Cambridge University Press 2023.

Pogrebinski, Thamy/Dominguez, Maria/Borges Martins da Silva, Mariana: Gegen Desinformation. Die Rolle von Zivilgesellschaft und kollektiver Intelligenz im brasilianischen Wahlkampf. WZB Mitteilungen, 2022, H. 178. Online: <https://www.wzb.eu/de/artikel/gegen-desinformation> (Stand 06.12.2023).

Porta, Donatella della: Contentious Politics in Emergency Critical Junctures: Progressive Social Movements during the Pandemic. Cambridge: Cambridge University Press 2022.

Santini, Rose Marie/Salles, Débora: Especial Eleições 2022 – Acompanhamento Da Desinformação Multiplataforma. NetLab Universidade Federal do Rio de Janeiro (UFRJ) 2022.





Gute Presse

In Deutschland stößt Desinformation auf Gegenwehr

Hassrede und „Fake News“ – wer die politische Bedeutung von Information und Desinformation unterschätzt hat, ist spätestens seit der Kampagne von Donald Trump 2016 eines Besseren belehrt. Wie groß ist die Gefahr für die Demokratie, die von neuen Kanälen und Gepflogenheiten ausgeht? Etliche neuere Untersuchungen geben, zumindest für Deutschland, Anlass zur vorsichtigen Entwarnung.

Susannah Ellis

Desinformation – darf man ihre bedrohliche Macht überhaupt anzweifeln? Wurde doch spätestens im Jahr 2016 unübersehbar deutlich, dass vorsätzlich irreführende, manipulative Falschinformation eine der größten Bedrohungen für die Demokratie sein könnte. In jenem Jahr versuchte die Russische Föderation, Einfluss auf die amerikanische Präsidentschaftswahl zu nehmen, die Donald J. Trump an die Macht brachte. Ebenfalls 2016 entschieden sich die britischen Wahlberechtigten für den Brexit – auch dieses Ergebnis wird mit sogenannten Fake-News-Kampagnen in Verbindung gebracht. In beiden Fällen war die Gesellschaft polarisiert und die Medienlandschaft durch die stark verbreitete Nutzung von Online-Plattformen geprägt. Kein Wunder also, dass die Sorge nicht nur bei demokratischen Regierungen, sondern auch unter Mediennutzer:innen groß ist. Knapp 60 Prozent der Nutzer:innen von Internet und Social Media in 142 Ländern fürchten, Falschinformationen zum Opfer zu fallen, wie Forscher:innen des Democracy & Technology Institute der Universität Oxford 2022 feststellten. In Deutschland ist die Sorge besonders groß: 80 Prozent der Befragten in einer Studie der Technischen Universität Darmstadt, die 2019 veröffentlicht wurde, hielten Desinforma-

tion für eine Bedrohung. 78 Prozent waren überzeugt davon, dass sie auch die Demokratie gefährde. Seitdem zeichnet sich keine Entspannung ab. Mit dem Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine ist ein starker Anstieg der Desinformation verzeichnet worden. Die russische Kampagne auf den sozialen Medien in Verbindung mit dem Ukraine-Krieg soll laut der Europäischen Union insgesamt 16 Milliarden Mal gesehen worden sein und insgesamt 165 Millionen Personen erreicht haben.

So groß und nachvollziehbar die Ängste sind, gerade im Kontext der hybriden Kriegsführung: Die inzwischen breite Studienlage ermöglicht eine zumindest vorsichtig optimistische Einschätzung der Situation in Deutschland. Das betrifft sowohl die Medien und Netzwerke, innerhalb derer Desinformation verbreitet wird, als auch die Möglichkeiten, Desinformation zu bekämpfen, und ihre tatsächliche Überzeugungskraft.

Zu den Schlüsselfaktoren gehört das Vertrauen in etablierte Medien, also jene Quellen aus Presse, TV und Radio, die grundsätzlich sorgfältig recherchierte, geprüfte und ausgewogene Berichterstattung anbieten. Während viele der neuen Informationsmöglichkeiten auf den so-

zialen Medien und alternativen Nachrichten-Webseiten eher für Desinformation anfällig sind, bietet der Qualitätsjournalismus ein gutes Maß an Schutz. Wie stark dieser ist, variiert von Land zu Land. In Deutschland stimmt die Rechts- und Datenlage insgesamt positiv. Die meisten deutschen Verlage haben sich freiwillig selbst verpflichtet, den Pressekodex des Deutschen Presserats zu achten. Dessen Rügen sind 2022 sogar zurückgegangen. Online-Nachrichtenmedien werden durch den Ende 2020 in Kraft getretenen Medienstaatsvertrag rechtlich verpflichtet, gewisse Standards einzuhalten. Auch ist die Reichweite von Medien, die einem gewissen journalistischen Standard genügen, hoch, ob beim öffentlich-rechtlichen TV und Radio oder etablierten Publikationen wie Die Zeit, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Handelsblatt, Der Spiegel oder Süddeutsche Zeitung. Gemeinsam mit dem RND, RP Online und Der Tagesspiegel erreichten letztere im März 2023 knapp 80 Millionen Menschen online. Öffentlich-rechtliche TV-Programme erreichten 2022 über 50 Prozent der Zuschauer:innen, ein Anstieg von rund 10 Prozentpunkten gegenüber 2012. Auch Qualitäts-Beiträge im Radio – ein Medium, das von über 80 Prozent der Menschen in Deutschland konsumiert wird, Trend steigend – werden viel genutzt und geschätzt. Der Aussage „Ich finde die Informationsangebote des öffentlich-rechtlichen Rundfunks wichtig“ stimmten 72 Prozent der Befragten einer Umfrage der Universität im Mainz im Jahr 2022 zu. 62 Prozent fanden, dass er einen wichtigen Beitrag zur Demokratie leistet.

Allgemein ist das Vertrauen in die Medien in Deutschland hoch. Das zeigt die Mainzer Langzeitstudie zu Medienvertrauen, die seit dem Jahr 2008 Daten erhebt. Mit Blick auf den Zeitraum von 2008 bis 2019 unterstreichen die Forscher:innen die bemerkenswerte Stabilität der Werte, die „keine Krisensymptome“ erkennen lassen. Die Corona-Krise hatte das Vertrauen sogar noch gestärkt: 2020 antworteten 56 Prozent der Befragten mit „eher“ oder „voll und ganz“ auf folgende Frage: „Wenn es um wirklich wichtige Dinge geht (...): Wie sehr kann man da den Medien vertrauen?“ Umgekehrt ist die Zahl derer, die etablierten Medien stark misstrauen, leicht gesunken. Damit hat sich auch eine in den letzten Jahren beobachtete Polarisierungstendenz im Medienvertrauen abgeschwächt. In diesem Zusammenhang ein weiterer Grund für Optimismus: der trust nexus, also die enge Verzahnung zwischen Medienvertrauen und politi-



Susannah Ellis ist Referentin in der Abteilung für Leitung und Kommunikation des Bundesministeriums der Finanzen. Sie ist als Policy Fellow des INSIGHTS-Projekts der Berlin School of Economics Gast der Abteilung Transformationen der Demokratie des WZB. Ihr besonderes Interesse gilt hier der demokratischen Regression, Polarisierung und Desinformation.

Foto: © WZB/privat, alle Rechte vorbehalten.

ischem Vertrauen. Dieser Nexus kann für eine stabile Demokratie sprechen, denn grundsätzlich gilt: Menschen, die dem politischen System vertrauen, sind weniger geneigt, Desinformation Glauben zu schenken.

Bei allem Vertrauen in die etablierten Medien lässt sich allerdings der wachsende Einfluss der sozialen Medien nicht von der Hand weisen. Gerade die Generation der unter 35-Jährigen bezieht auch politische Nachrichten über Plattformen wie Twitch, TikTok, Instagram und X (vormals Twitter). Genau auf solchen Plattformen wurde die massive Verbreitung von Falschnachrichten beobachtet. Es stellt sich somit die Frage: Sind Social-Media-Nutzer:innen nicht einem erhöhten Risiko ausgesetzt, durch absichtlich gestreute „Fake News“ manipuliert zu werden? Auch hier gibt es Anzeichen, die für eine gemäßigte Entwarnung sprechen. Die Möglichkeiten, Desinformation zu identifizieren und ihre Ausbreitung zu stoppen, sind deutlich gewachsen. Dabei stechen drei Ansätze hervor: Faktenchecks (Debunking), die „Impfung“ gegen Falschinformation (Prebunking) und technische Neuerungen, die vertrauenswürdige Sender und Informationen ausweisen können.

Ob Faktenchecks, also das Überprüfen und Richtigstellen falscher Informationen, effektiv sind, ist infrage gestellt worden. Zu den größten Bedenken zählt der Zweifel, ob Mediennut-

zer:innen überhaupt willig sind, Korrekturen anzunehmen, gerade wenn die Falschinformationen der eigenen Weltanschauung entsprechen. Brendan Nyhan und Jason Reifler haben 2010 einen „backfire effect“ diagnostiziert, also ein Insistieren auf dem Wahrheitsgehalt der Falschinformation. Neuere Evidenz deutet jedoch darauf hin, dass Faktenchecks im Großen

„Fakten sind Bürgerinnen und Bürgern wichtig – auch wenn sie ihren eigenen Glaubenssätzen widersprechen“

und Ganzen funktionieren. Fakten sind Bürgerinnen und Bürgern wichtig – auch wenn sie ihren eigenen Glaubenssätzen widersprechen. Dabei wirkt schon das Wissen um die Möglichkeit eines Faktenchecks selbst, wie dieselben Forscher 2015 mit einem Experiment zeigen konnten: Politiker:innen in den USA, die auf die schädlichen Auswirkungen von Falschinformationen und die Möglichkeit, durch einen Faktencheck entlarvt zu werden, hingewiesen wurden, sahen häufiger von fragwürdigen Aussagen ab als Politiker:innen, die keine solchen Mahnungen erhalten hatten.

Auch wenn die Falschinformation bereits öffentlich ist, kann sie im Großen und Ganzen zuverlässig entkräftet werden – nicht nur von professionellen Faktencheckern, sondern auch von Laien, wenn sie als Gruppe agieren. Solche Gruppen können die Falschinformationen generell effektiv, schnell und anhand nur weniger Informationselemente erkennen. Dieser Crowdsourcing-Ansatz verspricht auch die Möglichkeit der Skalierung, also einer breitflächigen Anwendung – ein wichtiger Vorteil angesichts der schieren Masse an Material, das online verfügbar ist.

Einen weiteren vielversprechenden Ansatz bietet die „Impfung“ gegen Fehl- und Falschinformationen. Das Bild ist der Medizin entlehnt, wo die Immunabwehr durch die Gabe kleiner Dosen eines Erregers gestärkt wird. Dieser Mechanismus funktioniert auch in der Psychologie: Durch die Verabreichung einer kleinen Portion an Falsch- oder Fehlinformation, zum Beispiel durch Sensibilisierung oder auch in spielerischer Auseinandersetzung mit Desin-

formations-Taktiken, sollen Menschen für den späteren Kontakt mit der Falschinformation in größerem Umfang gewappnet werden. Mit solchem „Prebunking“ werden Mediennutzer:innen befähigt, manipulative, stark emotionalisierende oder unangemessen relativierende Information als solche zu erkennen.

Schließlich öffnen sich auf technischer Ebene neue Möglichkeiten. Um zu verifizieren, woher Texte und Bilder tatsächlich stammen, können Individuen und Organisationen auf kryptografische Methoden zurückgreifen und robuste digitale Identitäten ausweisen. Die Hardware selbst kann ebenfalls unterstützen: Beispielsweise können neuere Fotoapparate Ton-, Bild- und Video-Aufnahmen mit digitalen Signaturen versehen, die sämtliche spätere Verfälschungen sichtbar machen.

Neben – oder vielleicht vor – all diesen Möglichkeiten von Bekämpfung und Prävention stellt sich die Frage, wie wirksam die Desinformation auf den sozialen Medien überhaupt ist. Neue Studien stellen ihre Überzeugungskraft grundsätzlich in Frage. Es zeichnet sich eine Informationswelt ab, in der sich politische Nachrichten, darunter auch Desinformation, massiv ausbreiten können, aber auf grundlegende Ansichten und Polarisierungstendenzen wenig Wirkung zeigen. Die Tatsache, dass Inhalte geteilt werden, bedeutet beispielsweise nicht, dass der oder die Teilende die Inhalte für glaubwürdig hält oder gar selbst glaubt. Eher scheint es der Akt des Teilens selbst zu sein, nicht der Wunsch nach Informationsverbreitung, der ausschlaggebend für die Verbreitung von Inhalten ist. Das dürfte mit den Hauptmotivationen, sich

„Nicht die jüngere Generation teilt die meisten irreführenden Inhalte, sondern Menschen im Rentenalter“

auf den sozialen Medien zu bewegen, zusammenhängen: Unterhaltung und Beziehungspflege. Bemerkenswert ist dabei übrigens: Nicht die jüngere Generation, die sich tendenziell am ehesten über die sozialen Medien informiert, ist es, die die meisten irreführenden Inhalte teilt, sondern Menschen im Rentenalter. Grundsätzlich bedürfen die Statistiken zum Nachrich-

tenkonsum über die sozialen Medien einer Einordnung: Auch wenn die Zahl derer steigt, die Nachrichten über die sozialen Medien konsumieren, bleibt das Vertrauen in die Glaubwürdigkeit der Inhalte dort vergleichsweise niedrig; es herrscht eine Grund-Skepsis beim Surfen. 2022 hielten nur 5 Prozent der Befragten der Mainzer Studie zu Medienvertrauen auf den sozialen Medien zur Verfügung gestellte Nachrichten für vertrauenswürdig.

Die vermeintliche Bedrohung durch die Verbreitung politischer Nachrichten auf den sozialen Medien kann zusätzlich mit Blick auf die Verarbeitung von Informationen, die über diese Kanäle konsumiert werden, entschärft werden: Atle Haugsgjerda, Rune Karlsen und Kari Steen-Johnsen, Forscher:innen an der Universität Oslo, zeigen, dass Social-Media-Nutzer:innen sich zwar politisch informiert fühlen, es oftmals aber nicht sind – im Gegensatz zu Nutzer:innen traditioneller Medienformate. Wer sich über Social Media informiert, kann sich beispielsweise oftmals gar nicht an konkrete Fakten erinnern. Verstärkt wird dies auch durch die Praxis des „News-Snacking“, des häufigen, aber auch oberflächlichen Konsums von zunehmend leicht zugänglichen Nachrichten auf digitalen Plattformen. Dieses Verhalten

lässt deutlich geringere Lerneffekte zu, wie Jakob Ohme und Cornelia Mothes zeigen. Was die Dimension des Affekts angeht, so deutet immer mehr darauf hin, dass es nicht die Information ist, die die affektive Polarisierung antreibt. Vielmehr scheint die bereits bestehende affektive Polarisierung den Glauben an Fehl- und Falschinformation zu begründen.

Es gibt also Grund zur Hoffnung, dass die Rolle der Desinformation weniger gewichtig sein könnte als oft gedacht, und die Möglichkeiten zu ihrer Bekämpfung sind durchaus vielversprechend. Allerdings setzen sämtliche Ansätze, Desinformation als solche zu kennzeichnen, gegen sie zu „immunisieren“ oder gar im Entstehen zu verhindern, eine grundlegende Bereitschaft voraus, sich mit Fakten und Argumenten auseinanderzusetzen. Wenn Themen stark emotionalisieren und polarisieren, können Medien, insbesondere die neuen sozialen Medien, diese Tendenzen verstärken – mit teils handfesten Folgen. Aufwiegelnde Informationen im digitalen Raum wie Desinformation und Hassrede werden oft nicht direkt als Anstiftung gewertet. Dennoch können sie sich in der Masse so sehr verdichten, dass sich die Wahrscheinlichkeit körperlicher Gewalt drastisch erhöht. ●

Literatur

Guess, Andrew/et al.: „Reshares on Social Media Amplify Political News but Do not Detectably Affect Beliefs or Opinions“. In: Science, 2023, Jg. 381, H. 6656, S. 404-408.

Haugsgjerd, Atle/Karlsen, Rune/Steen-Johnsen, Kari: „Uninformed or Misinformed in the Digital News Environment? How Social Media News Use Affects Two Dimensions of Political Knowledge“. In: Political Communication, 2023, Jg. 40, H. 6, S. 700-718.

Knuutila, Aleks/Neudert, Lisa-Maria/Howard, Philip N.: „Who Is Afraid of Fake News? Modeling Risk Perceptions of Misinformation in 142 Countries“. In: Harvard Kennedy School (HKS) Misinformation Review, 2022, Jg. 3, H. 3.

Nyhan, Brendan/Reifler, Jason: „The Effect of Fact-Checking on Elites: A Field Experiment on U.S. State Legislators.“ In: American Journal of Political Science, 2015, Jg. 59, H. 3, S. 628-640.

Ohme, Jakob/Mothes, Cornelia: „News Snacking and Political Learning: Changing Opportunity Structures of Digital Platform News Use and Political Knowledge“. In: Journal of Information Technology & Politics, 2023.

Reuter, Christian/Hartwig, Katrin/Kirchner, Jan/Schlegel, Noah: „Fake News Perception in Germany: A Representative Study of People's Attitudes and Approaches to Counteract Disinformation“. In: 14th International Conference on Wirtschaftsinformatik, 2019.

Schultz, Tanjev/Ziegele, Marc/Jakob, Nikolaus/Viehmann, Christina/Jakobs, Ilka/Fawzi, Nayla, Quiring, Oliver/Schemer, Christian/Stegmann, Daniel: „Mainzer Langzeitstudie Medienvertrauen 2022. Medienvertrauen nach Pandemie und „Zeitenwende“. In: Media Perspektiven, 2023, Jg. 8.

Es könnte alles ganz anders sein

Plädoyer für einen kritisch-konstruktiven Journalismus

Immer mehr Menschen werden die negativen Schlagzeilen zu viel, sie fühlen sich überfordert von all dem Schlechten auf der Welt. Und offensichtlich geht es nicht nur denen so, die Nachrichten konsumieren, sondern auch denen, die sie machen. Seinen Gastaufenthalt am WZB nutzt der Journalist Jonas Seufert dazu, mit etwas Abstand auf sein Verhältnis zu Nachrichten zu blicken. Journalismus, sagt er, dürfe das Leid nicht nur abbilden. Er müsse zum Handeln inspirieren.

Jonas Seufert

Neulich verlor ich auf dem Weg zur Arbeit die Verbindung zur Welt. Es war in der U-Bahn, ich scrollte wie jeden Morgen durch die Tageschau-App. Krieg in Gaza, heftige Gefechte in der Ukraine, Wohlfahrtsverbände in Deutschland warnen vor Kollaps, die Klimakrise. Es war, gemessen an der Nachrichtenlage dieser Zeit, noch nicht einmal ein besonders schrecklicher Tag. Und doch war etwas anders. Mich überkam ein Gefühl der Leere, das ich bislang selten gespürt habe.

Seit Jahren lese ich aufmerksam Nachrichten. Als Journalist nutze ich Medien für meine eigenen Recherchen, ich interessiere mich aber auch darüber hinaus fürs Weltgeschehen – und dafür, wie meine Kolleg:innen dieses Geschehen in Worte fassen. An diesem Morgen in der U-Bahn war all das weg. In mir fühlte sich etwas dumpf an, als wäre ich gerade gegen eine Wand gelaufen. Ich schloss die App und dachte: Ich kann nicht mehr. Mein neugieriger Blick auf die Welt, er war weg.

Am Schreibtisch angekommen begann ich zu recherchieren. Erstes Ergebnis: Ich war nicht alleine. Immer mehr Menschen in Deutschland meiden Nachrichten. Das belegen Zahlen des Reuters Institute an der Universität Oxford, das jedes Jahr Internetnutzer:innen auf der ganzen Welt nach ihrem Nachrichtenkonsum befragt. Das Interesse an Nachrichten ist in Deutschland massiv gesunken. Vor zehn Jahren gaben noch 80 Prozent der Befragten an, großes Interesse an Nachrichten zu haben. In diesem Jahr lag diese Zahl nur noch bei 52 Prozent. Zwei Drittel aller Befragten sagten, dass sie Nachrichten mindestens gelegentlich meiden. Im Jahr zuvor veröffentlichte das Reuters Institute Zahlen zu den Gründen. Mehr als ein Drittel der Befragten sagten, dass Nachrichten ihnen zu sehr aufs Gemüt schlugen. 16 Prozent der Befragten fühlten sich hilflos.

Denke ich an das Gefühl in der U-Bahn zurück, würde ich mich zur Gruppe der Hilflosen zählen. Der Strom an Nachrichten hatte mich

überwältigt. Die multiplen Krisen dieser Welt, zusammengepfercht in ein paar knappe Video-Sequenzen, knallige Fotos und ein bisschen Text – das war zu viel für meinen Kopf. Während ich so nachdachte, mischte sich in diese Leere aber noch ein zweites Unbehagen. Als Journalist konsumiere ich Nachrichten nicht nur, ich produziere sie ja häufig selbst. Ich las mich durch die Titel meiner letzten Veröffentlichungen: Morddrohungen gegen Gewerkschafter, giftige Pestizide auf Bananenplantagen, Gewalt in der 24-Stunden-Betreuung, Ausbeutung auf dem Spargelfeld. Es ging um Missstände, um Ungleichheit und um Systeme, die versagten. Zweifelsohne waren das wichtige Themen. Aber am Ende jeder meiner Recherchen stand: eine schlechte Nachricht. Wie diejenigen, die ich nicht mehr lesen wollte. War ich also mitschuldig?

Ich startete eine Umfrage unter Kolleg:innen – auf persönlichen Kontakten beruhend und natürlich gänzlich unrepräsentativ. Sie alle konnten mein Gefühl der Erschöpfung. „Wenn ich selbst an schweren Themen arbeite, lese ich kaum andere Nachrichten“, sagte eine Kollegin. „Mit meinen Freunden rede ich bewusst über andere Themen.“ Ich konnte das nachvollziehen. Ich führe viele Gespräche mit Menschen, denen Unrecht widerfahren ist. Oft sind ihre Lebenslagen so prekär, dass es im ersten Moment wenig Hoffnung auf Besserung gibt. Natürlich ist sehr viel einfacher, als Journalist eine scheinbar ausweglose Situation zu bezeugen, als direkt von ihr betroffen zu sein. Aber ich merke auch, wie die vielen Geschichten in mir arbeiten.

Viele meiner Kolleg:innen sprachen von Ausgleich, im Anschluss an schwierige Gespräche, aber auch ganz allgemein. Eine nannte es die Hinwendung zu den „schönen Dingen“. Ich hörte von einem guten Buch am Abend, einem Nachmittag mit dem Kind auf dem Spielplatz, von Schwimmen, Handball und Thaiboxen. Von Sinfoniekonzerten und illegalen Techno-Raves, von Podcasts über Tocotronic und einem Garten in der Uckermark. All diese Dinge, dachte ich, sind nicht nur schön. Sie sind wichtig. Die Kollegin, die seit 20 Jahren immer wieder in ebenjenem Garten in der Uckermark steht, fügte hinzu: „Das Leben ist schön, das darfst du nicht vergessen.“ Ein anderer Kollege versuchte es mit der Schriftstellerin Toni Morrison. Er glaubte jedenfalls, dass sie Folgendes so oder so ähnlich gesagt hatte: Und gibt es noch so viel



Jonas Seufert ist Investigativjournalist mit dem Fokus auf prekäre Arbeit und Niedriglohnsektor. Er arbeitet unter anderem für DIE ZEIT, Süddeutsche Zeitung, ARD und ZDF. Bis Ende 2023 ist er Journalist in Residence am WZB.
jonas.seufert@posteo.de

Foto: © WZB/Martina Sander, alle Rechte vorbehalten.

Leid in der Welt, ich weigere mich abzustumpfen. Zynismus, sagte er, sei der Anfang vom Ende.

Ich stimme zu. Wie aber kommt die Neugier zurück? Wie lässt man sich von der Welt berühren, ohne dass sie einen umhaut? Auf meinem Handy stellte ich einen Timer für meine Nachrichten-Apps. 15 Minuten am Tag, dann schloss die App automatisch. Es wurde tatsächlich besser. Ich versank nicht mehr in der Nachrichtenflut, stattdessen fing ich an, mit meinen Bekannten einzelne Nachrichten zu diskutieren. Ich wertete, ich unterschlug sicherlich einige Aspekte, weil ich nicht mehr so viel las. Ich ließ ganze Themen komplett beiseite. Aber ich zog Verbindungen zwischen den Schlagzeilen. Im gemeinsamen Gespräch, im Abwägen, Vergleichen und Spekulieren, im Fragen nach dem Warum und Wie entstand Bedeutung. Und ich gewann die Kontrolle zurück.

Mit jedem Gespräch wurde auch das Misstrauen gegenüber mir und meinen Kolleg:innen etwas kleiner. Denn der Journalismus, den ich für bedeutend halte, macht etwas ganz Ähnliches: Er ordnet ein, er erklärt, er erzeugt Sinn. Und ist deshalb sinnvoll. Ich hörte einmal von einem Kollegen, wie er im Investigativjournalismus gelandet war. Er sollte eine Porträt-Geschichte über einen Geflüchteten schreiben, der besonders viel Gewalt erfahren hatte. Nach den langen Interviews musste er nachts weinen. Er schrieb einen miserablen Text, der der

Geschichte nicht angemessen war. Er fand keine Distanz zu dem Leid, auch weil es nirgendwo hinführte. Seitdem, sagte er, beginnt nach den Gesprächen erst seine Arbeit. Er sucht die Verantwortlichen, wühlt sich monatelang durch Register und Datensätze, schreibt Anfragen, liest Studien oder besorgt Dokumente. Indem er handelt, überwindet er das Gefühl der Hilflosigkeit.

Gründe für das Leid aufdecken und Verantwortliche benennen – das ist ein wichtiger Schritt heraus aus der Ausweglosigkeit. Denn darin schwingt ein zentraler Gedanke mit: Menschen haben die Situation so gemacht, wie sie ist. Sie könnte ganz anders sein. In diesem Sinne, glaube ich, steckt im Investigativjournalismus Hoffnung. Aber reicht das? Ich glaube nicht. Denn es geht auch darum, wohin Journalist:innen für ihre Geschichten blicken. Ich gebe zu, als Investigativjournalist ziehen mich Missstände und Probleme an. In Wahrheit ist es aber oft komplizierter. Neben dem vielen Schlechten passiert, parallel und oft gleichzeitig, immer auch Gutes. Weil Menschen dafür kämpfen.

Millionen von Menschen erhalten in Deutschland immer noch keinen Mindestlohn. Aber vor zehn Jahren gab es ihn noch gar nicht, und inzwischen ist er stark gestiegen. Große Unternehmen profitieren seit Langem von der Ausbeutung in ihren Lieferketten. Doch Gesetze machen sie nun rechtlich verantwortlich und womöglich bald haftbar. Initiativen organisieren Demos oder Nachbarschaftshilfe, kaufen Menschen aus Gefängnissen frei, besetzen Kohlelager oder retten mit eigenen Schiffen Menschen auf dem Mittelmeer.

Ist es voreingenommen, einseitig, unjournalistisch, über sie zu berichten? Ich glaube nicht. Über Menschen zu berichten, die Gesetze ändern wollen, Initiativen gründen, anders wirtschaften oder Strukturen der Solidarität aufbauen, heißt nicht, sie blindlings zu bewerben. Ich verstehe ihre Geschichten als Angebote der Inspiration an das Publikum. Sie machen ganz unmittelbar Hoffnung, weil sie Lösungen aufzeigen. Mit ihnen stellt sich ganz automatisch

die Frage: Was kann ich, was können wir tun, angesichts des Leids?

Das gemeinnützige Recherchezentrum Correctiv versuchte jüngst etwas anderes. Neben einer Recherche, wie das Kita-System in Deutschland versagt, fanden sich Informationen darüber, wie man Abgeordnete anschreiben kann, welche Gewerkschaften, NGOs und andere Akteure bereits aktiv sind oder wie man eine Petition im Stadtrat einreichen kann. Auf einer Karte konnten alle Aktionen eingetragen werden. Correctiv berichtete nicht darüber, was andere tun. Sondern wie man selbst aktiv werden kann. Sie zeigten einen Weg auf, mit dem Missstand umzugehen. Die angestaute Empörung in Handeln zu verwandeln.

Ich träume von mehr kritisch-konstruktivem Journalismus. Ein Journalismus, der mit akribischer Recherche Missstände aufdeckt und gleichzeitig zum Handeln inspiriert. Ich glaube, dass uns das gegen die Hilflosigkeit hilft – und sich dann vielleicht wieder mehr Menschen über Medien mit der Welt verbinden. Die Zahlen geben das her. Laut dem Reuters Institute sind 58 Prozent der Internetnutzer:innen in Deutschland „äußerst“ oder „sehr“ an positiven Nachrichten interessiert. Fast ebenso viele interessieren sich für Nachrichten, die Lösungen vorschlagen, anstatt nur auf Probleme hinzuweisen.

Neulich sollte ich einen Vortrag über die schwierige Situation von Erntehelfer:innen auf europäischen Feldern halten. Ich verbrachte viel Zeit damit, Belege für die prekären Verhältnisse zu sammeln, ich recherchierte zur Verantwortung der wenigen mächtigen Supermärkte, ich formulierte eine These: Unser Ernährungssystem ist kaputt. Dann hielt ich inne. Der zweite Teil meines Vortrags drehte sich um Direktvermarkter, um die solidarische Landwirtschaft, kooperative Supermärkte und die Möglichkeit eines starken EU-Lieferkettengesetzes, das Unternehmen zur Verantwortung zieht. Auf die Titelfolie schrieb ich, voller Hoffnung und zugleich hoffnungslos vermessen: Das Ende der Ausbeutung. ●



Name	Einzelnummer	von	Stückzahl	Platzkarte	Zusatzteil
1	1	1	1	1	1
2	2	2	2	2	2
3	3	3	3	3	3
4	4	4	4	4	4
5	5	5	5	5	5
6	6	6	6	6	6
7	7	7	7	7	7
8	8	8	8	8	8
9	9	9	9	9	9
10	10	10	10	10	10
11	11	11	11	11	11
12	12	12	12	12	12
13	13	13	13	13	13
14	14	14	14	14	14
15	15	15	15	15	15
16	16	16	16	16	16
17	17	17	17	17	17
18	18	18	18	18	18
19	19	19	19	19	19
20	20	20	20	20	20
21	21	21	21	21	21
22	22	22	22	22	22
23	23	23	23	23	23
24	24	24	24	24	24
25	25	25	25	25	25
26	26	26	26	26	26
27	27	27	27	27	27
28	28	28	28	28	28
29	29	29	29	29	29
30	30	30	30	30	30
31	31	31	31	31	31
32	32	32	32	32	32
33	33	33	33	33	33
34	34	34	34	34	34
35	35	35	35	35	35
36	36	36	36	36	36
37	37	37	37	37	37
38	38	38	38	38	38
39	39	39	39	39	39
40	40	40	40	40	40
41	41	41	41	41	41
42	42	42	42	42	42
43	43	43	43	43	43
44	44	44	44	44	44
45	45	45	45	45	45
46	46	46	46	46	46
47	47	47	47	47	47
48	48	48	48	48	48
49	49	49	49	49	49
50	50	50	50	50	50
51	51	51	51	51	51
52	52	52	52	52	52
53	53	53	53	53	53
54	54	54	54	54	54
55	55	55	55	55	55
56	56	56	56	56	56
57	57	57	57	57	57
58	58	58	58	58	58
59	59	59	59	59	59
60	60	60	60	60	60
61	61	61	61	61	61
62	62	62	62	62	62
63	63	63	63	63	63
64	64	64	64	64	64
65	65	65	65	65	65
66	66	66	66	66	66
67	67	67	67	67	67
68	68	68	68	68	68
69	69	69	69	69	69
70	70	70	70	70	70
71	71	71	71	71	71
72	72	72	72	72	72
73	73	73	73	73	73
74	74	74	74	74	74
75	75	75	75	75	75
76	76	76	76	76	76
77	77	77	77	77	77
78	78	78	78	78	78
79	79	79	79	79	79
80	80	80	80	80	80
81	81	81	81	81	81
82	82	82	82	82	82
83	83	83	83	83	83
84	84	84	84	84	84
85	85	85	85	85	85
86	86	86	86	86	86
87	87	87	87	87	87
88	88	88	88	88	88
89	89	89	89	89	89
90	90	90	90	90	90
91	91	91	91	91	91
92	92	92	92	92	92
93	93	93	93	93	93
94	94	94	94	94	94
95	95	95	95	95	95
96	96	96	96	96	96
97	97	97	97	97	97
98	98	98	98	98	98
99	99	99	99	99	99
100	100	100	100	100	100

Daron Acemoglu

„Wir können für geteilten Wohlstand mobilisieren“

„Macht und Fortschritt“ heißt das Buch, das Daron Acemoglu zusammen mit Simon Johnson veröffentlicht hat. Die beiden US-Ökonomen analysieren anhand historischer Beispiele, wie Eliten den technologischen Fortschritt für ihre Zwecke nutzten. Im Gespräch mit Claudia Roth erläutert Acemoglu, was das für den Umgang mit Künstlicher Intelligenz bedeutet.

Sie kritisieren, die Debatte über Technologie sei von einem blinden Glauben an Fortschritt geprägt. Warum ist das ein Problem?

Wir sind heute sehr viel wohlhabender und gesünder als die Menschen Mitte des 18. Jahrhunderts. Das haben wir einer Entwicklung zu verdanken, die mit der Industriellen Revolution in Großbritannien begann. Technologischer Fortschritt führt aber nicht automatisch zu allgemeinem Wohlstand. Zentral sind die Entscheidungen, die wir über die Nutzung der Technologie treffen, und die Institutionen, die wir um sie herum aufbauen.

Was heißt das konkret?

Es macht beispielsweise einen großen Unterschied, ob industrielle Technologien lediglich die Arbeit automatisieren oder ob sie auch neue Aufgaben für Arbeitnehmer*innen schaffen und so die Grundlage für steigende Löhne bilden. Wichtig ist auch, den Arbeitnehmer*innen in den Betrieben eine Stimme zu geben. Der blinde Glaube an einen bedingungslosen und automatischen Fortschritt führt dazu, dass wir uns der Verantwortung dafür entziehen, Technologien und Institutionen zu gestalten. Im schlimmsten Fall macht blinder Technikoptimismus jene Menschen mächtig, die die Technologie kontrollieren, und versäumt es, Leit-

planken gegen die missbräuchliche Verwendung neuer Methoden und Techniken zu errichten.

Sie fordern ein neues Narrativ über Technologie. Worum geht es in dieser Erzählung?

Das neue Narrativ sollte sich darauf konzentrieren, wie wir Nutzen aus neuen Technologien ziehen können und wie wir möglichst alle an den Debatten darüber beteiligen können. Ob wir mit neuen Technologien auch gute soziale Ergebnisse erzielen, hängt in hohem Maße davon ab, wie wir die Richtung der Innovation wählen und ob wir die richtigen Institutionen um sie herum aufbauen. Es gibt zahlreiche historische Belege dafür, dass Gesellschaften dies nicht schaffen, wenn sie nicht demokratisch sind. Arbeitnehmer*innen und Bürger*innen müssen Mitsprache bei der Ausrichtung von Innovation haben. Die Frage ist, ob durch die Künstliche Intelligenz eine Oligarchie von Technologiebaronen entsteht, die alles beherrscht, oder ob wir diese neuen Werkzeuge nutzen, um das zu schaffen, was ich als arbeitnehmerfreundliche KI-Werkzeuge bezeichne: Anwendungen, die Arbeitnehmer produktiver machen und sie stärker in den Produktionsprozess einbinden. Dazu gehören auch bürgernahe oder demokratische Plattformen, auf denen Demo-

kratie und nicht Manipulation und Unwahrheiten gedeihen können.

Jeder Wandel braucht treibende Kräfte. Welche könnten das sein?

In unserem Buch zeigen wir drei Ansätze auf. Erstens müssen wir das Narrativ ändern. Zweitens müssen wir eine Gegenmacht zu denen aufbauen, die die Technologie kontrollieren. Das ist eine institutionelle und auch eine organisatorische Herausforderung. In der Vergangenheit kam diese Gegenmacht aus demokratischen Prozessen, aus der Regulierung durch staatliche Stellen und aus der Zivilgesellschaft. Drittens müssen wir über politische Maßnahmen nachdenken, die nützlich sein könnten, um Leitplanken gegen den Missbrauch neuer Technologien zu setzen. Wir verweisen auf die „progressive Ära“ in den USA, die Zeit des Umbruchs zwischen dem Ende des 19. Jahrhunderts und dem Ersten Weltkrieg. Dort sehen wir schon alle diese drei Säulen: Es gab einen Wandel in der Vorstellung davon, was wir von neuen Technologien erwarten und wie mächtig große Unternehmen sein sollten. Es entstanden neue Gegenkräfte. Und ergab neue politische Maßnahmen, mehr Demokratie und gemeinsamen Wohlstand.

Sie fordern einen aktiven Staat, um die Zukunft der Technologie zu gestalten. Welche Reformen sind für Sie entscheidend?

Der Markt ist wichtig für Innovationen, aber es gibt keine Garantie dafür, dass der Markt den Weg der Innovation richtig vorgibt. Ich bin nicht dafür, dass Bürokraten Entscheidungen über Technologien treffen. Aber es gibt viele Beispiele dafür, dass die Führung der Regierung beim technologischen Wandel wichtig ist. Im Falle der Künstlichen Intelligenz sollte die Regierungsagenda so aussehen, dass sie eine arbeitnehmerfreundlichere und demokratischere Nutzung unterstützt. In der Vergangenheit war diese Art von staatlicher Führung bereits erfolgreich: im Zusammenhang mit der Verteidigungsindustrie zum Beispiel und in Bereichen wie Antibiotika, Computertechnologie, Internet und Nanotechnologie. Heute brauchen wir ein größeres Engagement der Regierung, um arbeitnehmerfreundliche KI zu unterstützen, zum Beispiel durch direkte Finanzierung von Forschung. Es ist auch wichtig, dass die Politik verzerrende Anreize beseitigt. Ich habe schon oft darauf hingewiesen, dass die übermäßige Automatisierung durch das US-Steuersystem ange-



Daron Acemoglu ist Elizabeth & James Killian Professor für angewandte Ökonomik sowie Institute Professor am Massachusetts Institute of Technology. 2023 gewann er den A.SK Social Science Award, den das WZB alle zwei Jahre verleiht. daron@mit.edu

Foto: © WZB/Cody O'Loughlin, alle Rechte vorbehalten.

heizt wird. Dieses subventioniert die Automatisierung, während es das Einstellen von Arbeitnehmer*innen durch Abgaben verteuert.

Die Zukunft des technologischen Wandels sei noch nicht entschieden, schreiben Sie. Was stimmt Sie optimistisch?

Ich bin nicht optimistisch, aber hoffnungsvoll. Wir haben große Umwälzungen erlebt, vergleichbar der „progressiven Ära“. Ich weiß also, dass sich demokratische Gesellschaften für geteilten Wohlstand mobilisieren lassen. Was mich außerdem hoffen lässt, ist die Tatsache, dass insbesondere generative KI, wenn man den ganzen Hype einmal beiseite lässt, den Arbeitnehmer*innen tatsächlich von großem Nutzen sein könnte. Wir leben in einem Zeitalter, in dem Informationen im Überfluss vorhanden sind, nützliche Informationen jedoch Mangelware. Das erleben Arbeitnehmer aller Art, angefangen bei Pädagogen über Gesundheitsfachkräfte, Elektrikerinnen, Arbeiter im Handwerk bis hin zu Wissensarbeiterinnen. Sie alle sind mit komplexen Aufgaben konfrontiert, für die ihnen spezialisiertes Wissen fehlt. Generative KI könnte ein leistungsfähiges Instrument sein, mit dem sie Probleme besser lösen und komplexe neue Aufgaben in Angriff nehmen können. Diese Aussicht stimmt mich hoffnungsvoll – auch wenn wir im Moment nicht in diese Richtung steuern. Diskussionen darüber halte ich für dringend notwendig. ●

Weniger Armut weltweit

Auch Zahlen können Mut machen

Die Zukunft sieht düster aus. Mitten drin ein Heft zu Optimismus? Die Politikwissenschaftlerin Jennifer Hochschild fand ihre gute Nachricht außerhalb ihres eigentlichen Forschungsfelds, in einem ökonomisch-demografischen Trend.

Jennifer Hochschild

Der demografische Wandel in weiten Teilen der Weltbevölkerung hat den meisten Menschen bereits seit einigen Jahrzehnten ein viel besseres Leben beschert, und es ist zu vermuten, dass diese Entwicklung anhält. Der Ökonom Angus Deaton spricht vom „Great Escape“, dem „großen Ausbruch“ aus der Not früherer Jahrhunderte. Tatsächlich gibt es umfangreiche Daten, die diesen Trend belegen. Das Pro-Kopf-Einkommen zeigt in den letzten 50 Jahren weltweit einen stetigen Anstieg. Nach Angaben der Weltbank hat sich das durchschnittliche Jahreseinkommen von 400 US-Dollar im Jahr 1972 bis 2019 verdreifacht. Das ist eine sehr große Veränderung, insbesondere wenn man bedenkt, dass die Weltbevölkerung im gleichen Zeitraum von fast 4 auf 8 Milliarden Menschen angewachsen ist.

Nun sind Durchschnittswerte nicht nur erhellend. Sie verdecken zugleich, weil sie Unterschiede in der Verteilung nicht sichtbar machen. Vor allem die extreme Armut verdient unser Augenmerk. Für Menschen, die weniger als 2 Dollar pro Tag zum Leben haben und in äußerst armen Gemeinden leben, spielt es schlicht keine Rolle, was in den übrigen Einkommensschichten passiert. Aber auch hier sehen wir beeindruckend gute Nachrichten: Im Jahr 1990, dem ersten Jahr, in dem Daten in dieser Form verfügbar waren, lebten etwa zwei Milliarden Menschen am Existenzminimum – sie putzten ihre Zähne mit dem Finger oder mit

einem Zweig. Über drei Viertel von ihnen lebten in Süd- oder Ostasien. Bis 2015 lebten weniger als halb so viele, etwa 800 Millionen, in extremer Armut, obwohl die Weltbevölkerung um zwei Milliarden gewachsen war. Der größte Rückgang war auch hier in Indien und vor allem in China zu verzeichnen.

800 Millionen sind immer noch 800 Millionen extrem arme Menschen zu viel, und in Afrika südlich der Sahara hat die Armut sogar zugenommen. Aber die positiven Entwicklungen sind nicht zu übersehen: Die Zahlen zeigen einen Rückgang historischen Ausmaßes. Da der Grad der Armut einen großen Einfluss auf die Lebensqualität hat, ist eine weitere Aufschlüsselung des Status „arm“ von entscheidender Bedeutung. Die Daten der Weltbank zeigen: Etwa ein Drittel der fast 8 Milliarden Menschen auf der Welt leben von mehr als 10 Dollar pro Tag (einige natürlich von deutlich mehr). Zwischen ihnen und den Allerärmsten befinden sich rund 4 Milliarden Menschen, die zwar arm, aber nicht gänzlich arm sind. Auch in diesem Bereich gibt es gute Nachrichten: Der Anteil derer, die zwischen 3,20 und 10 Dollar am Tag haben, wächst.

In vielen großen Ländern steigt die Lebenserwartung bei der Geburt: etwa in Japan, Frankreich oder Deutschland (nicht so hingegen in Russland). Am steilsten ist der Anstieg in China, Indien, Saudi-Arabien und Südkorea. Die Sterblichkeitsrate Jugendlicher (unter 15 Jah-

ren) liegt zwar in einigen Ländern südlich der Sahara immer noch bei 14 Prozent, aber die Kindersterblichkeitsrate ist weltweit von 27 Prozent im Jahr 1950 auf 4,3 Prozent im Jahr 2020 gesunken.

Lebensqualität bedeutet auch, gesund und ohne Verletzungen aufzuwachsen. Und auch hier sind die globalen Trends kontinuierlich rückläufig. HIV/AIDS nahm deutlich zu, bevor es zurückging, und auch bei den meisten anderen Krankheiten ist seit 1990 eine Abnahme zu verzeichnen. Die Krankheitslast wird in Jahren gemessen, die Individuen mit Einschränkungen leben müssen. Weltweit zusammengerechnet ist diese Krankheitslast von 1,2 Milliarden Jahren 1990 auf unter 800 Millionen im Jahr 2019 gesunken.

Wenn die Wahrscheinlichkeit, dass Kinder sterben, abnimmt und die Wahrscheinlichkeit steigt, dass sie Nahrung, Unterkunft, Gesundheitsversorgung (und eine Zahnbürste) haben, wird der Schulbesuch zum realistischen Ziel. Politisch formuliert: Ein Land, das über genügend und gut eingesetzte Ressourcen verfügt, um Armut zu verringern und die Gesundheit zu verbessern, wird auch in der Lage sein, die Schulbildung zu verbessern. Und das ist weltweit der Fall. Die Zahl der Kinder, insbesondere Mädchen, die keine oder nur geringe Schulbildung erhalten, ist seit 1988 erheblich zurückgegangen. Und die Zahl der Kinder, die eine weiterführende Schule besuchen, steigt. Schließlich nimmt mit dem Bildungserfolg der Mädchen auch ihre Autonomie zu – zumindest werden sie nicht schon minderjährig verheiratet, wie es lange Zeit häufig der Fall war.

Die Tendenz ist klar positiv. Mindestens zwei Vorbehalte muss ich jedoch formulieren. Erstens hatte die Corona-Pandemie verheerende Auswirkungen auf die Gesundheit, nicht nur direkt in Form von sieben Millionen Toten und 780 Millionen Krankheitsfällen, sondern auch indirekt, weil die Gesundheitsversorgung für alle anderen Krankheiten litt. Die Auswirkungen auf Volkswirtschaften und Gesellschaften sind noch nicht abschätzbar. Zweitens muss man nicht lange suchen, um in den demografischen Daten schlechte Nachrichten zu finden. Schulbesuch zum Beispiel bedeutet noch keinen Bildungserfolg. Die Weltbank schätzt, dass vor 2020 57 Prozent der 10-Jährigen funktionale Analphabeten waren und dass diese Zahl bis



Jennifer Hochschild ist Henry LaBarre Jayne Professor of Government, Professorin für African and African American Studies und für Public Policy an der Harvard University. Derzeit ist sie Karl W. Deutsch-Gastprofessorin am WZB.
jennifer.hochschild@wzb.eu

Foto: © WZB/privat, alle Rechte vorbehalten.

2022 auf 70 Prozent angestiegen sein wird. Die globale Einkommensungleichheit bleibt sehr hoch: Der Höchststand war im Jahr 1980 zu verzeichnen, als die oberen 10 Prozent der Verdienenden über 53-mal so viel Einkommen verfügten wie die unteren 50 Prozent; im Jahr 2020 liegt dieses Verhältnis immer noch beim 38-Fachen – und damit in einer Größenordnung wie in den Jahren zwischen 1920 und 1960.

Als Politikwissenschaftlerin mache ich mir am meisten Sorgen über die Bedrohung der Demokratie in zu vielen Ländern der Welt. Das schwedische Internationale Institut zur Förderung von Demokratie und demokratischer Teilhabe berichtet, dass die Hälfte der Länder der Welt unter Rückschritten leidet – von unfreien Wahlen bis hin zu eingeschränkter Meinungs- oder Versammlungsfreiheit. 2022 war das sechste Jahr in Folge, in dem es mehr Länder mit Rückschritten gab als solche mit Fortschritten.

Trotz dieser Vorbehalte aber sollten wir die vielen Erfolge der letzten Jahrzehnte, den „großen Ausbruch“, feiern. Allein schon deshalb, damit die vielen Menschen optimistisch bleiben, die bislang dazu beigetragen haben, dass es aufwärts geht. Inmitten von so viel Traurigem und Bösem müssen wir immer wieder darauf hinweisen, dass Menschen ihr eigenes Leben und das anderer viel besser machen können, wenn sie sich mit all ihrer Kraft dafür einsetzen. ●

Lebensqualität für alle

Im Kampf um Straßenland helfen positive Botschaften

Dass etwas geschehen muss, ist offensichtlich: Stau, Abgase und die Versiegelung von immer mehr Fläche illustrieren die Grenzen des individualisierten Autoverkehrs. Aber wie kann die Verkehrswende gelingen, gegen alle Beharrungstendenzen? Das „Manifest der freien Straße“ setzt auf positive Bilder. Mit verschiedenen Mitteln will es zeigen, dass alle gewinnen, wenn öffentlicher Raum für mehr genutzt wird als nur zur Fortbewegung.

Weert Canzler und Theresa Pfaff

Es gibt zu viele Autos auf den Straßen. In Deutschland sind es annähernd 49 Millionen Pkw mit mehr als 230 Millionen Sitzplätzen. Damit kommen auf 1.000 Einwohner*innen 600 Pkw. Es werden jedes Jahr nicht nur mehr Autos, sie werden auch noch ständig größer, schwerer und breiter. Die allermeisten davon stehen im öffentlichen Raum, fast immer am Straßenrand. Aktuell wird in den Normungsgremien der Verkehrsplaner*innen diskutiert, die Standardmaße für Stellflächen zu verändern, damit man auch bei nebeneinander geparkten SUV noch ein- und aussteigen kann. Im Übrigen ist die Flotte geparkter Vehikel ziemlich träge, denn im Durchschnitt werden die einzelnen Fahrzeuge nicht mehr als 50 Minuten am Tag bewegt. Es sind also mehr Steh- als Fahrzeuge.

International gerät dieses Stellplatzprivileg zunehmend unter Druck. Einige europäische und nordamerikanische Städte haben aufsehenerregende Entscheidungen getroffen. Paris beispielsweise hat die Autos nicht nur von den Ufern der Seine verbannt, sondern auch die Gebühren für das Abstellen von Pkw auf öffentlichen Stellplätzen auf 4 Euro pro Stunde

erhöht und die Parkdauer auf maximal 2 Stunden begrenzt. In London, Brüssel, Mailand oder auch in Wien ist das private Parken auf öffentlichen Parkflächen nicht nur für Besucher*innen, sondern auch für die Anwohner*innen drastisch teurer geworden. In diesen Städten wurde außerdem beschlossen, die Zahl der Stellplätze Jahr für Jahr zu reduzieren. In Deutschland begrenzen eher mittelgroße Städte wie Freiburg, Tübingen oder Darmstadt das Parken und machen es großflächig kostenpflichtig; jüngst hat Hannover einen ambitionierten Plan für eine autoarme Innenstadt vorgestellt. Die Konkurrenz um begrenzte Verkehrsflächen nimmt zu, und die Kritik wird lauter, der öffentliche Raum sei zum Lagerplatz für Fahrzeuge geworden. Auf der anderen Seite gibt es aber auch immer wieder Proteste und Widerstand, sobald Parkplätze abgebaut oder Fahrradstreifen zulasten von Autos Spuren eingerichtet werden.

Es ist überfällig, dass über Stellplätze für das Auto diskutiert wird. Jetzt wird politisiert, was auch politisch ist – und nicht nur das Ergebnis individueller Entscheidungen in der Wahl des Verkehrsmittels. Öffentliche Straßen und Plätze

sind zentral für die Stadt, sie sind eine wichtige Voraussetzung, damit Urbanität entstehen kann. Jede*r darf sich hier aufhalten. Egal ob er oder sie jung, alt, reich oder arm ist. Es ist der Raum außerhalb der privaten Behausung für

„Die Massenmotorisierung und die moderne Trennung der verschiedenen Lebensbereiche haben den städtischen öffentlichen Raum komplett verändert“

den Austausch unter Nachbar*innen. Das ist übrigens so neu nicht. Die Straße war über Jahrhunderte ein öffentlicher Raum. Erst seit Mitte des 20. Jahrhunderts haben der öffentliche Raum insgesamt und die Straße im Besonderen einen enormen Bedeutungsverlust erfahren. Die Massenmotorisierung und die moderne Trennung der verschiedenen Lebensbereiche haben den städtischen öffentlichen Raum komplett verändert. Es geht seither vorwiegend nur noch darum, ihn zu durchqueren und schnell von A nach B zu kommen.

Ambivalenztoleranz, also die Fähigkeit, ganz andere Lebensformen und Identitäten nicht nur zu erleben, sondern auch als gleichberechtigt anzuerkennen, ist nicht selbstverständlich. Sie muss erlernt werden. Die Chance dazu hängt



Theresa Pfaff ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Projekt Graefekiez in der Forschungsgruppe Digitale Mobilität. Sie forscht zu sozialer Kohäsion und zur Mobilitätswende. theresa.pfaff@wzb.eu

Foto: © WZB/Martina Sander, alle Rechte vorbehalten.



Weert Canzler ist Co-Leiter der Forschungsgruppe Digitale Mobilität und gesellschaftliche Differenzierung. weert.canzler@wzb.eu

Foto: © WZB/David Ausserhofer, alle Rechte vorbehalten.

auch mit der Gestaltung der Straße zusammen. Es braucht Raum für alltägliche Begegnungen. Die von Autos befreite Straße fördert das nachbarschaftliche Zusammenleben. Was das heißt, war während der Corona-Pandemie zu erleben. Nicht nur, dass Nachbarschaften, die stärker vernetzt sind, in Krisen und existenziellen Bedrohungen besser durchkommen. Weil während der Pandemie Büros, Geschäfte und Freizeiteinrichtungen geschlossen waren und weite Wege plötzlich sinnlos waren oder gemieden wurden, wurde die nähere Umgebung aufgesucht. Auf Spaziergängen um die Ecke oder auf Spritztouren mit dem Rad haben viele ihre Nachbarschaft besser kennengelernt. Ähnliche Effekte lassen sich beobachten, wo Durchfahrtsperren, die sogenannten Superblocks, das Autofahren sehr unattraktiv machen und zugleich das Parken nicht mehr möglich ist – früh wurde das etwa in Barcelona ausprobiert. Dort blüht das Leben auf den Straßen auf. Alte trauen sich heraus aus ihren Wohnungen und Kinder dürfen auf der Straße Ball spielen.

Die Straße ist aber auch ein Teil des Verkehrs, der vor einer umfassenden Transformation steht. Das ist ein ganz dickes Brett. Technische Lösungen genügen nicht, ein Elektroauto für alle wird nicht die Lösung sein. Der Rechtsrahmen, die Siedlungsformen und nicht zuletzt eingefahrene Nutzungsroutinen und gesellschaftliche Normvorstellungen müssen sich ändern. Die Dimensionen und das Ausmaß der Veränderungen sind schwer zu vermitteln. Das gilt schon für die Tatsache, dass Städte und Mobilität, wie wir sie heute kennen, nichts Naturgegebenes sind. Ihre Entstehungsgeschichte

sieht man ihnen nicht an. Umgekehrt ist es beinahe unmöglich zu erkennen, dass es auch anders sein könnte. Das erklärt die starken Be-

„Das Elektroauto für alle wird nicht die Lösung sein“

harrungstendenzen in der Art, wie wir uns fortbewegen und welches Stadtbild wir akzeptieren.

Ein möglicher Ausweg aus den polarisierenden Debatten um tatsächliche oder vermeintliche Einschränkungen in Folge der Verkehrswende könnte ein plausibles Narrativ sein. Narrative bündeln verschiedene Lösungswege und komplexe Zusammenhänge. Sie machen Veränderungen erzählbar und zeichnen Visionen für die Zukunft. Sie können auch ein Gegenmittel für Vereinseitigungen sein wie beispielsweise die, dass mit der Verkehrswende das Auto komplett abgeschafft würde. Ein Narrativ ist hilfreich, wenn es aus den Diskurs-Blasen herausführt und für verschiedene Akteure verständlich ist.

Genau diesen Anspruch hat das Anfang 2023 veröffentlichte „Manifest der freien Straße“. Es ist das Ergebnis einer ungewöhnlichen Zusammenarbeit zwischen drei Partnern: dem gemeinnützigen Verein paper planes, der mit kreativen Methoden an Visionen der Stadt von morgen arbeitet, der Forschungsgruppe Digitale Mobilität am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung und dem Fachgebiet Arbeitslehre, Technik und Partizipation an der Technischen Universität Berlin. Dieses Konsor-

„Straßenzüge werden dargestellt, wie sie sein könnten: Wo üblicherweise Parkplätze sind, stehen Marktstände“

tium ist so vielfältig wie das Manifest mitsamt seinem umfangreichen Hintergrundmaterial. Fakten, Studien und Argumente für die Befreiung der Straße werden ergänzt durch Glossare für jeden Themenabschnitt, um Begriffe noch einmal zu erklären. Dabei werden auch Vor-

denker*innen aufgeführt und Literatur, mit der das eigene Wissen vertieft werden kann. Gleichzeitig werden konkrete Lösungsvorschläge vorgestellt, wie Straßen umgestaltet werden können. Fakten und gute Beispiele sind das eine. Allerdings besteht das Manifest nicht nur aus Text und Argumenten, sondern es wurde mit Visualisierung in verschiedenen Formen gearbeitet. Renderings als fotorealistische Darstellungen durchziehen den Text im Buch und auch die Website. Darin werden Straßenzüge dargestellt, wie sie sein könnten: Wo üblicherweise Parkplätze sind, stehen Marktstände. Eine Straße zwischen Plattenbauten wird zum Schwimmbecken inmitten einer üppigen Begrünung. Dabei geht es nicht nur um Bilder, die inspirieren, sondern um einen Kontrast zur Realität. Die bestehenden Straßen werden dekonstruiert, es wird gezeigt, dass sie veränderbar sind. So gelingt es, eine bisher oft blind akzeptierte Selbstverständlichkeit abzuerkennen.

Neben den Renderings greift das Manifest auch auf Infografiken zurück. Comics bilden den Abschluss jeder These, sie sind das auserzählte Narrativ. Sie vergleichen das Leben von unterschiedlichen Personen in der jetzigen Straßengestaltung mit dem möglichen Alltag in einer imaginierten Welt mit befreiten Straßen und hoher Lebensqualität. Spielerisch können sich unterschiedliche Personen eine Transformation niedrigschwellig vorstellen und sich individuell darin wiederfinden. Personen in befreiten Straßen leben gesünder, mit freieren Wahlentscheidungen, was ihre Mobilität betrifft, und Nachbarschaften sind inklusiver und interaktionsfreudiger aufgestellt.

„Lebensqualität für alle“ ist die zentrale Botschaft des Manifests. Seine Stärke liegt in der Kombination von informativen Texten und inspirierenden Visualisierungen. Unterschiedliche gesellschaftliche Akteure können damit etwas anfangen: Schüler*innen können lernen und verschiedene Zusammenhänge verstehen, Politiker*innen können Entscheidungen für ihre Kommunen fundieren und Bürger*innen Handlungsideen für ihre Nachbarschaft ableiten. Auch Personen, die auf das Auto angewiesen sind, werden auf die komplexen Zusammenhänge des massenhaften motorisierten Individualverkehrs aufmerksam. Das Manifest zeigt mittelfristige Lösungen: So kann Parkraum auf öffentlichem Land beispielsweise durch Quartiersgaragen ersetzt werden.

Wen will das Manifest mit dem Narrativ der Lebensqualität ansprechen? Kommunen bzw. öffentliche Verwaltungen und gleichzeitig Bürger*innen. Hier sollen Reflexion und Handeln angestoßen werden, denn es sind die Kommunen, in denen Freiräume geschaffen werden. Sie brauchen allerdings gleichzeitig Mut für eine Veränderung. Rechtliche Instrumente wie die temporäre Anordnung oder die Experimentierklausel in der Straßenverkehrsordnung bieten Spielraum für das Ausprobieren von Alternativen. Das Manifest zielt zugleich darauf, jede*n Einzelne*n für den Prozess der Befrei-

„Alle können sich engagieren, durch Radentscheide oder in Initiativen für Kiezblocks“

ung der Straße zu aktivieren. Alle können sich engagieren, durch Radentscheide oder in Initiativen für Kiezblocks. Das Manifest mit seiner Botschaft der Lebensqualität für alle kann als Brücke dienen zu einer sicherlich nicht einfachen Transformation des Verkehrs.

Befreite Straßen sind nur durch das Zutun vieler zu erreichen. Es braucht einen aktiven Umbau, eine offene Neugestaltung von Verkehrsflächen. Dafür gibt es keinen Masterplan. Auseinandersetzungen lassen sich nicht vermeiden. Elementar sind dabei Narrative wie das der „Lebensqualität für alle“. Darin finden sich Schnittmengen zwischen verschiedenen Bedürfnissen. Es braucht engagierte Verwaltungen und Bürger*innen, es braucht ebenso einen offenen Streit der Interessen und es braucht die Bereitschaft zu Trial and Error.

Literatur

Allianz der freien Straße (Hg): Manifest der freien Straße. Berlin: Jovis 2023.

Canzler, Weert/Knie, Andreas/Ruhrort Lisa/Scherf Christian: Erloschene Liebe? Das Auto in der Verkehrswende. Soziologische Deutungen. Bielefeld: Transcript 2018.

Hilfreich kann es zudem sein, zu schauen, wie es anderswo gemacht wurde. Für eine Vermittlung braucht es zudem Visualisierungen, es

„Es braucht Bilder und Geschichten eines gelungenen Umbaus“

braucht Bilder und Geschichten eines gelungenen Umbaus. Es ist nun einmal schwer, sich eine Welt jenseits der gewohnten Wirklichkeit überhaupt vorzustellen. Diese Bilder müssen inspirieren und zugleich so viel Realität enthalten, dass sie nicht als reine Fantastereien erscheinen.

Die Schlagworte der Verkehrswende und die damit verbundenen verkehrspolitischen Ziele kennen wir: mehr Flächengerechtigkeit, angemessenes Tempo, Erreichbarkeit für alle und soziale Teilhabe, Aufenthaltsqualität und Sicherheit für Kinder und Alte, bezahlbare Mobilität und nicht zuletzt Klimaresilienz. Allzu oft allerdings wird mit negativen Bildern hantiert: Es geht darum, Versiegelung, Lärm, Stress, Umweltschäden zu vermeiden. Das „Manifest der freien Straße“ schlägt einen anderen Ton an. Es zeigt Straßen als Ort der Begegnung, als Wirtschaftsraum und als Raum für Bewegung und Sport, also viel mehr als Transport- und Transitstrecken. Das Manifest ist eine Fundgrube für Informationen und vor allem eine Quelle der Inspiration. Das Leitbild der „Lebensqualität für alle“ soll einen, wo sonst der Streit vorherrscht. ●

Gefördert wurde das interdisziplinäre Vorhaben von der Stiftung Mercator. Siehe auch: www.strassen-befreien.de

Diehl, Katja: Autokorrektur. Mobilität für eine lebenswerte Welt. Frankfurt am Main: S. Fischer Verlag 2022.

Fairer als gedacht

Keine Nachteile für Frauen in Berufungsverfahren

Der Wettbewerb ist hart, die Anforderungen hoch. Auch heute noch gibt es in Deutschland deutlich mehr Professoren als Professorinnen. Werden Frauen bei Berufungen benachteiligt, weil ihre Leistung geringer bewertet wird als die von Männern? Eine experimentelle Studie macht Hoffnung: Bei gleicher Qualifikation haben Frauen sogar einen kleinen Vorteil. Das ist auch ein Erfolg der zahlreichen Maßnahmen an den Universitäten.

Alessandra Rusconi und Heike Solga

Immmer noch haben weniger Frauen eine Professur inne als Männer – am stärksten unterrepräsentiert sind sie auf der höchsten Stufe, also bei den W3-Professuren. Dies ist als Problem im Hinblick auf Produktivität, Diversität und Gleichstellung in der Wissenschaft allgemein bekannt. Über das Ziel, den Anteil von Professorinnen zu erhöhen, gibt es wenig Diskussionen, umso mehr dagegen über die Gründe für die Schieflage. Bewerben sich Frauen seltener auf Professuren als Männer oder werden Bewerberinnen seltener berufen als ihre männlichen Konkurrenten? Das vorherrschende Narrativ ist letzteres: Frauen, so heißt es, werden in Berufungsverfahren auch heute noch aufgrund von – bewussten oder unbewussten – Geschlechterstereotypen benachteiligt.

In den letzten Jahrzehnten haben Hochschulen allerdings zahlreiche und vielfältige Maßnahmen ergriffen, um gerade dem zu begegnen: Gleichstellungsgesetze machen die Vorgabe, dass Frauen bei gleicher fachlicher Leistung (Qualifikation) in Bereichen, in denen sie unterrepräsentiert sind, bevorzugt zu berücksichtigen sind. Die Transparenz von Berufungsver-

fahren wird etwa durch Berufungsleitfäden, die Beteiligung von Gleichstellungsbeauftragten und von weiblichen Kommissionsmitgliedern erhöht, gleichstellungsorientierte Forschungsstandards der Deutschen Forschungsgemeinschaft werden angewandt. Hat sich also hinsichtlich der Benachteiligung von Frauen in Berufungsverfahren wirklich nichts getan?

Doch, es bewegt sich etwas! Neuere wissenschaftliche Studien weisen darauf hin, dass Frauen heutzutage nicht seltener als Männer auf Professuren berufen werden, wenn sie sich bewerben. Die aktuelle systematische Literaturübersicht von Stephen J. Ceci und Kolleginnen belegt, dass immer mehr Studien sogar einen Vorteil für Bewerberinnen in Nordamerika und Europa finden. In Deutschland gibt es ähnliche Ergebnisse für W2- und W3-Professuren in der Politikwissenschaft, Psychologie und Soziologie. Auch die Zahlen der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz zur Chancengleichheit in Wissenschaft und Forschung sprechen für einen Vorteil für Bewerberinnen: Über alle Fächer hinweg ist in Deutschland heutzutage der Anteil der Frauen, die auf eine W1-Professur berufen werden, um fast 50 Prozent höher als

ihr Anteil an den Bewerbungen; bei W3-Professuren ist der Anteil um etwa 30 Prozent höher. Diesen Trend gibt es nicht nur in den Geistes- und Sozialwissenschaften, sondern auch und sogar in stärkerem Maße in den Naturwissenschaften.

Diese Statistik sagt allerdings noch nichts darüber aus, ob es in Berufungsverfahren tatsächlich keine Diskriminierung gegenüber Frauen oder sogar eine positive Diskriminierung gibt. Denn möglicherweise sind Bewerberinnen zwar anteilig weniger, aber qualitativ besser als ihre männlichen Mitbewerber. Bei W3-Professuren könnte es zudem sein, dass der Vorteil nur (oder vor allem) für bereits berufene Professorinnen gilt, deren Eignung also bereits anerkannt wurde. Unklar ist, ob er auch für noch nie zuvor berufene Bewerberinnen („Newcomers“) gilt. Insofern sagen diese Zahlen nichts darüber aus, ob es einen Geschlechterbias in der Beurteilung gleich qualifizierter Bewerberinnen und Bewerber gibt.

Um diese Frage zu beantworten, müsste sichergestellt sein, dass die Leistungsprofile von Bewerberinnen und Bewerbern gleich sind. Experimentell lässt sich diese Situation simulieren, indem mit hypothetischen Bewerbungen, sogenannten Vignetten, gearbeitet wird. Eine solche Vignettenstudie haben wir im Sommer 2020 mit rund 1.800 Professorinnen und Professoren (ca. ein Viertel davon Frauen) aus den Fächern Mathematik, Physik, Wirtschaftswissenschaften, Politik- und Sozialwissenschaften sowie Germanistik an deutschen Universitäten durchgeführt. Die Befragten wurden gebeten, Bewerbungen für eine W1- sowie eine W3-Professur in ihrem Fachgebiet auf einer Skala von 1 (niedrigster Wert) bis 7 (höchster Wert) hinsichtlich zweier Aspekte zu bewerten: für wie qualifiziert sie die Person für die jeweilige Professur hielten und wie wahrscheinlich sie die Person zu einem Vorstellungsgespräch einladen würden. Die Vignetten unterschieden sich in verschiedenen Dimensionen, zum Beispiel bei Leistung und Produktivität (also etwa in der Art von Autorenschaften oder dem Anteil begutachteter Veröffentlichungen), bei der Einwerbung von Drittmitteln oder im Hinblick auf das Vorhandensein von Kindern. Die Befragten haben 6 zufällig ausgewählte Vignetten für W1-Professuren und 9 Vignetten für W3-Professuren bewertet. Unser Hauptinteresse galt der Frage, wie sich das Geschlecht der Bewerben auf ihre Chancen auswirkt, als qualifi-



Alessandra Rusconi ist wissenschaftliche Forschungskoordinatorin der Abteilung Ausbildung und Arbeitsmarkt. Sie beschäftigt sich unter anderem mit Fragen der Lebensverlaufs-, Arbeitsmarkt- und Familienforschung sowie der (Hochschul-)Bildung. alessandra.rusconi@wzb.eu

Foto: © WZB/privat, alle Rechte vorbehalten.

ziert für die Stelle angesehen und zum Vorstellungsgespräch eingeladen zu werden. Um zu verhindern, dass die Befragten hier sozial erwünscht antworten, haben wir ihnen – wie das zuvor schon in ähnlichen Studien gehandhabt wurde – nur weibliche oder nur männliche Bewerbungen vorgelegt.

Die Auswertung der Daten zeigt: Bewerberinnen haben im Vergleich zu Bewerbern mit gleichem Profil einen kleinen Vorteil – sowohl hinsichtlich der wahrgenommenen Qualifikation als auch der Einladungswahrscheinlichkeit. Bei den W1-Professuren beträgt der Vorteil ungefähr ein Fünftel eines Ratingpunkts bei beiden Bewertungsdimensionen, bei den W3-Professuren beträgt er rund ein Fünftel eines Punktes bei der wahrgenommenen Qualifikation und ein Viertel bei der Einladungswahrscheinlichkeit. Mit anderen Worten: Bei gleichem Profil hinsichtlich von Produktivität, Drittmittelinwerbung und dem Vorhandensein von Kindern fallen die Bewertungen bei Frauen etwas höher aus.

Einen kleinen Vorteil für Bewerberinnen oder zumindest gleiche Bewertungen gibt es in allen Fächergruppen, selbst in den stärker männerdominierten Disziplinen der Mathematik und Physik. Bei gleicher (wahrgenommener) Qualifikation ist der Vorteil von Frauen, zur Anhörung eingeladen zu werden, in der Mathematik und Physik sogar am größten. Dieses Ergebnis legt nahe, dass der normative Druck



zur Einhaltung der Vorgabe, bei gleicher Qualifikation Frauen bevorzugt zu berücksichtigen, in Disziplinen mit einem sehr niedrigen Frauenanteil unter den Professuren stärker ausgeprägt ist als in Disziplinen mit einem höheren Anteil.

Das verbreitete Narrativ, dass Frauen bei Berufungen auf Professuren benachteiligt sind, entspricht also nicht mehr der Realität. Die gute Nachricht ist, dass Gleichstellungsmaßnahmen für Berufungsverfahren wirken. Zu erwähnen ist ferner, dass es bei diesen Befunden keine nennenswerten Unterschiede zwischen weiblichen und männlichen Befragten gibt – Professorinnen wie Professoren bewerten Frauen im Vergleich zu gleich qualifizierten Männern etwas höher. Darüber hinaus zeigt unsere Studie, dass in den Bewertungen von weiblichen wie männlichen Bewerbenden die Indikatoren für Leistung und Produktivität die größte Bedeutung haben. Beispielsweise beträgt die Differenz zwischen den Bewerbenden mit einem unter- und jenen mit einem überdurchschnittlichen Anteil an Publikationen in hochrangigen Zeitschriften einen ganzen Ratingpunkt.

Wie wir in unserem Artikel in der „European Sociological Review“ ausführen, ist der kleine Vorteil für Frauen bei Weitem nicht ausreichend, um den Anteil der Professorinnen wesentlich zu erhöhen. Dafür müsste vor allem der Anteil der Frauen unter den Bewerbenden steigen. Und auch hier stellt sich die Frage, wie Benachteiligungen oder Diskriminierung von Frauen während der Promotions- und Postdoc-Phase beseitigt werden können. Dies könnte noch schwieriger sein, als Benachteiligungen in Berufungsverfahren zu reduzieren, da es viele Gründe dafür gibt, dass Frauen vor der Bewerbung auf eine Professur aus dem akademischen Betrieb aussteigen: So sind sie beispielsweise weniger in Netzwerke und Kooperationen eingebunden und finden weniger Anerkennung und Nennung als Autorin oder Urheberin. Eine neue Studie in „Nature“ zeigt, dass Frauen, seltener eine Co-Autorschaft erhalten als Männer, auch wenn sie an Forschungsprojekten beteiligt sind. Andere Gründe für den Ausstieg liegen im Privatleben, zum Beispiel in traditionellen Mustern der innerfamiliären Arbeitsteilung oder in Einschränkungen der räumlichen Mobilität aufgrund von Betreuungsaufgaben. Und auch das vorherr-

schende Narrativ der Diskriminierung in Berufungsverfahren könnte zu diesem Ausstieg beitragen, weil es abschreckend wirkt. Wir hoffen, dass unsere Studie mit dazu beiträgt, dass Frauen sich nicht deshalb nicht oder seltener auf Professuren bewerben, weil sie glauben, keine faire Chance in Berufungsverfahren zu haben.

Abschließend eine Bemerkung zu einem weiteren Narrativ, das sich heutzutage verbreitet – nämlich zu der Befürchtung, dass jetzt Männer in Berufungsverfahren benachteiligt werden, wenn doch Frauen nachweislich einen kleinen Vorteil haben. Diese Befürchtung können wir entkräften. Zum einen belegt unsere Studie, dass Leistungs- und Produktivitätsindikatoren die mit Abstand wichtigsten Kriterien bei der Beurteilung von Bewerber:innen sind und es hier im Großen und Ganzen keine Unterschiede zwischen Männern und Frauen gibt. Das heißt, es werden nicht weniger qualifizierte Frauen gegenüber besser qualifizierten Männern bevorzugt, das Prinzip der Bestenauslese bleibt gewahrt. Zum anderen ist der in unserer Studie beobachtbare Vorteil für gleich qualifizierte Frauen bei Weitem zu gering, als dass sich damit erklären ließe, warum der Frauenanteil bei den Berufungen so viel höher liegt als der bei den Bewerbungen. Wahrscheinlicher sind andere Erklärungen:



Heike Solga ist Direktorin der Abteilung Ausbildung und Arbeitsmarkt am WZB und Professorin für Soziologie mit dem Schwerpunkt Arbeit, Arbeitsmarkt und Beschäftigung an der Freien Universität Berlin. heike.solga@wzb.eu

Foto: © WZB/David Ausserhofer, alle Rechte vorbehalten.

Frauen, die sich bewerben, könnten höher qualifiziert sein als ihre männlichen Mitbewerber. Zudem könnten dieselben hochqualifizierten Frauen mehrere Angebote erhalten; annehmen können sie aber nur einen Ruf. Um den Frauenanteil auf Professuren zu erhöhen, kommt es nun also darauf an, die Erfolge bei den Berufungsverfahren zu halten und mehr gegen Benachteiligungen in den frühen Karrierephasen zu tun. ●

Literatur

Ceci, Stephen J./Kahn, Shulamit/Williams, Wendy M.: „Exploring Gender Bias in Six Key Domains of Academic Science: An Adversarial Collaboration“. In: Psychological Science in the Public Interest, 2023. Online First. DOI: 10.1177/15291006231163179.

Henningsen, Levke/Horvath, Lisa/Jonas, Klaus: „Affirmative Action Policies in Academic Job Advertisements“. In: Sex Roles, 2022, Jg. 86, S. 34-48.

Lutter, Mark/Habicht, Isabel M./Schröder, Martin: „Gender Differences in the Determinants of Becoming a Professor in Germany. An Event History Analysis of Academic Psychologists from 1980 to 2019“. In: Research Policy, 2022, Jg. 51, H. 6, 104506. DOI: 10.1016/j.respol.2022.104506.

Ross, Matthew B./Glennon, Britta M./Murciano-Goroff, Raviv/Berkes, Enrico G./Weinberg, Bruce A./Lane, Julia I.: „Women Are Credited Less in Science than Men“. In: Nature, 2022, 608, S. 135-145.

Solga, Heike/Rusconi, Alessandra/Netz, Nicolai: „Professors' Gender Biases in Assessing Applicants for Professorships“. In: European Sociological Review, 2023. DOI: 10.1093/esr/jcad007.

Bessere wissenschaftliche Praxis

Lab² will die Verlässlichkeit ökonomischer Ergebnisse auf ein neues Level heben

Können Ergebnisse einer Studie mit anderen Datensätzen bestätigt werden? Können andere Forschende aus demselben Datensatz dieselben Ergebnisse ableiten? Ergebnisse, die nicht repliziert oder reproduziert werden können, können Forschende und auch politische Entscheidungsträger*innen in die Irre führen und große wirtschaftliche Verluste verursachen. Abhilfe schaffen will ein neues großes Konsortium, dessen Geschäftsstelle am WZB angesiedelt wird.

Levent Neyse

Allein in den USA entsteht durch nicht reproduzierbare präklinische Forschung in der Medizin ein jährlicher Schaden von geschätzt 28 Milliarden Dollar. Die Lage in den Sozialwissenschaften ist so prekär, dass von einer Replikations- und Reproduktionskrise gesprochen werden muss. Für die Wirtschaftswissenschaften leiten wir daraus die Verpflichtung ab, mehr für Transparenz und gute wissenschaftliche Praxis zu tun. In den letzten Jahren hat eine Reihe von Wirtschaftswissenschaftler*innen Anstrengungen in diese Richtung unternommen. Ihre Studien werden in führenden akademischen Fachzeitschriften veröffentlicht, und diese Zeitschriften arbeiten selbst daran, ihre wissenschaftlichen Standards zu verbessern. Dennoch entwickeln sich neue wissenschaftliche Normen langsam und unsystematisch.

Es gibt verschiedene Instrumente und Ansätze, um die Replizierbarkeit und Reproduzierbarkeit wissenschaftlicher Forschung zu verbessern. Erstens werden Verfahren, Datensätze

und Analysecodes öffentlich zugänglich gemacht. Die Scientific Community soll veröffentlichte Ergebnisse überprüfen können. Zweitens kann das Erstellen eines Prä-Analyse-Plans (PAP), also einer öffentlichen Erklärung über anstehende Studien und deren Methoden, Autor*innen als Leitfaden und Mittel der Selbstkontrolle dienen. Im PAP werden Studiendetails wie Forschungsfragen, Hypothesen, Einzelheiten zur Stichprobe, zum Datensatz und zu statistischen Ansätzen dargelegt. Drittens kann ein höherer Anteil an Replikationsstudien in der Literatur Forschende dazu motivieren, bekannte Ergebnisse erneut zu testen. Je mehr Replikationsstudien es gibt, desto kleiner werden die Ängste von Forschenden, wenn ihre Ergebnisse überprüft werden. Schließlich können metawissenschaftliche Studien, also Forschung über die Wissenschaft selbst, Forschende dazu bringen, Forschung zu kommunizieren, zu verifizieren, zu beurteilen und wertzuschätzen.

Einige Zeitschriften verlangen nun, dass eingereichte Studien auf offenen Repositorien vorregistriert werden. Andere Zeitschriften gestatten es den Forschenden, vor der Datenerhebung einen detaillierten Forschungsplan einzureichen (einen „registered report“). Sie verpflichten sich, die Studie unabhängig von den Ergebnissen zu veröffentlichen, wenn der Plan akzeptiert wurde. Die große Mehrheit der Zeitschriften zögert jedoch noch, sich diesen neuen Normen anzupassen. Die Zahl der Replikationen und vorregistrierten Studien ist nach wie vor gering. Es ist nicht klar, wie Redakteure und Gutachterinnen Replikationsstudien und registrierte Berichte bewerten. Forschende ihrerseits investieren Zeit Budget nicht in die Arbeit an Replikationsstudien, weil sie die Wahrscheinlichkeit einer Veröffentlichung als geringer einschätzen. Es gibt auch große Unterschiede in der Art und Weise, wie die Vorregistrierung praktiziert wird: von Vorregistrierungen mit fast keinen Informationen bis hin zu Vorregistrierungen mit detaillierten Plänen, die genau angeben, wie Analysen durchgeführt werden sollen.

Hier kommt Lab² (sprich „Lab square“) ins Spiel. Lab² ist der Knotenpunkt eines Netzwerks für Replikationen und Metawissenschaft, der am WZB aufgebaut wird. Dieser „Hub“ wird von der Leibniz-Gemeinschaft großzügig unterstützt, er soll DAS globale Zentrum für Replikationen und Metawissenschaften im Bereich der Verhaltensökonomie werden. Lab² hat zwei übergreifende Ziele: die Glaubwürdigkeit wissenschaftlicher Ergebnisse im Bereich der Wirtschaftswissenschaften zu erhöhen und kollektives Engagement für bessere wissenschaftliche Praxis anzuregen. Die Arbeit findet in drei Bereichen statt: Forschung, Wissenstransfer, Unterstützung und Bildung. Ein großes Konsortium von Wirtschaftslabors, Kooperationspartnern, strategischen Partnern und einem starken wissenschaftlichen Beirat vereint führende Wissenschaftler*innen, die auch hochrangige akademische Zeitschriften herausgeben und wissenschaftliche Vereinigungen, Initiativen der Wissenschaftsforschung und experimentelle Wirtschaftslabore leiten.

Eine der größten Innovationen des Projekts ist der Zusammenschluss von Laboren. Lab² soll das weltweit größte Konsortium von Versuchslaboren in den Wirtschaftswissenschaften werden. Dieses Konsortium wird nicht nur groß angelegte Replikationsstudien durchführen,



Levent Neyse ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Verhalten auf Märkten am WZB und im Sozio-ökonomischen Panel (SOEP) am DIW Berlin. levent.neyse@wzb.eu

Foto: © WZB/Hande Erkut, alle Rechte vorbehalten.

sondern auch Aktivitätsprotokolle und Details über die laufende Forschung der beteiligten Labore teilen. Diese Daten werden helfen, verschiedene wissenschaftliche Praktiken besser zu verstehen und gemeinsame wissenschaftliche Normen in diesem Bereich zu entwickeln und zu verbreiten. Die Beobachtung der aktuellen wissenschaftlichen Praktiken wird es ermöglichen, weiterführende Fragen anzugehen – zum Beispiel, warum Projekte scheitern oder erfolgreich sind, welche Hindernisse Forschende in den verschiedenen Forschungsphasen überwinden müssen oder ob sie ihre Analysepläne registrieren und befolgen. Die gründliche Untersuchung von Instrumenten wird zur Entwicklung von Transparenz in diesem Bereich beitragen. Die ersten drei Partnerlabore des Konsortiums sind das WZB-Labor, das Münchner Experimentallabor für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (MELESSA) und das GATE-Lab (Lyon). Die Mitarbeiter*innen dieser Labore und die übrigen Mitglieder des Koordinations-teams, die von der Stockholm School of Economics, der Universität Osaka und der Universität Oxford kommen, werden nicht nur gemeinsam forschen, sondern auch auf organisatorischer und strategischer Ebene zusammenarbeiten. Das globale Netzwerk umfasst Partner wie das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), das ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft, das Center for Open Science (COS), das Deutsche Reproduzierbarkeitsnetzwerk (DE-RN), das Institute for Replication (I4R), die Berkeley Initiative for Transparency in the Social Sciences (BITSS) und die Berlin School of Economics. ●



Training, Coaching, Schulmensa

Wesentliche Beiträge zur Bildung kommen aus der Zivilgesellschaft

Von Atomisierung ist oft die Rede, wenn es um den Zustand unserer Gesellschaft geht, von zu wenig Miteinander. Charlotte Rößler-Prokhorenko und Jana Priemer haben genauer hingeschaut und einen ermutigend anderen Befund erhoben: Gerade was den Bildungsbereich angeht, engagieren sich sehr viele Menschen für andere. Sie geben Nachhilfe, trainieren den Handballnachwuchs oder stärken Erwachsene im Kampf mit der Bürokratie.

Charlotte Rößler-Prokhorenko und Jana Priemer

Ein Viertel der Viertklässler*innen in Deutschland erreicht nicht den internationalen Mindeststandard in Lesekompetenz, der für ein erfolgreiches Lernen nötig wäre – so ein Ergebnis der letzten Internationalen Grundschul-Lese-Untersuchung, die im Mai 2023 veröffentlicht wurde. Demnach nehmen die Leistungen seit 20 Jahren ab und Deutschland liegt im internationalen Vergleich im Mittelfeld, hinter beispielsweise Singapur, der Russischen Föderation oder Bulgarien. Auch die jüngste PISA-Studie, der IQB-Bildungstrend 2022 und weitere Leistungsstandserhebungen unter Schülerinnen und Schülern belegen deutlich, dass das deutsche Bildungssystem seit Jahren in einer tiefen Krise steckt. Nach jeder Meldung von derartigen Studienergebnissen werden in Öffentlichkeit und Politik seit Jahren dieselben Argumente diskutiert: Das deutsche Schulsystem leide unter zu wenig Mitteln, massivem Personalmangel und einer verschlafenen Digitalisierung. Die Folge ist fehlende Chancengleichheit. Der Bildungserfolg

junger Menschen hängt in Deutschland wie in kaum einer anderen Industrienation immer noch stark vom sozialen und ökonomischen Status des Elternhauses ab.

Diese Debatten um das öffentliche Schulsystem sind wichtig und richtig. Allerdings rücken dabei meist andere Akteure, Orte und Prozesse in den Hintergrund, die wesentlich zu Bildung und Kompetenzentwicklung beitragen. Wichtige

**„Bildung ist mehr als
Lesen, Schreiben,
Rechnen“**

Beiträge leisten etwa Akteure aus der Zivilgesellschaft. Denn Bildung findet nicht nur in Schule, Kita oder Hochschule statt. Bildung ist mehr als der Erwerb von Kernkompetenzen wie Lesen, Schreiben, Rechnen oder Fachwissen in Chemie oder Sozialkunde.

Bildungswissenschaftler*innen sprechen in diesem Zusammenhang von einem erweiterten Bildungsbegriff. Bildung muss als ein lebenslanger Prozess verstanden werden, der nicht nur durch formale Bildung – also durch Schule – geprägt wird, sondern auch durch nonformale und informelle Bildungsprozesse. Nonformale Bildung meint Bildungsprozesse, die zwar zielgerichtet sind, aber außerhalb der klassischen Bildungseinrichtungen stattfinden. Mit informeller Bildung dagegen ist das alltägliche Lernen gemeint, das in unterschiedlichsten Kontexten quasi nebenbei passiert, zum Beispiel beim informellen Austausch mit Kollegen und Kolleginnen.

Erst durch diesen erweiterten Bildungsbegriff gerieten außerschulische Lernorte wie Museen oder Gedenkstätten stärker als Bildungsorte in den Blick. Durch diese Perspektive auf Bildung wird auch bürgerschaftliches Engagement als bildungsrelevant gesehen. Vereinsaktivitäten oder Angebote der offenen Jugendarbeit werden heute zunehmend als „Lernkontexte“ verstanden, da auch dort Lernprozesse aktiviert und Kompetenzen erworben werden. Zahlreiche außerschulische Bildungsinstitutionen wie Weiterbildungseinrichtungen, Museen und Bibliotheken befinden sich in Trägerschaft von Vereinen oder gemeinnützigen Organisationen, also der organisierten Zivilgesellschaft. Vereine, Verbände und Stiftungen machen vielfältigste Bildungsangebote, beispielsweise im Bereich der Umweltbildung, der politischen Bildung oder der Medienbildung, womit sie das öffentliche Bildungsangebot ergänzen. Zudem tragen sie mit ihrem Angebot in einigen öffentlichen Bildungseinrichtungen zum reibungslosen Ablauf bei, indem sie bestimmte Aufgaben wie etwa die Mittagessensbetreuung an Ganztagschulen übernehmen. Viele dieser Organisationen sind auf die Unterstützung freiwillig Engagierter angewiesen oder werden gar nur durch ehrenamtliche Arbeit getragen. Gleichzeitig wissen wir, dass sich zahlreiche Menschen auch ohne Verein oder ähnliche Gruppen engagieren, indem sie etwa mit Nachhilfe oder Betreuung Familien in ihrer Nachbarschaft unterstützen. Bildung hat sich zu einem facettenreichen Handlungsfeld bürgerschaftlichen Engagements entwickelt.

Welches Potenzial sich daraus auch für die Bildung ergibt, zeigen die Zahlen zur Zivilgesellschaft und zum bürgerschaftlichen Engagement. Mehr als 650.000 zivilgesellschaftliche Organisationen gibt es in Deutschland. Jede



Charlotte Röbler-Prokhorenko ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Projekt „Zivilgesellschaft und Bildung – Bürgerschaftliches Engagement in Bildungslandschaften“ am Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung. Zuvor hat sie im Projekt „Social Cohesion and Civil Society“ der Berlin University Alliance gearbeitet und war unter anderem beteiligt an der Forschung zu zivilgesellschaftlichem Engagement als Reaktion auf den Ukraine-Krieg.

charlotte.roessler-prokhorenko@wzb.eu

Foto: © WZB/privat, alle Rechte vorbehalten.

fünfte davon ist im Bildungsbereich tätig. Aus Befragungen wie dem Deutschen Freiwilligensurvey, der vom Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend gefördert wird, geht hervor, dass sich fast 40 Prozent der Menschen in Deutschland freiwillig engagieren

„Fast 40 Prozent der Menschen in Deutschland engagieren sich freiwillig“

(1999 waren es noch 30,9 Prozent). Der Freiwilligensurvey liefert detaillierte Zahlen zu bürgerschaftlichem Engagement in den Bereichen „Schule und Kindergarten“ oder „außerschulische Jugendarbeit und Erwachsenenbildung“. Zusammen genommen ist mehr als jede achte in Deutschland lebende Person in einem dieser beiden Bereiche engagiert. Damit hat sich das freiwillige Engagement in diesen beiden Bildungsbereichen seit 1999 mehr als verdoppelt, was an sich schon ein positiver Befund ist. Zivilgesellschaft verlässt sich nicht mehr nur auf den Staat als einzigen Bildungsakteur und nimmt Missstände nicht mehr selbstverständlich hin. Immer mehr Menschen werden selbst tätig und packen aktiv an.



Dabei spiegeln diese Zahlen noch gar nicht das gesamte Bildungsengagement. Denn bildungsrelevantes Engagement findet nicht nur in den beiden genannten Engagementbereichen statt. Engagierte im „Gesundheitsbereich“ halten zum Beispiel Vorträge und Seminare zur Ernährungsberatung, Ehrenamtliche im Bereich „Freizeit und Geselligkeit“ betreuen Kindergruppen bei den Pfadfindern, Engagierte im Bereich „Soziale Dienste“ beraten Migrantinnen und Migranten oder geben Nachhilfe. Die Beispiele machen deutlich, dass Bildungsengagement sehr vielfältig ist, außerhalb formaler Bildungseinrichtungen stattfindet und sich an verschiedene Personengruppen richtet.

In unserem Forschungsprojekt „Zivilgesellschaft und Bildung. Bürgerschaftliches Engagement in kommunalen Bildungslandschaften“, das wir im Verbund mit dem Verein Stiftungen für Bildung eV., Träger des Netzwerks Stiftungen und Bildung, durchführen, gehen wir daher von der Hypothese aus, dass die Bildungsbeiträge der Zivilgesellschaft im Freiwilligensurvey unterschätzt werden. In einer eigenen Befragung sind wir unter anderem der Frage nachgegangen, ob bildungsrelevantes Engagement

auch in anderen zivilgesellschaftlichen Handlungsfeldern, etwa in Kunst und Kultur oder im Umweltengagement, stattfindet.

Dafür haben wir Menschen gefragt, ob sie sich in den letzten 24 Monaten in einer Gruppe (wie Verein, Initiative) engagiert haben oder regelmäßig Menschen außerhalb des eigenen Haushalts unterstützt haben (ohne Gruppe). Ähnlich wie im Freiwilligensurvey sollten die Befragten ihr Engagement (oder auch mehrere Engagements) einem (oder mehreren) von 14 Bereichen zuordnen. Darüber hinaus haben wir zwei

„Auch wer das Mittagessen der Schule mitorganisiert, engagiert sich für Bildung“

Dimensionen von Bildungsbezügen definiert: Tätigkeiten und Ort des Engagements. Zu den Tätigkeiten, die wir zum Bildungsengagement zählen, gehören zum Beispiel das Vermitteln oder Bereitstellen von Wissen, das Coaching von

Personen oder die Betreuung von Kindern. Wer sich an einem Bildungsort (Schule, Kita etc.) engagiert, gehört für uns ebenso zur Gruppe der Bildungsengagierten. Denn auch wer, wie oben erwähnt, das Mittagessen der Schule mitorganisiert, also die Infrastruktur für Bildung unterstützt, engagiert sich für Bildung.

Nach dieser Messung haben sich mehr als 27 Prozent der Menschen in Deutschland in den letzten zwei Jahren für Bildung engagiert. Mit anderen Worten: mehr als jede vierte Person über 18 Jahre. Verglichen mit den insgesamt 12 Prozent Engagement in den zwei Bildungsbereichen, die der Freiwilligensurvey ausweist, liegt das Bildungsengagement in unserer Umfrage mehr als doppelt so hoch.

Noch interessanter wird es, wenn man schaut, welchen gesellschaftlichen Bereichen die Bildungsengagierten ihre Tätigkeit zuordnen. Wie vermutet, steckt Bildungsengagement in allen genannten gesellschaftlichen Bereichen. Vor allem im Bereich „Sport und Bewegung“ – hier sind es über 60 Prozent, die im weiteren Sinne bildungsengagiert mitwirken. Gleichzeitig ist das der am häufigsten genannte Engagementbereich (etwa 14 Prozent, im Freiwilligensurvey 2019: 13,5). Beispiele für bildungsrelevante Tätigkeiten im Bereich Sport sind Coaching oder Übungsleitung. Auch in den anderen Bereichen ist mindestens jede zweite Tätigkeit bildungsrelevant oder findet an einem Bildungsort statt. Typische Tätigkeiten Bildungsengagierter im Bereich „Soziale Dienste“ sind zum Beispiel Betreuung und Beratung zu Problemen und Antragstellungen für besondere Personengruppen wie Geflüchtete.

Unsere Ergebnisse zeigen also, dass sich mehr Menschen für Bildung engagieren, als es die Standarderfassung des Freiwilligensurveys bisher abgebildet hat, und dass Bildungsengagement sich über alle gesellschaftlichen Bereiche erstreckt. Angesichts der vielfach diagnostizierten Bildungskrise ist dieser Befund ermutigend. In der Zivilgesellschaft passiert bereits seit Jahren viel, ihre Bildungsbeiträge sind zahlreich und vielfältig. Sie werden nur bisher gern übersehen, da sie sich oft außerhalb formaler Bildungseinrichtungen und größtenteils



Jana Priemer ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung im Projekt „Zivilgesellschaft und Bildung – Bürger-schaftliches Engagement in Bildungslandschaften“. Sie promoviert am Institut für Politikwissenschaft an der Universität Münster zur Rolle von Vereinen in der Educational Governance.

jana.priemer@wzb.eu

Foto: © WZB/privat, alle Rechte vorbehalten.

außerhalb existierender Messungen bewegen. Zu stark noch beschränkt sich unser Verständnis von Bildung auf das System Schule und die dort erbrachten Leistungen. Das Verständnis von Bildung darf sich auch nicht nur auf die ersten Lebensabschnitte, Kindheit und Jugend, beschränken. Gerade mit Blick auf die demografische Entwicklung ist es wichtig, auch Menschen im Erwachsenen- und Rentenalter in Bildungsprozesse mit einzubeziehen und deren Kompetenzen zu fördern. Eine Erweiterung des Bildungsverständnisses öffnet Raum für weitere Orte und Akteure.

Deutlich ist aber auch, dass noch viel Arbeit nötig ist. Wenn wir Zivilgesellschaft als Bildungsakteur ernst nehmen wollen, ist es wichtig, die Arbeitsbedingungen der Engagierten besser zu kennen und zu fragen, wie diese verbessert werden können. Dafür müssen Zivilgesellschaft und ihre Bildungsbeiträge systematisch und langfristig erfasst werden. Nur so kann es gelingen, bestehendes Engagement – von gemeinnützigen Organisationen, Gruppen und Einzelpersonen – besser zu verstehen, Probleme zu identifizieren und Potenziale zu nutzen. ●

Trotz alledem

Auf der Suche nach dem Optimismus in der Wissenschaft

Seit den sozialen, wirtschaftlichen und gesundheitlichen Grenzerfahrungen der Pandemiezeit kommen wir nicht mehr zum Durchatmen. Wenn der russische Angriff auf die Ukraine eine Zeitenwende markierte, was sind dann der Angriff der Hamas auf Israel, die Eskalation im Nahen Osten, die Verwerfungen in den Gesellschaften weltweit? Dabei reicht fast alles, was jetzt zutiefst verunsichert, weiter zurück als drei Jahre – die Klimakrise, Kriege und Bürgerkriege, Polarisierung und Populismus. Wie erleben Menschen, die professionell die Welt beschreiben und erforschen, diese Zeiten? Was motiviert sie? Sehen sie Gründe für Optimismus? Können sie womöglich Positives beitragen? Gabriele Kammerer hat sich auf eine Recherche durchs WZB begeben.

Gabriele Kammerer

Ich weiß nicht, ob ich eine gute Quelle für Optimismus bin“, schreibt Michael Zürn auf die Anfrage hin. Früher sei er sogar für zu viel Zuversicht gescholten worden, aber inzwischen falle es ihm schwer, eine optimistische Grundhaltung zu bewahren. „Vor den Nachrichten drücke ich mich in gewisser Weise in diesen Tagen.“ Michael Zürn ist Direktor der Abteilung Global Governance, seit Jahrzehnten beschäftigt er sich mit internationalen Beziehungen, mit internationalen Organisationen – damit also, was die Welt zusammenhält. Wenn so einer schon resigniert die Zeitung zusammenfaltet, woher soll dann Hoffnung kommen?

Eigentlich stehe er als Tübinger in einer Art Wahlverwandtschaft zur Hegel’schen Fortschrittsdialektik, erklärt Zürn im direkten Gespräch. Über lange Zeit habe er viele positive Trends beobachtet, wie: weniger globale Armut, mehr Demokratien, weniger Diskriminierung,

stärkere internationale Organisationen. Die eigene Forschung war auch meist nicht defizitorientiert, sondern folgte der Frage, wie Frieden stabil wird, wie Staaten zusammenarbeiten. In der Bündelung der Krisen freilich bekomme sein Glaube ans Gute Kratzer, gesteht Michael Zürn. Manche seiner Kollegen aus dem Forschungsfeld der Internationalen Beziehungen betonten auch heute noch, es sei doch alles nicht so schlimm wie erwartet. Sie halten sich an Beispiele wie das des Internationalen Strafgerichtshofs, der auf viel Ablehnung gerade in afrikanischen Staaten stoße – ausgetreten ist bislang aber nur einer. Vielleicht, so gibt Zürn zu bedenken, geht es auch um ein kognitives Problem? Vielleicht gibt es mehr Horrorszenarien, weil sie weniger Fantasie, weniger intellektuelle Energie voraussetzen? Ist das Schlechte also schlicht leichter vorstellbar? Der Politikwissenschaftler belegt die These – die übrigens von der Hirnforschung gestützt wird

– mit einer Kostprobe des gut Denkbaren: Putin gewinnt in Osteuropa und Trump in den USA, Le Pen regiert in Frankreich, in Nahost ist Eskalation realistischer als eine Zweistaatenlösung, von der Klimakrise ganz zu schweigen.

Von der Kraft des Negativen weiß auch Dieter Rucht zu berichten. Der Soziologe hat seit Jahrzehnten Protestbewegungen im Blick, kann also nicht nur über den eigenen Optimismus Auskunft geben, sondern auch über den von Tausenden Engagierten. Bei Protestbewegungen sei es typisch, dass negative Zukunftsszenarien mit einem Aufruf zur Hoffnung – und

„Protestbewegungen verbinden negative Zukunftsszenarien mit einem Aufruf zur Hoffnung – und natürlich zum Engagement“

natürlich zum Engagement – verbunden werden. In vielen Fällen funktioniert das gut, wenn es etwa um Verteilungsfragen oder um Familienmodelle geht. Da lassen sich mit Anleihen aus der Wissenschaft konkrete Schritte entwickeln. Die Klimabewegung aber hat sich nach Ansicht von Dieter Rucht selbst eine Falle gestellt: „Die Betonung der zeitlichen Dringlichkeit, also die Ansage, es gebe nur noch eine Frist von zwei, drei Jahren, führt dazu, dass sie jetzt daran gemessen werden.“ Wenn innerhalb dieses Zeitraums nichts Entscheidendes passiert, werde der Frust groß. Und wie zusehends ist Dieter Rucht selbst? In der historischen Betrachtung sieht er einen absolut positiven Trend. Im antiken Athen hatten Frauen und Sklaven keine Teilhabe, seitdem hat die Gesellschaft einen weiten Weg zurückgelegt. Hinter diesen Universalismus werde man nicht mehr zurückfallen, da ist sich der Forscher sicher. Sein Optimismus betrifft allerdings die Theorie, die Rechte und Normen. An die Praxis setzt Dieter Rucht ein banges Fragezeichen: „Was können wir gegen den in vielen Ländern erstarkenden Rechtsradikalismus tun ...?“

Vielleicht ist die Frage nach dem Optimismus aber auch falsch gestellt. Rucht will lieber von „Verpflichtung“ reden als von „Hoffnung“. 2003, als große Demos gegen den Irakkrieg Hundert-



Gabriele Kammerer ist Medienreferentin in der Abteilung Kommunikation und Chefredakteurin der WZB-Mitteilungen. gabriele.kammerer@wzb.eu

Foto: © WZB/Bernhard Ludewig, alle Rechte vorbehalten

tausende versammelten, zog er mit seinem Team los und fragte Einzelne: „Glauben Sie, dass Ihr Protest etwas bewirkt?“ 20 Prozent immerhin antworteten mit einem klaren „Nein“. Auf die weiterführende Frage: „Warum sind Sie dann hier?“, kamen Antworten wie diese: „Ich will vor mir bestehen können“, „Ich will meinen Kindern und Enkeln gerecht werden“ oder „Ich will das mir Mögliche geben“.

Optimismus brauchte Jeanette Hofmann von Anfang an. Allein schon in eigener Sache. Als sie nämlich in den 1990er-Jahren begann, wissenschaftlich zu Digitalisierung zu arbeiten, wurde das Phänomen „Computer“ belächelt und nicht für dauerhaft oder gar der Forschung wert befunden. Inzwischen allerdings mangelt es gerade hier nicht an Schreckensszenarien: Was, wenn die Maschine die Macht übernimmt? Was passiert mit der Arbeitswelt? Und was mit Meinung und Wahrheit? Dinge zu beschreiben,

„Moralische Panik im Bereich der Desinformation dient allzu oft dazu, Repression zu begründen“

sagt Jeanette Hofmann, bedeutet auch schon eingzugreifen – gerade wenn das Bild finster ist. Mit der Dystopie soll die Entwicklung zum Schlechteren verhindert werden: „Sonst würde man sich dem doch nicht aussetzen.“ Wobei die Politikwissenschaftlerin kritisch beobachtet, wenn Dystopien instrumentalisiert werden.



Moralische Panik im Bereich der Desinformation zum Beispiel diene allzu oft dazu, Repression zu begründen. Die „Angst vor der ungewaschenen Masse“, davor, dass jeder und jede mitreden dürfe, könne zu Einschränkungen der Meinungsfreiheit führen. Meinungsfreiheit aber ist für Jeanette Hofmann ein hohes Gut: „Jeder soll behaupten können, dass die Erde eine Scheibe ist.“ Weil es dafür eine gut informierte Öffentlichkeit braucht, die Ansichten diskutieren und beurteilen kann, ist ihr die Stärkung des Qualitätsjournalismus ein großes Anliegen. Gerne diskutiert sie darüber, mit Redaktionen oder Politiker*innen: „Es macht mir große Freude, Thesen zu testen – auch wenn Redaktionen zum Beispiel nicht gerne zuhören wollen, wenn ich die Zukunft der Medien kritisch betrachte.“

Hören Verantwortliche in Politik und Gesellschaft auf Forschende und deren Einsichten? Es könnte schneller gehen, findet Melinda Erdmann. Nun ist ihr Forschungsfeld eines, auf dem Veränderung besonders zäh zu erreichen scheint. Immer noch ist etwa der Bildungserfolg von Kindern in hohem Maße von ihrem sozialen Hintergrund abhängig. Stereotype und

Strukturen halten sich hartnäckig. An Erkenntnissen fehlt es nicht, es scheitert an der Umsetzung. Die Politik in Deutschland ist schwerfällig, was unter anderem an den zergliederten Zuständigkeiten in Bildungsdingen liegt. „Föderalismus, ja, auch so ein Thema“, sagt Melinda Erdmann und lächelt gequält. Die Wissenschaft könne freier denken als die Politik. Sie erinnert an den Vorstoß ihres Kollegen Marcel Helbig.

„An Erkenntnissen fehlt es nicht, es scheitert an der Umsetzung“

Mitten in der Coronazeit, als Schulen und Familien unter Lockdown und Fernunterricht litten, schlug er in einem Artikel in der „Zeit“ vor, die Schulzeit generell um ein halbes Jahr zu verlängern. Schulen könnten ohne Druck den verlorenen Stoff nachholen – und zuallererst mit Reisen, Festen und Projekttagen wieder ein Miteinander gestalten. Als Alternative skizzierte der Bildungsforscher straff organisierte Nachholprogramme, von denen vor allem jene Kinder profitierten, die leichter lernen und/

oder Unterstützung von zu Hause haben. „Welcher Ansatz ist eigentlich der verrücktere?“, fragte Helbig trotzig in seinem Artikel. Seine Vision aber fand keine Mehrheit.

Der Spielraum für Veränderung ist klein, oft bleibt er auf einzelne Projekte begrenzt. Melinda Erdmann hat ein solches Projekt begleitet: Im Rahmen des „NRW-Talentscouting“ bekamen Schüler*innen von Oberstufen in Nordrhein-Westfalen eine intensive individuelle Beratung zu den Ausbildungsoptionen nach dem Abitur. Die Intervention hat etwas verändert: Mehr Kinder ohne akademischen Hintergrund gingen an Universitäten, umgekehrt begannen Studienberechtigte mit studierten Eltern häufiger eine Ausbildung. Die Begleitung verringerte soziale Ungleichheiten und erhöhte die Passgenauigkeit der Bildungsentscheidungen. Ein Ergebnis, das Hoffnung macht. Oft sind aber gerade in der quantitativ ausgerichteten Forschung, der sich Melinda Erdmann verschrieben hat, die Tendenzen nicht so positiv. „Wir brauchen gewisse Fallzahlen; Ausreißer, auch erfolgreiche, drohen durchs Raster zu fallen.“

Für einen anderen Zugang, nämlich für qualitative Methoden, die einzelne Fälle genau analysieren, hat sich Julia Stier entschieden. „Ich will zuhören, individuelle Geschichten erfahren“, erklärt die Migrationsforscherin. Und blickt doch manchmal neidisch auf die Kolleg*innen

„Fake News und vorschnellen Urteilen kann sie etwas entgegenhalten“

mit den großen Zahlen: „Die Quantitativen tun sich leichter damit, allgemeine Empfehlungen zu geben.“ Zu ihrem Forschungsfeld hat sie gefunden, als sie als Studentin in Kontakt mit Geflüchteten in Deutschland und Italien kam: 2012 besetzten rund 100 Geflüchtete aus ganz Deutschland den Berliner Oranienplatz, um gegen die europäische und deutsche Asylpolitik zu protestieren. In Italien kamen 2014/15 viele Westafrikaner*innen übers Mittelmeer, sie

wurden aus der Zivilgesellschaft durch Street Work und Sprachunterricht unterstützt. Diese Erfahrungen haben Julia Stier geprägt; als Forscherin will sie zuhören, will erfahren, warum Menschen sich auf den riskanten Weg einer Flucht machen. Was sie dabei herausfindet, muss nicht unmittelbar in Politik münden. Aber manchen Fake News und vorschnellen Urteilen kann sie etwas entgegenhalten: etwa dass Seenotrettung Menschen in Afrika zur Flucht verleitet oder dass freiwillige Rückkehr humaner ist als Abschiebung.

Fünf Forschende, fünf Biografien, fünf Themenfelder. Was bringt sie dazu, sich jeden Morgen wieder an den Schreibtisch zu setzen, in den Austausch, ins Feld zu gehen? Ein gewisser Trotz ist bei allen zu hören. „Wir müssen ja

„Ein gewisser Trotz ist bei allen zu hören: Wir müssen ja hoffen“

hoffen“, sagt Melinda Erdmann, und Michael Zürn blickt mit Skepsis auf jene Kollegen, die sich „in der Rolle der kühl Beobachtenden wohlfühlen, die wiederholen, dass alles immer schlechter wird“. Erfahrungen während der Pandemie machten ihr Mut, berichtet Julia Stier. In der gesundheitlichen und gesellschaftlichen Notlage wurde auf die Wissenschaft gehört; es gab Chancen, faktenbasierte Elemente in die Debatte zu bringen.

Vielleicht hat aber auch Jeanette Hofmann Recht mit ihrer Einschätzung, dass in der Wissenschaft eher kämpferische Naturen arbeiten, Menschen also, die die Welt für änderbar halten, Dinge verstehen und durchdringen wollen – und ihre Motivation aus jedem kleinen Erkenntnisfortschritt schöpfen, der ihnen gelingt. Den Mut zu behalten, mag für die unter ihnen leichter sein, die schon länger dabei sind. Es habe schon immer Situationen gegeben, die ohne Ausweg schienen, sagt Michael Zürn, und dann ging es doch weiter. Für Hoffnung müsse man wohl „in die Langfristigkeit gehen“. Was immerhin voraussetzt, dass es eine Zukunft geben wird. ●

Personen

Gäste

Dr. **Anna Fruhstorfer** ist Leiterin des ERC-Projekts LOOPS (Logistics of Popular Uprisings in Competitive Authoritarian Regimes) an der Freien Universität Berlin. Am WZB ist sie Gastwissenschaftlerin am Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung und forscht im Bereich der vergleichenden Politikwissenschaft unter anderem zu Fragen der autokratischen Stabilität, des Protests, der Verfassungspolitik sowie der exekutiv-legislativen Beziehungen.



Prof. Dr. **Anna von der Goltz**, Historikerin an der Georgetown University, Washington D.C., USA, ist bis Juli 2024 als Gastwissenschaftlerin bei der Forschungsprofessur Global Constitutionalism. In ihrer

Forschung beschäftigt sie sich mit der politischen und kulturellen Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert. Aktuell arbeitet sie über „politische Konversionen“.

Jennifer Hochschild ist Henry LaBarre Jayne Professor of Government, Professorin für African and African American Studies und Professorin für Public Policy an der Harvard University in den USA. Derzeit ist sie Gastwissenschaftlerin in der Abteilung Transformationen der Demokratie. Aktuelle Forschungsarbeiten befassen sich unter anderem mit den Wechselwirkungen zwischen Geschlecht und Schicht in der amerikanischen Politik.

Sung In Kim ist Doktorandin am Department of Government der Harvard University und Gastwissenschaftlerin in der Abteilung Transformationen der Demokratie. Sie studiert vergleichende politische und internationale politische Ökonomie sowie politisches Verhalten. Ihr Forschungsschwerpunkt liegt auf der Frage, wie sich strukturelle Veränderungen in der Wirtschaft auf politische Einstellungen zu Einwanderung und Umverteilung sowie auf das Wahlverhalten auswirken.



Dr. **Rebecca Kittel** ist Postdoc an der Freien Universität Berlin im ERC-Projekt LOOPS und Gastwissenschaftlerin am Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung. Im ERC-Projekt erforscht sie unter anderem die

Backstage-Organisation und Professionalisierung von Protesten.

Jonas Seufert ist Investigativjournalist mit dem Fokus auf prekäre Arbeit und Niedriglohnssektoren. Er arbeitet unter anderem für DIE ZEIT, Süddeutsche Zeitung, ARD und ZDF. Bis Ende 2023 ist er als Journalist in Residence in der Abteilung Kommunikation des WZB. Hier befasst sich mit der Frage, warum so viele wichtige Jobs in Deutschland prekär sind – in der Landwirtschaft, der Pflege, der Produktion oder dem Bau.

Berufungen

Die Berufung von Dr. **Jianghong Li** Ph.D. als Adjunct Associate Professorin an der Faculty of Business and Law am Bankwest-Curtin Economics Centre der Curtin University, Western Australia, wurde bis Oktober 2025 verlängert.

Ehrungen / Preise



Gesine Höltnmann, Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung, erhält den Friends of the WZB Award in der Kategorie Pre-docs für ihr Discussion Paper „Solidarität und Protest in der Zeitenwende. Reaktionen

der Zivilgesellschaft auf den Ukraine-Krieg“. Die Kommission begründete ihre Entscheidung so: „Ein sehr gut aufbereiteter, gründlicher Beitrag mit hoher Lesbarkeit, akademischer Exzellenz, methodischer Zugänglichkeit und gesellschaftlicher Relevanz. Er liefert schnell und doch forschungsbasiert Befunde zu einem aktuellen Thema, für das es ‚Aufklärung‘ in der Gesellschaft bedarf.“

Dr. **Benjamin Edelstein**, Forschungsgruppe der Präsidentin, erhält den Friends of the WZB Award in der Kategorie Postdocs für seinen Überblicksartikel „Bildung und soziale Ungleichheit“ im Online-Dossier Bildung der Bundeszentrale für politische Bildung. Die Kommission hebt hervor: „Der Text verdient die Auszeichnung durch seine gute Lesbarkeit, seine breite, ambitionierte und dabei zugängliche thematische Anlegung und den guten systematischen Forschungsüberblick.“

Promotionen

Sana Ahmad, bis Juli wissenschaftliche Mitarbeiterin und nun Gast der Forschungsgruppe Globalisierung, Arbeit und Produktion, hat im September 2023 an der Freien Universität Berlin ihre Dissertation zum Thema „Ground Control: Organizing Content Moderation for Social Media Platforms“ erfolgreich verteidigt.



Tobias Kuttler, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsgruppe Globalisierung, Arbeit und Produktion, hat seine Dissertation „Digital Mobility Platforms in Mumbai: Urban Politics of Taxi Driving between Continuity and Disruption“ im September 2023 an der Universität Hamburg erfolgreich abgeschlossen.

Personalien

Florian Binder ist seit Oktober 2023 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Projekt „Who Cares? Bezahlte und unbezahlte Fürsorgearbeit“ der Forschungsprofessur Arbeit, Familie und soziale Ungleichheit. Sein Masterstudium

der Politikwissenschaften absolvierte er an der Universität Potsdam sowie der Ivane Javakhishvili Tbilisi State University, Georgien, und der University of Technology Sydney, Australien.



Nora Chirikure arbeitet seit November 2023 als Predoc in der Abteilung Institutionen und politische Ungleichheit. Ihr Forschungsschwerpunkt liegt auf den Schnittstellen von Technologie, Kultur und Politik. Sie interessiert sich besonders für Migration, soziale und politische Ungleichheit, Erinnerungspolitik, internationale Entwicklung und Medien. Sie ist Mitbegründerin von Isusu Ffena, einem panafrikanischen Kollektiv mit Sitz in Berlin.

Zum 1. Februar 2024 wird **Thomas Crowe**, bisheriger Beauftragter für Forschungsmanagement im Präsidialbereich, Administrativer Leiter und Mitglied des Geschäftsführenden Direktoriums des Nationalen Centrums für Tumorkrankheiten (NCT) Berlin.



Yuequan Guo ist seit September 2023 als Postdoc in der Abteilung Institutionen und politische Ungleichheit tätig. Am WZB konzentriert er sich darauf, wie gewöhnliche Menschen Hindernisse für kollektives Handeln überwinden und sich in Autokratien mobilisieren können. Ein weiterer Schwerpunkt seiner Arbeit liegt auf der Analyse von repressiven Aktivitäten autoritärer Staaten und deren Verringerung.

Veranstaltungen

29. und 30. Januar 2024

Shifting AI Controversies: Prompts, Provocations and Problematisations for Society-Centered AI

Conference

Controversies about AI abound, especially since ChatGPT took over the Internet by storm, becoming the most popular applications in the Web's history within only a few months. The current excitement about the perils and prospects of general-purpose AI applications like ChatGPT is only the most recent wave of public interest in the long history of „artificial intelligence“ (AI). With its metaphysical imaginaries of human-machine symbiosis, anthropomorphic robots and machine thinking, arguably oversized scientific claims and technological developments in this field have always raised concerns. What the current debate makes much more visible than previous attention cycles, though, is that contemporary AI companies and scientists dominate not only the discourse promoting AI's prospects but also that on AI's perils. From engineers at OpenAI to research pioneer Geoffrey Hinton, technologists and industry-based scientists increasingly articulate warnings that AI might cause serious and fundamental damage to societies. With this move, the already dominant players are now also occupying the space of public critique, yielding the risk that activism, social science, critical journalism and the arts are pushed even further to the margins of public and expert debates. Are we currently having the public controversies on AI that we should have, or is AI panic derailing us from actual and relevant concerns? How do we get to the controversies that we need and to the exploration and articulation of society-centered AI?

Veranstalter: Forschungsgruppe Politik der Digitalisierung (WZB) in Kooperation mit dem Alexander von Humboldt Institut für Internet und Gesellschaft (HIIG), Berlin, und dem Zentrum für Medien-, Kommunikations- und Informationsforschung (ZeMKI) der Universität Bremen; Informationen bei Yuting Tang, E-Mail yuting.tang@wzb.eu

16. Februar 2024

Zusammen stark. Kooperationen für eine aktivere Zivilgesellschaft

Forum

Die Zivilgesellschaft befindet sich derzeit in einem Strukturwandel: Menschen engagieren sich verstärkt in informellen Initiativen und Projekten. Obwohl diese in vielen Bereichen zu Schlüsselakteuren geworden sind, sind sie im Vergleich zu etablierten Organisationen eher selten in formale Netzwerke und andere Kooperationsstrukturen eingebunden und auch in Hinblick auf finanzielle Ressourcen benachteiligt. Das Ziel der Veranstaltung ist es, den Dialog zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren unterschiedlicher Größe und Professionalität zu befördern. Gemeinsam mit Vertreter:innen etablierter Verbände und kleinerer Vereine und Initiativen wollen wir drängende Fragen und Herausforderungen in Bezug auf Kooperation und Netzwerkbildung diskutieren und Lösungen für eine engere Zusammenarbeit erarbeiten.

*Veranstalter*in: Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung (WZB); Informationen bei Clara van den Berg, E-Mail clara.vandenberg@wzb.eu*

Großzügig, beherzt und weise

Ein Nachruf auf Friedhelm Neidhardt

Jutta Allmendinger

Friedhelm Neidhardt ist gestorben. Das WZB hat einen ehemaligen Präsidenten und einen wachen Begleiter verloren. In ihm ergänzten sich wissenschaftliche Exzellenz und die Kunst des wissenschaftspolitischen Managements elegant und fast störungsfrei. Nach seinem Examen als Diplom-Volkswirt in Kiel 1958, seiner Promotion im selben Fachbereich und seiner Habilitation 1968 für das Fach Soziologie an der Staatswirtschaftlichen Fakultät der Universität München übernahm er Professuren in Hamburg (1968), Tübingen (1971), Köln (1975) und Berlin (1989). Er wurde schnell in Führungspositionen berufen, als Rektor der Hamburger Akademie für Wirtschaft und Politik, als Dekan des Fachbereichs „Sozial- und Verhaltenswissenschaften“ in Tübingen, als Direktor des Forschungsinstituts für Soziologie in Köln und schließlich als Direktor der Abteilung „Öffentlichkeit und soziale Bewegungen“ des WZB mit einer Sonderprofessur an der FU Berlin. Hoch konzentriert und bestens vorbereitet füllte er viele zusätzliche Ämter aus, so etwa als Vorsitzender der Familienberichtskommission des deutschen Bundestags, als Vorsitzender der Wissenschaftlichen Kommission des Wissenschaftsrats, als Vorsitzender des Kuratoriums der Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen (GESIS).

Auf unserer Website findet sich ein wunderbares Interview, das Gabriele Kammerer 2014 mit Friedhelm Neidhardt führte (<https://zeitzeugen.blog.wzb.eu/>). Dort erzählt er von Einschränkungen seines wissenschaftlichen Wirkens. Hintergrund war die schwierige Tätigkeit als Gründungsbeauftragter des Fachbereichs Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität 1991–93. Angesichts der Evaluation der ostdeutschen Soziologie im wiedervereinten Deutschland verlangte diese Aufgabe Finger-spitzengefühl, politische Integrität und das Ver-

trauen aller Seiten, sie zehrte an ihm und nahm ihm Zeit. In seinen Worten: „Dieses Amt kostete mich sicherlich das Schreiben eines ganzen Buches.“ Direkt danach wurde er 1994 als Präsident des WZB berufen, was ihn „zwei weitere Bücher“ kostete. Das ist ihm, der seine wissenschaftliche Tätigkeit über alles liebte, alles andere als leichtgefallen. Für das WZB ist das ein Grund größten Dankes. Ich erdreiste mich nicht zu sagen, dass das Haus ihn mehr brauchte als die Wissenschaft. Das wäre Unsinn. Aber das Haus brauchte ihn, genau ihn. Welch weise Entscheidung des damaligen Kuratoriums.



Foto: © WZB/Bernhard Ludewig, alle Rechte vorbehalten.

Friedhelm Neidhardt war der dritte Präsident des WZB. Er überblickte und verfolgte die gesamte Institutsgeschichte als Zeitzeuge, kannte den ersten Präsidenten Meinolf Dierkes, der die eigentlichen Grundlagen des WZB gelegt hat, ebenso wie mich, die ich seit weit über einem Jahrzehnt seinen Spuren folge. Der Weg ist weit, den das WZB in fünf Präsidenschaften zurückgelegt hat – alle haben dabei ihren Teil

beigetragen. Neidhardt, der mittlere von uns fünf, hat dabei Richtungsentscheidungen getroffen, die über seine Zeit weit hinauswirken und von mir mit Dank und Bewunderung weitergeführt wurden. Er selbst formuliert das im Interview so: „Ich glaube schon, dass das WZB zu meiner Zeit den jetzigen Zuständen ähnlicher ist als den Anfangszuständen.“ Dieser Satz sagt vieles. Friedhelm Neidhardt war es, der mutig und entschlossen viele Weichenstellungen vornahm: die Frauenquote, die Verkleinerung der Abteilungen, die Audits, die Öffnung nach Osteuropa. Der, so meine Lesart, ziemlich forsch äußerte, dass ein Jürgen Habermas oder ein Ulrich Beck nicht WZB-förmig gewesen wären und daher nie ans WZB gerufen wurden. Damit erklärte Friedhelm Neidhardt die empirischen Grundlagen einer Sozialforschung mit langem Atem zum konstitutiven Element des WZB. Es scheint, dass er daher auch anders entschieden hätte als sein Vorgänger Wolfgang Zapf, der sich, Empiriker durch und durch, dennoch gegen die Ansiedlung des Sozio-oekonomischen Panels am WZB ausgesprochen hatte.

Mutig, entschlossen, forsch, das sind keine Bezeichnungen, die man sonst für Friedhelm Neidhardt findet. In den Nachrufen von Dieter Rucht in der Zeitschrift Soziopolis und Hans-Peter Müller in der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie wird er als sachlich, zurückgenommen und leise bezeichnet, und tatsächlich kann auch ich mich bei den wenigen Treffen mit ihm an keine temperamentvollen Wutausbrüche oder gar forsch Töne erinnern, sie mir auch gar nicht vorstellen. Die hohe Kunst von Friedhelm Neidhardt bestand darin, mit ruhigen Worten, sehr diplomatisch und nach vielen Vorgesprächen kleine Revolutionen am Institut vorzudenken, umzusetzen und langfristig zu flankieren. Am besten hat das die Prinzessin, seine Forschungsbeauftragte Konstanza zu Löwenstein, anlässlich seines 80. Geburtstags formuliert. Gefragt nach sieben Worten, die ihn kennzeichnen, sagte sie „Beredtes Schweigen – Pause – geniale Wortwahl – Pause – Pause“.

Das nun ist nicht meine Art. Wie dumm wäre es aber gewesen, seine Errungenschaften wieder aufzugeben. Immer werde ich ihm dankbar sein, dass er nach vorne trat, mutig, entschlossen, forsch, und ich ihm folgen konnte in sehr vielen das WZB prägenden Elementen. Dabei war mir lange nicht klar, dass das Audit des wissenschaftlichen Beirats vor großen Evaluationen von ihm erdacht worden war, als Lock-

vögelchen und kleines Zuckerstückchen, um die Bereitschaft der Institution zu fördern, sich erstmals vom Wissenschaftsrat evaluieren zu lassen. Dass diese glanzvoll ausgefallen ist, im Jahr 1997, wissen wir. Noch immer führen wir Audits durch, niemand aber würde sie als Lockvögelchen bezeichnen. Das Haus schätzt sie, wie auch die Evaluation.

Ungemein wichtig und mutig war sein Programm zur Frauenförderung in einer damals männlich dominierten Einrichtung. Er richtete Doktorandenstellen ein, die nur an Frauen vergeben werden durften. Das Programm konnte ich auflösen, Parität war erreicht. Ich konnte mich stattdessen den Postdoc- und Leitungsstellen widmen. Inzwischen besteht die Leitungsebene aus sechs Frauen und sieben Männern. Auch die Verkleinerung der großen Abteilungen von sechs auf vier Stellen erwies sich als hilfreich, denn auch sie macht es heute möglich, kleinere Einheiten von selbstständig arbeitenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in der frühen Phase ihrer Karriere zu fördern, etwa in „Emmy-Noether-“, „ERC-“ oder anderen Gruppen. Friedhelm Neidhardt warnte vor dem „Kleinkram“ zu vieler Einheiten, doch das WZB profitiert dank der sorgfältigen thematischen Auswahl und engen Vernetzung von der Dynamik der Jungen.

Die Verschränkung des Hauses erreichte Friedhelm Neidhardt durch das Projekt „Jahrbücher“, in denen mehrere Abteilungen des Hauses ihre Forschung in einem gemeinsamen Band präsentierten. Er hat sehr bedauert, dass ich dieses Projekt nicht weitergeführt habe. Ich musste es nicht tun, eben weil es so erfolgreich war. Inzwischen arbeiten die meisten Einheiten des Hauses ganz selbstverständlich mit anderen zusammen, die Hefte der WZB-Mitteilungen widmen sich Querschnittsthemen, es gibt Brückenprojekte und viele hausweite Methoden- und Vortragsreihen. Ein Vermächtnis von ihm ist die größere Beschäftigung mit Osteuropa. Hieran arbeiten wir und müssen das verstärkt tun. Aus vielen Gründen ist der Globale Süden in unseren Blick gerückt. Wie gerne würde ich mich mit ihm unterhalten, wie er diese Ausrichtung sieht. Und wie gerne diskutieren, warum ein so empirisch ausgerichtetes Haus auch Größen wie Jürgen Habermas jederzeit willkommen heißen mag.

Friedhelm Neidhardt fehlt. Dem WZB, dem Fach, uns allen. Wir sind dankbar und gedenken seiner. ●

Vorgestellt

Publikationen aus dem WZB

Die Regime und das Virus

Alexander Schmotz, Oisín Tansey

Es wird darüber diskutiert, ob Demokratien und Autokratien unterschiedlich rasch auf die Corona-Pandemie reagierten. Sind demokratische Regierungen und Institutionen langsamer als autokratische, wenn es um die Einführung von Einschränkungen für die Bürger*innen geht? Stellen sie aber schneller Geld für die Unterstützung der Wirtschaft bereit? Die Autoren ziehen den „Oxford COVID-19 Government Response Tracker“ heran, der Daten aus 186 Ländern umfasst. Sie zeigen: Demokratische und autoritäre Regierungen handelten in der gleichen Geschwindigkeit, egal ob es um Einschränkungen oder um wirtschaftliche Hilfen ging. Das schiere Ausmaß der Krise scheint die Unterschiede zwischen Regimetypen zu nivellieren, die in anderen Politikfeldern erwiesenermaßen große Auswirkungen haben.

Alexander Schmotz/Oisín Tansey: „Do Institutions Matter in a Crisis? Regime Type and Decisive Responses to Covid-19“. In: *Democratization*, 2023, Jg. 30, H. 5, S. 938–959. DOI: 10.1080/13510347.2023.2205129.

Timing und Effekte

Mira Fischer, Valentin Wagner

Leistungsfeedback kann enorme Auswirkungen auf Prüfungsleistungen von Kindern haben – ob positiv oder negativ, hängt vor allem vom Zeitpunkt ab. Das haben Mira Fischer und Valentin Wagner in einem Feldexperiment mit Fünft- und Sechstklässler*innen herausgefunden. Die Kinder erhielten entweder wenige Tage oder unmittelbar vor der Mathe-Abschlussprüfung des Schuljahres eine Rückmeldung über ihre Leistung bzw. die Veränderung ihrer Leistung im Fach Mathematik. Frühe Rückmeldungen verbesserten die Prüfungsleistung insgesamt, während späte Rückmeldungen sie verschlech-

terten. Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass Niveau-Feedback und negatives Veränderungs-Feedback die Kinder dazu motivieren, mehr Anstrengungen in die Prüfungsvorbereitung zu investieren. Diese zusätzliche Anstrengung trägt innerhalb weniger Tage sehr effektiv zur Verbesserung der Prüfungsleistung bei. Besonders ausgeprägt ist dieser Effekt bei Jungen, die sich häufig überschätzen.

Mira Fischer/Valentin Wagner: „Do Timing and Reference Frame of Feedback Influence High-Stakes Educational Outcomes?“ In: *Economics of Education Review*, Jg. 94, Juni, 102379. Online: <https://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S0272775723000262> (Stand 10.10.2023).

Polarisierung der Herzen

Lena Röllicke

Wenn die gegenseitige Ablehnung zwischen Gruppen über die bloße politische Meinungsverschiedenheit hinausgeht, spricht die Forschung von „affektiver Polarisierung“. Lena Röllicke hat 78 Forschungsartikel untersucht und plädiert für ein nuancenreiches Verständnis des Konzepts der affektiven Polarisierung und für weitere Begriffsklärung. Sie weist darauf hin, dass mit diesem Begriff in der Forschung unterschiedliche Phänomene verbunden werden: Richtet sich die Abneigung nach oben, etwa gegen politische Eliten, oder horizontal gegen Mitbürger*innen? Beschränkt sich die Abneigung auf negative Gefühle und Bewertungen, oder führt sie zu sozialer Abgrenzung, gar zu Gewalt? Lena Röllicke betrachtet die Funktionsweisen affektiver Polarisierung im Detail und macht Vorschläge, wie sie sich in ein Gesamtbild politischer Polarisierung einfügen lassen.

Lena Röllicke: „Polarisation, Identity and Affect – Conceptualising Affective Polarisation in Multi-Party Systems“. In: *Electoral Studies*, 2023, Jg. 85, Oktober. DOI: 10.1016/j.electstud.2023.102655.

Die Herrschaft der Minderheit

Daniel Ziblatt, Steve Levitsky

Die Verfassung der Vereinigten Staaten ist die älteste schriftliche Verfassung der Welt. Im Vergleich zu anderen Demokratien wurde sie nur selten geändert. Dieser Umstand stellt laut Daniel Ziblatt und Steve Levitsky eine große Herausforderung für die amerikanische Demokratie dar. Denn reaktionäre Kräfte der politischen Rechten nutzen die veralteten politischen Institutionen, um Mehrheiten systematisch zu behindern oder gar zu überstimmen. In ihrem neuen Buch „The Tyranny of the Minority“ analysieren sie, welche Institutionen eine solche Minderheitsherrschaft begünstigen und wo die amerikanische Verfassung reformiert werden muss. Sie fordern die Abschaffung elitärer Oberhäuser, indirekter Wahlen und der lebenslangen Amtszeit von Richter*innen. Diese Institutionen hätten die zunehmend extremistische Republikanische Partei geschützt und ihr ermöglicht, immer weiter nach rechts zu rücken – obwohl sie mit einer Ausnahme bei keiner der letzten acht Präsidentschaftswahlen die Mehrheit der Stimmen erhielt.

Daniel Ziblatt/Steve Levitsky: The Tyranny of the Minority: Why American Democracy Reached the Breaking Point. New York: Crown 2023.

Gegen die Schwächsten

Daniel Meierrieks, Max Schaub

Wie Terror sich brutal und direkt gegen Kinder richtet, musste die Welt zuletzt beim Angriff der Hamas auf Israel erleben. Wie terroristische Gewalt die Lebenschancen von Kindern auch indirekt beeinflusst, haben Daniel Meierrieks und Max Schaub anhand von Daten aus 52 afrikanischen Ländern untersucht. Die Sterblichkeitsraten von Kindern unter fünf Jahren steigen, wo mehr Terror zu verzeichnen ist. Die Autoren erklären diesen Zusammen-

hang über Entscheidungen von Eltern, medizinischen Fachkräften und politischen Institutionen: Aus Angst vor Anschlägen bringen Eltern ihre Kinder seltener zu Impfungen oder medizinischen Untersuchungen und Behandlungen. Ärztliches Personal und internationale Hilfsorganisationen ziehen sich zurück, Regierungen investieren in Sicherheit statt in Gesundheit.

Daniel Meierrieks/Max Schaub: „Terrorism and Child Mortality“. In: Health Economics, 2023, S. 1–20. DOI: 10.1002/hec.4757.

Männerförderung

Claudia Finger, Heike Solga

Die Forscherinnen untersuchen soziale Ungleichheit beim Zugang zu prestigereichen Studienfächern. Um die Rolle von Eignungstests zu untersuchen, haben sie die Daten von 300.000 Bewerber*innen zum Medizinstudium ausgewertet. Es zeigt sich, dass Männer einen Vorteil in Eignungstests haben – nicht nur, weil sie etwas häufiger an Tests teilnehmen; sie erzielen auch bessere Ergebnisse. Schaut man genauer hin, schneiden Männer insbesondere bei schlechteren Schulnoten besser ab und nehmen nur bei mittleren Schulnoten häufiger am Test für das Medizinstudium teil. Insgesamt ist der Zulassungsprozess jedoch ausgeglichen, weil Frauen aufgrund besserer Noten Vorteile bei der Bewerbung haben. Eignungstests tragen also zu besserer Balance im Geschlechterverhältnis im Medizinstudium bei. Die Diversität im Blick auf die soziale Herkunft von Bewerber*innen wird durch sie allerdings nicht erhöht, da sich hier die beiden zentralen Zulassungskriterien – Abiturnote und Testergebnisse – nicht ausgleichen, sondern verstärken.

Claudia Finger/Heike Solga: „Test Participation or Test Performance: Why Do Men Benefit from Test-Based Admission to Higher Education?“ In: Sociology of Education, 2023, Jg. 96, H. 4, S. 344–366. DOI: 10.1177/00380407231182682.

Nachlese

Das WZB im Dialog: Medien, Podien und Begegnungen

Gabriele Kammerer

Im WZB tut sich viel: öffentlich durch Publikationen, Vorträge und Diskussionen, auf wissenschaftlichen Fachkonferenzen und in Workshops, durch persönlichen Austausch on- und offline. WZB-Forscherinnen und -Forscher bringen auf vielfältige Weise ihre Expertise ein. Wir lassen einige Begegnungen, Stellungnahmen und Reaktionen darauf Revue passieren.

Sieben Jahre Ethik

Dass der Prozess der Forschung ethische Fragen mit sich bringt, haben Medizin und Lebenswissenschaften schneller erkannt. In diesen Disziplinen gibt es schon länger Kommissionen, die das Design und die Durchführung von Studien bewerten. Für den Bereich der Sozialwissenschaften kann das WZB eine Vorreiterrolle reklamieren. 2016 wurde hier die Überprüfung von Vorhaben durch eine Ethikkommission institutionalisiert. Wie werden Fragen so formuliert, dass sie nicht manipulieren und keine Stereotype vertiefen? Können Aufwandsentschädigungen Ergebnisse verfälschen? Wie wird sichergestellt, dass Testpersonen keinen Schaden erleiden? 40 Mal hat die Kommission seit ihrer Gründung getagt und diese und viele weitere Fragen diskutiert. Im November wurde gefeiert: Der 222. Antrag wurde begutachtet – und positiv beschieden. Die Arbeit wird nicht ausgehen, denn seit dem letzten Jahr ist eine Begutachtung durch die Kommission für alle WZB-Projekte verpflichtend. Inzwischen sind die Nachweise immer häufiger ohnehin Teil der Anforderungen von Förderinstitutionen und Publikationsorganen.

Spiel ist Arbeit, Arbeit ist Spiel

„Das ist ein bisschen wie bei Wetten, dass ...“ – wir kommen jetzt zur Außenwette“, witzelte Moderator Jonas Ferdinand, als er das per Zoom zugeschaltete „Team Kaiserslautern“ begrüßte. Dabei war der Unterschied zur großen Spieleshow eklatant: Das Publikum im Wintergarten war handverlesen, das Format hochinnovativ, das Zukunftspotenzial beträchtlich. Verliehen wurden drei Preise, die die „Freunde des WZB“ gestiftet hatten – und zwar an Teams, die am ersten „Future Work Game Jam“ teilgenommen hatten. Die ambitionierte Idee von Jonas Ferdinand, Stipendiat des Promotionskollegs „Gute Arbeit“, war es gewesen, Gaming-

Szene und Wissenschaft zusammenzubringen. Die aktuelle Transformation der Arbeitswelt sollte im Medium des Computerspiels erzählt werden. Und es funktionierte: Interdisziplinäre Teams arbeiteten an einem Wochenende im November intensiv an Prototypen, und sie schafften, was normalerweise Monate braucht: Zum Teil waren die Spiele bei der Preisverleihung sogar spielbar. Bis sie öffentlich zugänglich sind, wird es allerdings noch eine Weile dauern.

Vorlese

2024 wird aufregend, nicht nur, aber auch für Parteienforscher*innen. In Sachsen, Thüringen und Brandenburg wird gewählt, im November in den USA, und auch das Europaparlament wird neu zusammengesetzt. Wir schwingen mit – und stellen gleich das erste Heft im Jahr, März 2024, unter das Schwerpunktthema „Demokratie“.

Land in Sicht

Vielleicht war es früher einmal so, als in unserem großen Veranstaltungssaal, dem A 300, noch das Sozialgericht tagte und Menschen auch aus entlegenen Regionen anreisten, um im Reichsversicherungsamt ihre Ansprüche geltend zu machen. Jetzt, an einem Abend Ende November 2023, saß der Bürgermeister der Stadt Neusalza-Spremberg auf dem Podium, neben ihm Andreas Willisich vom Verein Neulandgewinnen e. V. und WZB-Forscherin Katja Salomo. Verhandelt wurde die Zukunft ländlicher Räume. Die Veranstaltung war der Auftakt für das Programm „Neulandsucher. Demokratiebildung in ländlichen Räumen“, für das die Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus mit dem Verein Neulandgewinnen e. V. zusammenarbeitet. Man wolle dem „demografischen Katastrophismus“ etwas entgegensetzen, erklärte dessen Vorstandsmitglied Willisich. Im-

merhin bleibe ja die Mehrheit da und wandere eben nicht in die Städte ab. Ein lebhafter Austausch mit dem sächsischen Bürgermeister, der in einer „Spinnergruppe“ Ideen zur Steigerung der Attraktivität seiner Stadt entwickelte, die tatsächlich zur Trendumkehr führten. Und mit Katja Salomo, die sich in ihrer Forschung intensiv mit der Dynamik von Zentrum und Peripherie beschäftigt.

Nach der Krise ist vor der Krise

Welcher Einschnitt ist eigentlich der tiefste, der folgenreichste für unser Zusammenleben als Gesellschaft und als Weltgemeinschaft? Nach dem russischen Angriff auf die Ukraine und dem Terror der Hamas gegen Israel scheint schon fast vergessen, welchen Umbruch die weltweite Verbreitung des Coronavirus ab dem Frühjahr 2020 bedeutete. Vieles aber spricht dafür, dass dieser Umbruch weitreichende Folgen hat. Diese Folgen auszubuchstabieren war das Ziel der Konferenz „Digitalisierung, Arbeit und Gesellschaft in der postpandemischen Konstellation“, die von der Forschungsgruppe Globalisierung, Arbeit und Produktion im Mai 2023 am WZB veranstaltet wurde. In loser Folge stellt seitdem ein Blog auf der WZB-Website die Ergebnisse vor, mit Beiträgen etwa zu Entgrenzung und Flexibilität im Homeoffice, zur Regulierung der Plattformarbeit oder zur ökologischen Transformation in der Automobilindustrie. Zu finden ist der Blog am schnellsten, wenn Sie auf unserer Website das Stichwort „postpandemische Konstellation“ suchen.

Der Vorhang zu ...

... und alle Fragen offen. Nein, es war gar nicht der Anspruch hinter der Serie, alle Herausforderungen unserer Zeit zu bewältigen. Aber ziemlich umfassend war das Programm, das gerade zu Ende ging. Von September bis Dezember präsentierten die führenden Köpfe der Abteilungen des WZB reihum jeden Freitag ihre brennendsten Fragen und erste Antworten. „(Un-)Lösbare Probleme? Sozialwissenschaftliche Perspektiven auf Herausforderungen unserer Zeit“ – unter der Adresse <https://un-loesbar.blog.wzb.eu> sind die Vorträge und Diskussionen nachzuhören. Ist die Demokratie reformierbar? Ist ein Atomkrieg abzuwenden? Ist der Zugang zu Bildung gerechter zu gestalten? Einmal mehr zeigt sich die ganze Bandbreite der Forschung am WZB.

Impressum

WZB-Mitteilungen, ISSN 0174-3120

Heft 182, Dezember 2023

Herausgeberin

Die Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung
Professorin Dr. h. c. Jutta Allmendinger Ph.D.

Reichpietschufer 50, 10785 Berlin

Telefon 030-25 491-0, Telefax 030-25 49 16 84

Internet: www.wzb.eu

Die WZB-Mitteilungen erscheinen viermal im Jahr (März, Juni, September, Dezember) Bezug gemäß § 63, Abs. 3, Satz 2 BHO unentgeltlich

Chefredaktion

Dr. Harald Wilkoszewski, Gabriele Kammerer

Redaktion

Kerstin Schneider, Dr. Katrin Schwenk, Claudia Roth

Korrektur

Martina Sander

Redaktionsassistentz

Lisa Heinig

Übersetzungen

Übersetzungen: Gabriele Kammerer (S. 16-19, 32-33, 42-43)

Bildredaktion

Gesine Born, www.bilderinstitut.de

Auflage

8.300

Foto S. 3: © WZB/David Ausserhofer, alle Rechte vorbehalten.

Gestaltung

neues handeln AG, Berlin

Satz und Druck

Bonifatius GmbH, Druck · Buch · Verlag, Paderborn

Datenschutzhinweis:

Das WZB verarbeitet zum Versand der WZB-Mitteilungen Ihre Adressdaten. Rechtsgrundlage ist Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO, verbunden mit unserem Interesse, Sie über die WZB-Forschung zu informieren. Datenherkunft: Ihr Abonnement bzw. Verlag Kürschners Politikkontakte. Weitere Informationen zum Datenschutz und zu Ihren Rechten, unter anderem auf Widerspruch, finden Sie unter: <https://www.wzb.eu/de/datenschutz>.

Urheber- und Nutzungsrechte:

Die WZB-Mitteilungen sind eine Open-Access-Zeitschrift. Sie ist kostenlos zu beziehen und online unter <https://www.wzb.eu/de/publikationen/wzb-mitteilungen> frei zugänglich. Die einzelnen Beiträge werden zugleich in der WZB-Sammlung im Repositorium EconStor veröffentlicht und langzeitarchiviert (www.econstor.eu). Das Urheberrecht für alle Inhalte verbleibt bei den jeweiligen Autor*innen. Sämtliche Beiträge stehen unter den Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz Namensnennung 4.0 International zur Nachnutzung zur Verfügung: (CC BY 4.0: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>). Sie dürfen unter Voraussetzung der Namensnennung der Autor*innen sowie unter Angabe der Quelle und oben genannter Lizenz frei bearbeitet, vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Für Abbildungen Dritter gelten die jeweils angegebenen Urheber- und Nutzungsrechtshinweise.



Zu guter Letzt:

Sichtbarkeit Es braucht mehr Diversität in der Wissenschafts- kommunikation

Harald Wilkoszewski

Mitte November fuhr ich nach Bielefeld zum Forum Wissenschaftskommunikation, der größten Fachtagung im deutschsprachigen Raum. Zusammen mit Jörg Weiss von der Agentur con gressa hatte ich ein Panel zum Thema Diversität vorbereitet, das zentral für das Schwerpunktthema „Debattenkultur“ des Kongresses war. Denn Demokratie braucht Debatte, und Debatte braucht Vielfalt. Wie sieht es damit in der Wissenschaft aus? Mit der Psychologin Zeynep Demir und dem Physiker Stéphane Kenmoe wollten wir diskutieren, welchen Beitrag Wissenschaftskommunikation dazu leistet, dass möglichst viele Stimmen der Gesellschaft gehört werden und möglichst viele verschiedene Gruppen an Wissenschaft teilhaben können. Und welche Voraussetzungen es dafür braucht: Müssen auch die Teams der Kommunikationsabteilungen diverser werden? Diversität bleibt ein dickes Brett in Deutschland, mit verschenkten Potenzialen in Wissenschaft und Bildung: So liegt der Frauenanteil bei Professuren immer noch bei unter 30 Prozent. Die Wahrscheinlichkeit, ein Studium aufzunehmen, ist auch bei gleichen Abiturnoten deutlich höher, wenn mindestens ein Elternteil bereits einen Hochschulabschluss hat.

Bei der Vorbesprechung hatten wir die Teilnehmenden auf dem Panel gebeten, ihren persön-

lichen Zugang zum Thema in die Diskussion einzubringen: Welche Diversitätserfahrungen haben sie selbst? Im ICE von Berlin zum Kongress hatte ich nochmals Zeit, darüber nachzudenken. Meine Gedanken kreisten um meinen Vater. Er war ein zurückhaltender Mann. Diese Zurückhaltung fiel mir schon früh, als Kind, auf. In der Pubertät begann sie mich dann zu stören. Ich interpretierte sie als Angepasstheit, fand sie langweilig und manchmal sogar provokativ. Denn zu ihr gehörte auch, dass mein Vater nie von sich aus und auf Nachfrage nur sehr einsilbig von seiner Herkunft erzählte. „Warum haben wir so einen komplizierten Nachnamen?“, fragten mein Bruder und ich oft. Und: „Warum hast Du einen Akzent, wenn Du Deutsch sprichst?“ Kaum Antworten.

Erst spät erfuhren wir von seiner, unserer Familiengeschichte: Die Vorfahren unseres Vaters hatten sich nach der dritten Teilung Polens Ende des 18. Jahrhunderts dem Exilwiderstand angeschlossen, der seine Stützpunkte in Paris und Istanbul hatte. Auf der asiatischen Seite des Bosphorus formte sich eine polnische Enklave: Adampol. Ihre Einwohner, vielsprachig und umtriebig, blieben dort, auch nachdem die Weltgeschichte weiterzog, bewirtschafteten das Land, das ihnen die Osmanen überlassen hatten. Und verkauften ihnen verbotenerweise Schweinefleisch aus eigener Zucht. Sie bauten eine Kirche, pflegten ihre Kultur. Die wirtschaftlichen Krisen der Türkei in den 1950er- und 1960er-Jahren jedoch trieb die junge Generation erneut in die Emigration; so wie meinen Vater nach München: als Gastarbeiter mit türkischer Staatsangehörigkeit, polnischer Muttersprache und katholischem Glauben. Auf dem Viktualienmarkt lernte er meine Mutter kennen und blieb. Es war seine Schwester, die uns Details aus der Vergangenheit erzählte, ihre Erlebnisse – Anhaltspunkte unserer Herkunft. Mein Bruder und ich lernten weder Polnisch noch Türkisch. Unsere Eltern sagten trocken auf unsere Nachfrage: Es seien Sprachen, mit denen man nicht viel anfangen könne. Das war in den 1980er-Jahren. Die Bundesrepublik war Einwanderungsland, ohne es zugeben zu wollen. Die Devise hieß: Assimilation. Ich habe ihn nie gefragt, aber ich glaube, mein Vater wollte so deutsch wie möglich werden. Vielleicht sogar deutscher als die gebürtigen Deutschen. Wie viele seiner Peers wollte er ankommen. Dazugehören. Und vor allem nicht auffallen. Bei Besuchen in Istanbul dagegen erlebte ich ihn anders, wie ausgewechselt: im Mittelpunkt des Gesprächs, Pointen set-

zend. Da gab es also eine andere Person, die in Deutschland unsichtbar geworden war.

22 Millionen Menschen in Deutschland haben einen sogenannten Migrationshintergrund, 27 Prozent unserer Bevölkerung. 7,9 Millionen Menschen sind schwerbehindert. Jeder sechste Mensch ist von Armut gefährdet. Gut 7 Prozent der in Deutschland Lebenden identifizieren sich als LGBTQ. Um nur einige Vielfaltsdimensionen zu nennen. In der Bielefelder Stadthalle saßen im November 200 Teilnehmende des Kongresses vor uns, das Interesse am Thema war unerwartet groß. Per Mentimeter fragten wir nach einem Stimmungsbild, und die klare Mehrheit sagte: Diversität wird in der deutschen Wissenschaftskommunikation zu wenig berücksichtigt – obwohl sie als wichtig angesehen wird, vor allem die Bereiche Gender, Bildungsgrad, Alter und Herkunft. Was sind die Ursachen? Im Verlauf der Diskussion wurden immer wieder drei Barrieren genannt: fehlendes Geld, zu wenig Zeit und ein mangelndes Bewusstsein für Vielfalt. So berichtete Zeynep Demir, dass sie für die Idee eines Podcasts über Diversitätsbiografien in der Forschung in Deutschland keine finanzielle Unterstützung fand, in den Niederlanden aber schnell auf offene Ohren stieß. Sie forderte mehr Ressourcen, um gezielt Vielfalt in der deutschen Wissenschaftskommunikation zu fördern. Stéphane Kenmoe, der aus Kamerun stammt und an der Universität Duisburg-Essen in Theoretischer Physik habilitiert, wurde für seine Kommunikationsprojekte zwar mehrfach ausgezeichnet; trotzdem zeigte er sich ernüchtert: Es fehlten Strukturen und Netzwerke für mehr Diversität, oft fühle er sich als Einzelkämpfer. Jörg Weiss betonte, dass Orte und Ausdrucksformen für die Wissenschaftsvermittlung anders gestaltet werden müssen, um ein diverseres Publikum zu erreichen. Als Beispiel nannte er ein Projekt, das er zusammen mit der britischen Organisation „1001 Inventions“ in einem Berliner Kaufhaus ausrichtete. Die erzählerischen und interaktiven Formate richteten sich an muslimische Kinder und sollten ihre Neugier auf Naturwissenschaften wecken.



Harald Wilkoszewski ist seit April 2017 Leiter der Abteilung Kommunikation am WZB. Im Januar 2024 wird er nach Wien wechseln und den Kommunikationsbereich am Institute of Science and Technology Austria ISTA leiten.

Foto: © WZB/David Ausserhofer, alle Rechte vorbehalten.

Einig waren wir uns, dass noch sehr viel grundlegende Arbeit zu leisten ist, um Diversität stärker in die Arbeit und den Arbeitsalltag von Wissenschaftskommunikator*innen einzubeziehen. Impulse dazu gab es aus dem Publikum: Die Hochschul- und Institutsleitungen sollten direkt angesprochen und dafür sensibilisiert werden, dass mehr Ressourcen nötig sind. Aber auch junge Forschende, die die Zukunft des Wissenschaftssystems sind, könnten gezielt für das Thema gewonnen werden. Leitungen von Kommunikationsabteilungen sollten sich Rat bei Personalprofis holen, wie Teams diverser aufgestellt werden können. Und es braucht ganz einfach Raum für Gespräche über Vielfalt: mit der Kollegin und dem Kollegen, im Team, am Institut. Kurzum: Diversität braucht Sichtbarkeit. Die Voraussetzung dafür ist, bei sich selbst zu beginnen und aufmerksam zu sein: Wo stoße ich auf Diversität in meinem eigenen Umfeld? Welche Perspektiven fallen mir auf, die neu für mich sind? Und welche verdränge ich? Selbst meinen engsten Kolleginnen und Kollegen habe ich in den sieben Jahren, die ich am WZB gearbeitet habe, nie von meiner Familiengeschichte erzählt. ●



Eine lange Tafel, vom Vorgarten durchs Haus bis unter die Linde im Hof. Tomaten, Blumenkohl, Quiche, Fisch und Speck. Es war ein großes Erntedank-Essen bei uns im Oktober, und alle haben beigetragen. Ein besonderes Vergnügen, und ganz nebenbei ist der nächste Jahresendfilm entstanden. Die Köstlichkeiten sind aufgegessen, den Film aber finden Sie noch lange hier:

wzb.eu/seasons-greetings-2023



Das kommt:
**„Demo-
kratie“**
1|24